

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 7. April 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Ausperrung der Jugend aus dem öffentlichen Leben.

Mit verstärktem Hochdruck wurde heute im Reichstag der Rest der zweiten Lesung des Vereinsgesetzes durchgepeitscht. Dabei gelangte noch eine zweite Bestimmung, die den Charakter eines Ausnahmegesetzes trägt, mit 200 gegen 161 Stimmen bei einer Stimmenthaltung zur Annahme. Das war der neu eingefügte § 10a, der jugendliche Personen unter 18 Jahren aus allen politischen Vereinen und Versammlungen ausschließt. Das bedeutet die Aussperrung der Jugend aus dem öffentlichen Leben überhaupt.

Eine solche Bestimmung besteht gegenwärtig bereits in Sachsen; für das übrige Deutschland, auch für Preußen, ist sie eine Neuerung. Aber schlimmer noch, diese Neuerung war nicht einmal von der Regierung geplant; sie fehlt in ihrem Entwurf und in den Motiven wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß einer solchen Bestimmung schwere Bedenken entgegenstünden. Erst auf Drängen der Konservativen wurde diese reaktionäre Bestimmung in das Gesetz hineingebracht. Die Freisinnigen, die auch hier für den Ausschlag gaben, sträubten sich anfangs, sprangen aber schließlich mit einigen liberalen Grimassen und heuchlerischen Ausreden auch über diesen Stock, um sich die Gunst der Krant- und Schlotjunker nicht zu verhergen.

Denn auch von dieser Ausnahmebestimmung hat das Ausbeutertum die Profite. Die wirtschaftliche Entwicklung reißt jährlich Hunderttausende im jugendlichen Alter hinein in die kapitalistischen Betriebe. Ihr Eigeninteresse wie ihr Klasseninteresse drängt diese jugendlichen Arbeiter dazu, sich ratsuchend, lernend, aber auch heftig den Berufsorganisationen ihrer erwachsenen Kameraden anzuschließen. Nicht einmal darüber hat der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg trotz ausdrücklicher Anfrage sich bemüht gefühlt Auskunft zu erteilen, ob die Jugendlichen dann wenigstens zu Versammlungen zugelassen würden, in denen Lohn- und Arbeitsbedingungen erörtert werden. Aber selbst wenn das zugestanden werden sollte, wird die Vieldeutigkeit des Begriffs „politische Versammlung“ doch die Beteiligung der jugendlichen Arbeiter an der Gewerkschaftsbewegung nahezu unmöglich machen.

Zu der offenbar drohenden wirtschaftlichen Schädigung der jugendlichen Arbeiter kommt aber noch die kulturelle Vereinnahmung. Die Teilnahme am Gewerkschaftsleben und an besonderen Jugendorganisationen, auf deren Vernichtung es abgesehen ist, war bisher noch das hervorragendste Mittel, durch welches die jugendlichen Arbeiter die großen Lücken ausfüllen konnten, die in ihrem Wissen durch die dürftige Volksschulbildung und die technische Fachschulbildung gelassen wurden. Durch die von der organisierten Arbeiterschaft ihnen gebotene Gelegenheit, sich in ihren Mußestunden allgemeine und politische Bildung anzueignen, wurde ein kulturell und sittlich außerordentlich fördernder Einfluß auf sie ausgeübt. Das blockparteilich veränderte Vereinsgesetz treibt sie hinaus aus jenen Kulturgemeinschaften und hinein in solche „unpolitische“ Vergnügungstätten, die eine verrothende Einwirkung auf ihre Geistes- und Charakterentwicklung ausüben müssen. Und eine solche Verwilderung an der Jugend haben die Leute auf sich geladen, die besonders mit ihrer Kulturbegiertheit prunken! Lieber wollen sie die Arbeiterjugend der Gefahr der Verrothung aussetzen, als ihnen die Möglichkeit offen halten, sich durch Teilnahme am öffentlichen Leben im Geiste der sozialistischen Weltanschauung zu schulen. Auch das ist die Politik der Angst, der charakteristischen Angst des zypselmüthigen Philistertums vor der jugendstarken und die Freiheit kämpfenden Emanzipationsbewegung des Proletariats.

Und besonders heuchlerisch ist das zitterrige Gefammel von der Unreife der Jugend für die Betätigung im öffentlichen Leben, weil die staatsretterischen Kapazitäten ihre Freude laut auschnattern über jede jugendliche Kundgebung, die sich in ihrem Sinne verorten läßt. Oder ist es schon in Bergessenheit geraten, daß die Keimerei eines Kadetten Willi Randoehr, deren brutaler Inhalt den Zauschauer Stempel trägt und deren sprachliche Form dem niedrigen Niveau der Müllerschen Versdrachsel entspricht, zur Hebung patriotischen Geistes in ganz Deutschland verbreitet wurde?

Wer die Aussperrung der Jugendlichen aus dem öffentlichen Leben gutheißt, legt es ab auf die Verdummung und Verrothung der Jugend im Interesse der skrupellosen Ausbeuter, die da glauben, um so bessere Geselchäfte zu machen, je niedriger das Bildungsniveau, je geringer das Solidaritätsgefühl der Proletarier ist, die ihnen ins Garn gehen.

Auch bei dieser Gelegenheit zeigte es sich wieder, daß die Blockparteien die Kritik ihrer schädigen Praktiken nach Möglichkeit zu unterdrücken suchen. Nachdem Genosse Hildenbrand die allgemeinen Gesichtspunkte erörtert hatte, von denen ausgehend unsere Partei die Aussperrung der Jugend bekämpft, war unsererseits noch Genosse Frank zum Wort gemeldet, um die Angriffe zurückzuweisen, die seitens der Blockpartei gegen die sozialdemokratischen Jugendorganisationen geschleudert waren. Trotzdem er nur noch als einziger Redner auf der Liste stand und trotzdem er die Zusicherung erhalten hatte, daß er zum Wort kommen sollte, wurde nach dem Freisinnigen **M u g d a n**, der noch dazu das alberne Märchen

von den Sprengkolonnen jugendlicher Sozialdemokraten aufgewärmt hatte, die Debatte durch einen Votumtrag geschlossen. So trampelt diese Mehrheit nicht nur auf dem Rechte des Volkes, sondern auch auf dem parlamentarischen Anstand herum.

Ein Trost ist nur, daß alle solche Praktiken die Bildungsbestrebungen nicht ertöten können, sondern höchstens nötigen, andere Bahnen einzuschlagen, bis die wachsende Flut unserer Bewegung das Blockhindernis aus dem Wege schwemmt.

## Knebelung der Gewerkschaften durch den Freisinn.

In der gestrigen Reichstagsitzung ist insbesondere von sozialdemokratischer und Zentrumsseite hervorgehoben, der § 10a bedrohe die Gewerkschaften auf das eminenteste. Der Zentrumsantrag, ausdrücklich die Vereine mit Bestrebungen im Rahmen des § 152 von dem Ausnahmegesetz des § 10a auszunehmen, wurde von der Blockmehrheit abgelehnt. Vorher hatte der freisinnige Redner eine Neuherung des Staatssekretärs darüber erbeten, daß § 10a nicht die Gewerkschaften bedrohe. Diese Erklärung blieb aus. Der Block schloß darauf schleunigst die Diskussion. Daß der Freisinn selbst weiß, daß § 10a die Gewerkschaftsbewegungen unterbindet, kann gegenüber dem Wortlaut des § 10a in Verbindung mit § 3 kaum einem Zweifel unterliegen.

Durch § 10a des Vereinsgesetzeswurdes in der Kommissionsfassung werden alle Jugendlichen unter 18 Jahren aus der Gewerkschaftsbewegung vollständig ausgeschlossen. Denn im Gegensatz zu dem preussischen Vereinsgesetz, das die Gewerkschaften nur dem preussischen § 2 unterstellte (als Vereine, die eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken), nicht aber zu den politischen Vereinen im Sinne des preussischen § 8 zählte, will das Reichsvereinsgesetz alle Gewerkschaften zu politischen Vereinen im Sinne seines § 2 firmatisieren. Diese krasse, gefährliche, gewerkschaftsfeindliche Verschlechterung ergibt sich klipp und klar aus dem § 3 in Verbindung mit § 3a Absatz 3.

§ 3 schreibt für öffentliche Versammlungen „zur Erörterung politischer Angelegenheiten“ die Anzeige vor. § 3a statuiert Ausnahmen von dieser Regel. Eine solche Ausnahme bilden nach § 3a Absatz 3 „die Versammlungen der Gewerbetreibenden, gewerblicher Gehilfen, Gesellen, Fabrikarbeiter usw. zur Erörterung von Verabredungen und Vereinigungen zum Behufe des Erlangens günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen.“

Demnach ist die „Erörterung von Verabredungen und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen“ an und für sich eine „Erörterung politischer Angelegenheiten“; die Anzeige fällt nur aus besonderen Ausnahmegründen hinweg. Ist aber die „Erörterung“ jener Verabredungen und Vereinigungen die „Erörterung politischer Angelegenheiten“, so sind jene Verabredungen und Vereinigungen selbst „politische Angelegenheiten“. Daß die Gewerkschaften eine „Einwirkung“ auf politische Angelegenheiten, d. h. auf solche Verabredungen und Vereinigungen bezwecken, liegt auf der Hand; eine derartige Einwirkung bildet das ureigste Wesen, den Kern der gewerkschaftlichen Tätigkeit. Demnach sind die Gewerkschaften generell Vereine, die eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezwecken; also politische Vereine nach § 2 des Reichsvereinsgesetzes. Folglich sind nach dem famosen § 10a Jugendliche auch gewerkschaftlich ein für allemal rechtlos; das ist schlimmer als bisher selbst in Sachsen. Es ist eine Rückwärtsrevidierung des Vereinsrechts hinter die krasse Reaktion der Konturrevolution.

Daß die geplante reichsrechtliche Politisch-Erklärung der Gewerkschaften und aller „Verabredungen und Vereinigungen zur Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen“ den § 152 der Gewerbeordnung seines wesentlichen Inhalts beraubt, kann auch nicht scharf genug hervorgehoben werden.

Und das ist durch die Freisinnigen geschehen, die trotz des Ausbleibens einer Erklärung der Regierung, daß die gewerkschaftlichen Bestrebungen nicht als politische anzusehen seien, für das in § 10a liegende Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter und insbesondere die Gewerkschaftler stimmten.

## Ministerwechsel in England.

London, 4. April. (Fig. Ver.)

Die schwere Krankheit, die Campbell-Bannerman vor längerer Zeit niedergeworfen hatte, hat ihn, wie bereits gemeldet, zur Demission gezwungen; diese ist gestern angenommen worden. Der bisherige Schatzkanzler Asquith wird Premierminister Englands.

Mit Campbell-Bannerman nimmt ein ehrlicher Demokrat, ein kluger Politiker und ein edler Mensch Abschied vom politischen Leben. Seine Stärke war sein Glauben an die Freiheit und die Gerechtigkeit, mit der er stets diesem Glauben festen Ausdruck gegeben hat. Dieser Glaube und diese Festigkeit ließen ihn die Berge von

Hindernissen überwinden, die dem einfachen Bürger auf dem Wege zur höchsten Würde entgegenstanden.

Und die Umstände waren ihm günstig. Nach zwei Jahrzehnten ziellosen Imperialismus begann sich das britische Volk zu Anfang des neuen Jahrhunderts wieder nach einer freiheitlichen Politik und nach einfachen, starken Charakteren zu sehnen und Campbell-Bannerman schien ihm die Ziele seines politischen Sehnsens verwirklichen zu können. Die Unergründlichkeit seiner Kritik des Burenkrieges, die ihn bei den herrschenden Klassen jedes anderen Landes zu einem „Vaterlandsfeind“ gestempelt hätte, gewann ihm in Großbritannien wo eine intensive freiheitliche Kultur tiefe Spuren in der Volksseele hinterlassen hat, die Popularität aller demokratischen Elemente. Nach den imperialistischen Orgien kam die moralische Krise, in die England von Zeit zu Zeit verfällt, und es erinnerte sich des Namens, der sein Gewissen war. Die moralische Krise brachte Campbell-Bannerman zur Herrschaft.

Er wurde im Jahre 1836 geboren. Nach Vollendung seiner Universitätsstudien trat er ins Geschäft seines Vaters ein. Im Jahre 1868 — also vor genau 40 Jahren — wurde er im Wahlkreis Stirling Burghs zum liberalen Parlamentsabgeordneten gewählt. Sein Wahlkreis blieb ihm seitdem unweiblich treu, so daß er zu den ältesten Unterhausmitgliedern zählte. Obwohl er sich in den ersten drei Jahren von allen parlamentarischen Debatten fernhielt, erregte er die Aufmerksamkeit Gladstones, dessen Menschenkenntnis sehr bedeutend war, wie überhaupt Menschenkenntnis zu den wichtigsten Bedingungen des Erfolges eines Führers gehört. Im Jahre 1871 ernannte ihn Gladstone zum Finanzsekretär des Kriegsministeriums, in welchem Amte er bis zum Sturze der liberalen Regierung im Jahre 1874 verblieb. Dann kam das Ministerium Beaconsfield, das bis zum Jahre 1890 regierte und die imperialistische Periode einleitete. Das Wieder-aufleben des Liberalismus, das nur wenige Jahre dauerte, brachte ein Ministerium Gladstone aus. Aber, in dem Campbell-Bannerman zuerst sein altes Amt bekleidete und dann als Sekretär für Irland fungierte. Dieser Posten war damals ein ungemein schwieriger. Das irische Problem war wieder brennend geworden und im Unterhause führte Parnell die irische Fraktion. Jedoch gelang es dem Takte, der Geduld und der Menschenfreundlichkeit des neuen Sekretärs, die Iren einigermaßen zu beruhigen. Es ist auch möglich, daß die Erfahrungen und Ratsschläge Campbell-Bannermans Gladstone veranlaßten, im Jahre 1896 mit seiner Homerulebill hervorzutreten, die zur Spaltung der liberalen Partei führte. Erst im Jahre 1892 hatte sich die liberale Partei einigermaßen von diesem Schlage erholt und kam mit einer schwachen Mehrheit zur Regierung. Gladstone bildete zum letzten Male ein Ministerium und ernannte Campbell-Bannerman zum Kriegsminister. Zwei Jahre später zog sich Gladstone endgültig aus dem politischen Leben zurück und Rosebery wurde Premierminister, der aber seine Autorität gegen den Finanzminister Sir William Harcourt nicht behaupten konnte. Die liberale Partei war wieder gespalten. Da sich die liberalen Imperialisten, die zu Rosebery hielten, schon stark bemerkbar machten. Im Jahre 1896 fiel das Ministerium Rosebery infolge eines Mißtrauensvotums, das vom Unterhause gegen Campbell-Bannerman ausgesprochen wurde, dem vorgeworfen worden war, er hätte für kein genügendes Vorrat an Cordite (einen für Granaten benutzten Explosionsstoff) gesorgt. Während seiner Amtszeit hatte sich Campbell-Bannerman den Hof des Hofes dadurch zu gezogen, daß er dem Herzog von Cambridge, dem Vetter der Königin, den Oberbefehl der Armee entzog und ihn in die Hände Wolfeleys legte. Die Königin Viktoria war über diese Maßnahme besonders entrüstet, da sie, in steter Furcht vor der Demokratie lebend, im Herzog von Cambridge ihren Schutzherrn sah. Der Hof nahm sodann den hohen Adel gegen Campbell-Bannerman ein, so daß dieser, als er infolge des früher erwähnten Mißtrauensvotums sein Amt niederlegte, von den konservativen Nachfolgern in gemelter Weise zur Uebergabe seiner Siegel und Akten gedrängt wurde. Er wurde förmlich aus seinem Amte gestochen. Diese persönliche Beleidigung hatte Campbell-Bannerman nie vergessen. Sie hatte seinen demokratischen Ueberzeugungen eine persönliche Bitterkeit gegen die Lords und die Konservativen hinzugefügt und war in den späteren Kämpfen gegen Balfour und das Oberhaus bemerkbar.

Die Hauptwahlen, die dem Sturze des Ministeriums Rosebery folgten, brachten den Konservativen einen entscheidenden Sieg. Die liberale Partei litt unter innerem Goder zwischen den Anhängern Rosebergs und Harcourts, bis schließlich Rosebery von der Führerschaft der Partei und überhaupt vom Parteileben zurücktrat und eine „einsame Furch“ zu ziehen begann. Die Parteiführerschaft fiel Harcourt zu, der sie im Jahre 1899 niederlegte. Campbell-Bannerman, der nie nach Ehren jagte, bewarb sich auch damals nicht um die Leitung der Liberalen, aber die Partei beschloß in einer im Februar 1899 abgehaltenen Konferenz, ihn zum Führer zu wählen. Er übernahm sofort die Führung der parlamentarischen Opposition. Der Krieg mit Transvaal stand damals vor der Tür und Chamberlain wandte sich an den neuen liberalen Führer und bat ihn im Namen des Patriotismus, keine Opposition gegen die Kriegsvorbereitungen zu machen. Campbell-Bannerman lehnte alle Anträge Chamberlains ab; er wollte nicht die geringste Verantwortlichkeit für einen Schritt übernehmen, den er nicht billigen konnte. So konnte er während des Krieges die Kriegsführung gegen die Buren und die „Methoden des Barbarismus“ ungehindert brandmarken. Diese Kritik war um so mannhafter, als in der liberalen Partei zahlreiche Elemente vorhanden waren, die den Krieg billigten und die kritische Tätigkeit ihres Führers als höchst schädlich für die Liberalen betrachteten. Kaum aber war der Krieg zu Ende, so zeigte

**Die Insertions-Gebühr**  
beträgt für die sechsgipaltige Annoncenzeile oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Berathungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (steigende) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Honorare für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.



es sich, daß Campbell-Bannerman die Partei gerettet hatte. Seine parlamentarische Opposition wurde immer kühner, die Nachwahlen stießen immer günstiger für die Opposition aus, bis die Ueberzeugung gewann, daß sie das Vertrauen nicht mehr besaß und deshalb die Macht niederlegte. Die liberale Fraktion beauftragte dann ihren Führer, die Regierungsgeschäfte zu übernehmen und ein Ministerium zu bilden. Mit unfehlbarem Takte suchte sich dann Campbell-Bannerman seine Minister aus und löste das Parlament auf. Die Neuwahlen des Januar 1906 ergaben eine erdrückende liberale Mehrheit. Die Wahlerfolge verschafften dem neuen Premierminister eine Autorität, der sich Freund und Feind willig beugte. Der einst verdächtige und verachtete Campbell-Bannerman wurde nunmehr mit Respekt angehört. Die Konservativen, im Bewußtsein ihrer Schuld gegen den einstigen Kriegsminister, fürchteten ihn und wollten ihm die Palmspalme verleihen, um ihn ins Oberhaus zu schieben. Aber der Premierminister blieb bis zum Schlusse im Unterhause. Das Gute, das die liberale Regierung in den letzten zwei Jahren geschaffen hat, ist zum großen Teile ihm zu verdanken. Er trat für die Gewährung der freien Verfassungen an Transvaal und Orange-Freistaat ein, für die Unterstützung der Arbeiterpartei in ihrer Forderung eines freien Trade-Unionrechts, für Einschränkung des internationalen Betrugs, für die Wiltierung des Einwanderungsgesetzes und für eine Intervention zugunsten aller unterdrückten Völkerschaften. Unvergessen bleibt sein Ruf: „Die Duma ist tot, es lebe die Duma!“ zu einer Zeit, als die britische Regierung mit dem Jaren um den mittelasiatischen Ausgleich verhandelte. Und wenn es nach dem Willen Campbell-Bannermans gegangen wäre, dann hätten die Frauen bereits das Wahlrecht, die Iren ihre Home-rule und die Arbeitslosen ihre Reform. Sein Tod wird wahrscheinlich nirgends so tief betrauert werden wie in Südafrika und in Irland. Mit Campbell-Bannerman starb der letzte große Liberale, der in den Traditionen Cobdens, Brights und Gladstones gelebt und gewirkt hat.

Sein Nachfolger ist Dr. Asquith, der den neuen bürgerlichen Geist vertritt, den liberalen Imperialismus, der ein Kind der letzten zwei Jahrzehnte ist und früher oder später unter dem Druck des sozialistischen Vormarsches im Konservatismus seine Hauptstätte finden wird.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. April 1908.

### Junkersehnsucht nach der Prügelstrafe.

Im Dreiklassenparlament haben heute wieder einmal die Junker Proben ihres edlen Gemüths und ihrer vornehmen Denkhungsart. Ein bürgerlicher Richter namens Böhmner forderte bei einem Antrage auf Reform der Strafvollstreckung an Jugendlichen anstatt besonderer Jugendgerichtshöfe die Prügelstrafe und erklärte das ganze Verlangen nach besserem Schutze der verwahrlosten Jugend, die heute im Gefängnis die hohe Schule des Verbrechens besucht, für Wohlthat der anderen bürgerlichen Parteien. Herr Böhmner mag ja seine Kollegen aus dem Dreiklassenparlament kennen und trotz ihres entrüsteten Protestes gegen diese Unterstellung wissen, wie es um sie bestellt ist, daß er aber immer noch die Barbarei der Prügelstrafe beweihräuchert, zeigt eine Befinnung, der kaum anders als mit seinem Mittel beizukommen ist. Ganz richtig entgegnete ihm der Nationalliberale Schiffer, daß augenscheinlich nicht nur bei der Jugend sich die Sitten sehr verschlechtert hätten.

Somit diskutierte man im Abgeordnetenhause über den Antrag Stige auf Erweiterung des Kinderprivilegs in der Einkommensteuer. Der freisinnige Wolff-Bissa nahm dabei teilweise eine alte Forderung der Sozialdemokratie auf, die Einkommen unter 1000 M. gänzlich frei zu lassen und dafür die Millionäre energischer heranzuziehen. Ein Schlussantrag der Mehrheit machte weiterhin, für die Erwahlten des Geldsacks peinlichen Erörterungen ein Ende. Um so längere Zeit verschwendete man an einen Antrag (Freil.) auf Erzielung höherer Pachtbeträge aus dem Wahnhoffbuchhandel und mit allerlei aufgewärmten Mittelstandsretorien des Palermeisters Hammer aus Zehlendorf.

Am Dienstag stehen die zweite Lesung der Steuererhöhungen und allerlei Kleinigkeiten auf der Tagesordnung.

### Die Bürgermeister lernen strammstehen.

Das Haus der geborenen Befehlgeber nahm heute zunächst die Vorlage über den Bau des Mofurischen Kanals einstimmig an, nicht ohne daß die ostelbischen Großgrundbesitzer, an ihrer Spitze Graf Ritzbach, ihr Verlangen nach weiteren Liebesgaben für Ostpreußen kräftig kundgetan hatten. Dann überwiegen das Herrenhaus nach langer Beratung das Polizeistrafengesetz der Gemeindegemeinschaft. Die Oberbürgermeister von Danzig, Posen, Breslau, Königsberg und selbst Herr Kirchner protestierten lebhaft und erregt gegen diese Vorlage, die die großen preussischen Gemeinden, die königliche Polizei haben, es sind 35, mit einer neuen Extrasteuer von 5 Millionen belastet, darunter Berlin allein mit 2 1/2 Millionen, ohne daß ihr Vergütungsdreht über die Polizeiverwaltung, das jetzt gleich Null ist, irgendwie verzögert würde. Einstimmig drückten alle Bürgermeister den lebhaften Wunsch nach Ueberführung der gesamten Polizeiverwaltung in die Hände der Kommunen aus und erklärten sich bereit, dann alle Lasten der Polizeiverwaltung zu tragen. Unter dem jetzigen Zustande, bei dem sie nur zu zahlen und gar nichts zu sagen hätten, müsse jede Lust an der Selbstverwaltung schwinden. Der eiland langweilige Streit zwischen der Kommune Berlin und der staatlich protegierten „Großen Berliner“ wäre längst beendet, wenn nicht ein staatlicher Polizeipräsident, sondern ein kommunaler Polizeiverwalter an der Spitze der Berliner Sicherheitsbehörde stände. Die Regierung kümmerte sich aber um den Widerspruch der Bürgermeister nicht im mindesten, und der dreiste Finanzminister Fehr. v. Rheinbaben, der weiß, was er dem Bürgerum bieten kann, erklärte den Herren rund heraus, daß eigentlich die Städte alle Kosten für die königliche Polizei tragen müßten, und daß, wenn sie nicht gleich kassierten, der Staat sie noch mit ganz anderen Lasten belegen werde. Sofort knieten die tapferen Wähler der städtischen Selbstverwaltung zusammen und baten flehentlich, sie nur mit den Stacheln dieses Gesetzes und nicht mit den Scorpionen einer noch viel schlimmeren Regierungsvorlage zu züchtigen. Selbst als Herr Kirchner in häßlicher Verzweiflung die Hände über dem Kopf zusammenzuschlug, schrie ihn der Finanzminister noch einmal an, er solle nicht so tun als ob er bete; und nun waren die liberalen Rammesfeelen geduckt genug, um kein Wort mehr gegen die Regierungsvorlage zu sagen, die sie wahrscheinlich in der Kommission und beschien schluden werden.

Gegen die päpstlichen Arbeiter, die von ihnen wirtschaftlich abhängig sind, zeigen diese kleinen Bureaukratenfeelen ganz anderen Mut.

Am Dienstag wird das Herrenhaus seine Erdweicheit der Seebahnvorlage widmen.

### Gegen das Koalitionsrecht.

Die „Kreuzzeitung“ eröffnet bereits ihre Agitation für die preussische Landtagswahl. Anknüpfend an einen von der hamburgischen

Firma L. Hermann an die „Hamb. Nachr.“ gerichteten Brief, in dem diese Firma behauptet, daß sie nur deshalb ihre Pianomechanikfabrik schließt, um von den geradezu furchtbar werdenden Lasten und Vergern mit den Arbeitern abzukommen“ (wunderliches Deutsch), rät das Blatt der Epigonen Hammersteins den „Arbeitgebern“, sich zusammenzuschließen und den Arbeitern die Koalitionsfreiheit zu nehmen.

„Indessen brauchen“, meint das Blatt, „unsere Arbeitgeber darum noch lange nicht, wie der Hamburger Industrielle, den Mut zu verlieren. Sie brauchen nur nachzuholen, was sie jahrelang versumt haben. Schon jetzt haben sich die Arbeitgeber in verhältnismäßig kurzer Zeit machtvolle, leistungsfähige Zentralorganisationen geschaffen und damit der sozialdemokratischen Bewegung gegenüber namhafte Erfolge erzielt und für sich selbst größere Sicherheit erreicht. Aber auf eine zentralisierte Betätigung in wirtschaftlicher Hinsicht allein kommt es nicht an, so wirksam diese behufs Eindämmung der beunruhigenden gewerkschaftlichen Machtproben auch sein mag. Es gilt, diese Betätigung auch auf politischem Gebiete zu entfalten. Was nützt die gegenwärtige Stärke der zentralisierten Arbeitgeberverbände, wenn das unablässige Drängen der „sozialen“ Reichstagsmehrheit nach Erweiterung der Koalitionsfreiheit und nach Verwirklichung bedenklicher sozialpolitischer Reformpläne weiteren Erfolg zu haben droht?“

Diese „Betätigung auf politischem Gebiete“ besteht darin, daß die Liberalen, wie weiter das ehrsame Blatt für Gott, König und Brotwacker ausführte, die Industriellen ihren letzten Rest von Liberalismus, dem die Fabrikanten allein ihre jetzigen Bedrängnisse zu verdanken hätten, aufgeben und sich auf die Seite der Konservativen schlagen und zwar „schon bei den bevorstehenden Landtagswahlen“.

Das konservative Blatt gibt also offen zu, daß die Konservativen bereit sind, das Koalitionsrecht der Arbeiter zugunsten der Fabrikanten zu beschneiden. Ein Eingeständnis, das unsere Genossen sich für die Landtagswahltagung merken sollten.

### Preussische und badische Polizei.

Preußen marschirt bekanntlich nach der Behauptung des Reichsanzlers den übrigen deutschen Staaten voran, und in bezug auf eine der preussischen Institutionen trifft diese Behauptung Wilhows tatsächlich zu: keine süddeutsche Polizei übertrifft die preussische an Schnelligkeit, Rücksichtslosigkeit des Eingreifens, ähneren Drill und — Zuborkommenheit. Ermahnungen, wie sie kürzlich das badische Ministerium an die unteren Behörden richtete, um den Verstärkungen von Bagatelldelicten vorzubeugen, sind deshalb auch in Preußen durchaus unnötig; denn in Preußen kommen polizeiliche Ausschreitungen, wie erst jüngst wieder das musterhafte Verhalten der Berliner Polizei bei den Wahlrechts- und Arbeitslosendemonstrationen bewiesen hat, niemals vor. In Baden und anderen nicht an das hohe Niveau der preussischen Kultur heranreichenden süddeutschen Staaten liegt allerdings die Sache ganz anders, und deshalb hat es denn auch für Baden immerhin einen gewissen Zweck, wenn das badische Ministerium die Anweisung erläßt, in Fällen, in denen entweder Polizeibürokraten ganz unbedeutender Art in Frage stehen oder begründeter Anlaß zu der Annahme vorliegt, daß eine Vorschrift lediglich aus Unkenntnis übertreten wurde, soll es künftig zuerst bei einer Verwarnung sein Bewenden haben und nur im Wiederholungsfalle strafend eingeschritten werden.

Wie entsetzlich weit dieses Baden doch hinter Preußen herhinkt.

### Gegen das 60prozentige Ausnahmengesetz.

Drei überfüllte Volksversammlungen protestierten heute hier gegen den Beschluß des Reichstages. Die Redner geißelten besonders scharf die sogenannten Liberalen wegen ihres volksverräterischen Treibens bei der Beratung der Vorlage. Zu der Versammlung für Leipzig-Stadt im „Volkshause“ war der Abgeordnete dieses Kreises, Dr. Jund, geladen worden, der sich vor seinen Wählern immer als ein besonders freisinnlich und arbeiterfreundlich gesinnter Mann aufstellt; er hat es aber vorgezogen, nicht zu erscheinen. Die von den Versammlungen angenommene gleichlautende Resolution, die dem Reichstage zugelandt werden soll, kritisiert die volksfeindlichen Bestimmungen in einzelnen und verlangt ein völlig unantastbares Vereins- und Versammlungrecht für das deutsche Volk.

### Kriegervereine, Sozialdemokratie und Konsumvereine.

Die Kriegervereine sind immerfort bemüht, zu beweisen, daß ihre Behauptung, sie seien unpolitische Gebilde, nicht den Tatsachen entspricht. So ist jetzt wieder ein solcher Fall aus Hötensleben im Regierungsbezirk Magdeburg zu berichten. Und zwar hat der dortige Krieger-Landwehrverein gleich gründliche Arbeit zu verrichten versucht. In Hötensleben wählten im verflossenen Monat die Arbeiter bei der Gemeindevertreterswahl einen Sozialdemokraten in das Gemeindeparlament. Die öffentliche Stimmabgabe wurde den sozialdemokratischen Wählern zum Verhängnis, die noch dem Krieger-Landwehrverein als Mitglieder angehörten. Der Vorstand des Vereins sandte ihnen ein heilloseres Schreiben folgenden Wortlautes:

„Laut Beschluß der Vorstandssitzung vom 20. März 1908 werden Sie benachrichtigt, da Sie, wie aus eingegangenen Schreiben an den Vorstand des Krieger-Landwehrvereins mitgeteilt wird, bei der letzt stattgefundenen Gemeindevertreterswahl einem Kandidaten der sozialdemokratischen Partei Ihre Stimme gegeben und sich somit zur sozialdemokratischen Partei bekannt, daß Sie aus dem Krieger-Landwehrverein ausgeschlossen und der Rechte an vorbenanntem Verein verlustig gegangen sind. Der Vorstand.“

Da er nun einmal beim Aufstehen war, gedachte der Vorstand auch gleich der Mitglieder seines Vereins, die auch dem Konsumverein angehörten. Hatte er aber die sozialdemokratischen Gemeindeglieder ohne viel Federlesens aus dem Verein hinausbefördert, so ging er mit den Konsumvereinsmitgliedern etwas glimpflicher um. An dreißig von ihnen versandte er folgende Aufforderung:

„Laut übermündetes Schreiben vom 10. März 1908 an den Vorstand des Krieger-Landwehrvereins hieselbst sind Sie als Mitglied des hiesigen Konsumvereins eingetragen. Da derselbe unter sozialdemokratischer Leitung steht, werden Sie als Mitglied des Krieger-Landwehrvereins Hötensleben ausgeschlossen, binnen acht Tagen Ihre schriftliche Abmeldung aus dem Konsumverein dem Vorstande des Krieger-Landwehrvereins hier zu überreichen, anderenfalls Ihre Ausschließung aus letzterem Verein erfolgen wird. Der Vorstand.“

Zwar bringt der Kriegervereinsvorstand zu Unrecht den Konsumverein in Beziehungen zu der sozialdemokratischen Partei. Aber was verschlägt das? Das beweise höchstens, daß er in diesem Falle seinen Mitgliedern Unrecht tut, wenn er glaubt, sie huldigen sozialdemokratischen Bestrebungen im Konsumverein. Aber bei dem so oft betonten unpolitischen Charakter der Kriegervereine sollte er sich um die politische Betätigung seiner Mitglieder überhaupt nicht kümmern. Daß das Gegenteil der Fall ist und daß die Kriegervereine recht eifrig Politik treiben, beweisen die beiden Briefe mit dankenswerter Offenherzigkeit. Aber noch eins ist bei den beiden Schriftstücken bemerkenswert. In beiden wird auf ein

Schreiben Bezug genommen, das dem Kriegervereinsvorstand zugegangen ist und in dem ihm die „unbotmäßigen“ Mitglieder denunziert wurden. Dem Ehrenmann, der so eifrig die Abstimmung der Kriegervereinsmitglieder überwachte und der so sorgsam die Liste der Konsumvereinsmitglieder, die nur auf dem Bericht einzusehen ist, mit der Liste der Kriegervereinsmitglieder verglich, wird doch wohl die Ehrenmitgliedschaft im Kriegerverein angetragen werden? Verdient hat er sie! — Terrorismus aber treiben nur die Sozialdemokraten. . . .

### Der Segen der Fahrkartensteuer.

Anlässlich einer sozialdemokratischen Interpellation über die Einführung eines Schnellzugpaars Würzburg-Saarbrücken erklärte im badischen Landtage der Eisenbahnminister v. Marischal, daß trotz Steigerung der Frequenz die Einnahme der Eisenbahnverwaltung aus dem Personenverkehr im Jahre 1907 etwa eine Million Mark weniger betrage, wie im Jahre vorher. Der Ausfall sei zurückzuführen auf die Personentarifreform und die Fahrkartensteuer, durch welche ein Herabsteigen in die unteren Klassen stattgefunden habe.

Daß die Fahrkartensteuer eine gesegenerische Mißgeburt ist, haben auch ihre ehemaligen Väter eingesehen. Man geht denn auch mit der Absicht, sie umzugestalten. Und zwar dadurch, daß die Fahrkartensteuer für die I. und II. Klasse aufgehoben wird, damit diesen teureren Klassen ihre ehemalige Frequenz wieder gewonnen wird. Die Fahrkartensteuer für die dritte Klasse soll bestehen bleiben!

Käme eine solche Absicht wirklich zur Ausführung, so wäre das eine Begünstigung der Reichen und eine Benachteiligung der Minder- und Nichtbesitzenden, die noch zehnmal schlimmer wäre, als der jetzige Zustand! —

### Zur Landtagswahl.

Aus verschiedenen Gegenden wird gemeldet, daß aller Wahrscheinlichkeit nach dort die Freisinnigen und Nationalliberalen bei der Landtagswahl gemeinsame Sache machen werden. In einigen Wahlkreisen scheint bereits ein Wahlbündnis zustande gekommen zu sein; so wird und telegraphisch aus Wiesbaden mitgeteilt, daß die Vorsitzenden der volksparteilichen Wahlvereine des Wiesbadener Landtagswahlkreises gestern in einer Versammlung nationalliberaler Vertrauensmänner erklärt haben, ihre Partei würde auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten verzichten und von vornherein für den nationalliberalen Kandidaten Wartling eintreten. —

### Ein Konterfei.

Die „B. J. am Mittag“ erörtert im Leitartikel ihrer heutigen Nummer die politischen Fähigkeiten der freisinnigen Reichstagsabgeordneten und kommt auf Grund ihrer Kenntnis der Personen zu folgendem Ergebnis:

Es würde sich wirklich einmal verdienen, die politische Laufbahn der gegenwärtigen freisinnigen Volksvertreter und ihre Rechtstitel auf den Namen Politiker zu untersuchen. Die Entwidlung ist mit ganz seltenen Ausnahmen typisch. Man fängt als Mitglied eines Bezirksvereins an und beteiligt sich an der Diskussion: ist man Volksschullehrer, so gibt die nützliche Gewohnheit, den Schülern der zweiten oder der obersten Volksschulklasse die deutschen Aufsätze zu korrigieren, berechtigten Anspruch darauf, als Vortragender mit einer ferner Bezirksvereinsredner zu debütieren, die jedem selbständig denkenden Deutschen im Laufe der letzten zwanzig Jahre den Besuch von freisinnigen Bezirksvereinsversammlungen verweigert haben. Kommt nun noch ein hartes Organ zu der Sicherheit des Aufstretens, die der tägliche Verkehr mit einer Schar von niemals widersprechenden Schulkindern verleiht, so ist der Stoff zu einem Vereinsvorsitzenden gegeben, der sich im Verlaufe weniger Jahre zum Stadtverordneten, Reichs- und Landtagsabgeordneten ausmachen kann.

Einem Manne, der auf diesem Wege und mit den Mitteln der Bezirksvereinsredner groß geworden ist, wird sich allerdings der Begriff der Politik und der staatsmännischen Leistung notwendig mit der Vorstellung von Reden, Reden und wieder Reden verknüpfen. Die gewaltigen wirtschaftlichen Interessen, die ein großer Staatsganze erfüllen, — die geschichtlichen Machtfactoren wie die neu auftretenden Volkskräfte werden ihm, der daneben niemals Gelegenheiten hatte, eine umfassendere Bildung, weitreichende Kenntnisse, die Fähigkeit der Menschenbehandlung sich anzueignen — liberal unter dem Bilde seiner kleinen Bezirksvereinsintrigen sich darstellen. . . . Und was das Schlimmste: im stillen Bewußtsein seiner eigenen Schwäche wird er darnach trachten, sich ausschließlich mit Leuten des eignen Bildungsniveaus, der eignen Geschehen und beschränkten Anschauungen zu umgeben, jeden selbständig Denkenden sorglich fernzuhalten.

Herr Kopfschmerz und seine Genossen werden sehr erfreut sein über diese amüsante biographische Skizze. —

### Eine Wandlung zum Besseren.

Das Verlesen der Kriegsartikel bei den militärischen Kontrollversammlungen brachte bisher stets das Verbot jedes Dritten gegenüber erkennbar gemachten revolutionären oder sozialdemokratischen Bestimmung durch Gefänge oder Ausrufe, weiter das Verbot des Haltens oder Verbreitens anarchistischer oder sozialistischer Schriften in Kasernen oder Diensträumen und schließlich das Verbot jeder Beteiligung an Vereinen oder Geldsammlungen ohne Genehmigung des Vorgesetzten. Wie uns jetzt aus Magdeburg berichtet wird, wurde dort bei den diesjährigen Frühjahrskontrollversammlungen nur das Verbot des Verbreitens anarchistischer oder sozialistischer Schriften unter den Kontrollpflichtigen, Angehörigen des Heeres oder in Diensträumen bekannt gegeben. Das Verbot des Haltens dieser Schriften und der Beteiligung an Vereinen oder Geldsammlungen ist also in Wegfall gekommen. Den Militärbehörden ist also wohl die Einsicht gekommen, daß diese letztgenannten Verbote sich nicht mit dem praktischen Lebensvereinbaren ließen, sondern nur auf dem Papier standen. —

### Was trieb den Mann in den Tod?

Zum Selbstmord des Soldaten Nagel vom 5. Infanterieregiment in Bamberg veröffentlicht die „Neue Bayer. Landesztg.“ einen Brief von Verwandten des Selbstmörders, woraus hervorgeht, daß nicht Schikanen der Offiziere oder Unteroffiziere an der unglücklichen Tat schuld sind, wohl aber das verfehlte militärische System. Nagel litt schon vor seiner Militärzeit an chronischem Kopfschmerz und Rheumatismus, war sehr schwächlich, blutarm und hochgradig kurzatmig. Trotzdem wurde er ausgehoben und im November v. J. eingezogen. Seit dieser Zeit befand er sich mit kurzen Unterbrechungen im Lazarett, wurde aber trotzdem nicht als untauglich entlassen. Am 21. März wurde er für gesund erklärt und verlieh das Lazarett; er mußte sich aber schon am 26. März wieder beim Arzt melden, der ihn heftig angefahren haben soll. Der Mann begab sich darauf vom Arzt weg zum Feldwebel, wo er sich zum inneren Dienst meldete, ein Schreiben kopierte und ein anderes auf die Bataillonskanzlei trug. Dann ging er auf sein Zimmer, verließ die Türe und hängte sich an seiner Bettlade auf. Er hinterließ einen Zettel mit den Worten: „Ich ziehe den Tod meinen Schmerzen vor.“

### Die unerbittliche Militärjustiz.

Der Musikleiter Schuß der 9. Kompagnie des Infanterieregiments Nr. 143 besuchte am 2. Januar dieses Jahres in Bayreuth im Elsaß zwei Wirtschaften. Er betrank sich, ging



auf einen Heuboden und schloß ein. Als er am nächsten Tage in die Kaserne wollte, konnte er nicht mehr laufen; er hatte beide Füße erfroren. Ohne Speise und Trank blieb der arme Teufel bis zum 16. Januar auf dem Heuboden liegen, bis er von einem Maler entdeckt wurde. Noch am selben Tage wurden ihm im Garnisonlazarett zu Straßburg beide Füße und ein Teil der Unterextremität amputiert! Der Mann ist also gestraft genug für seine Verfehlung. Aber das Gesetz will es, daß auch diese Leute bestraft werden, mag die gesetzliche Bestrafung dann mit dem Strafzweck auch noch so sehr im Widerspruch stehen. Kurz, der verkrüppelte Mensch lag in seiner Hilflosigkeit auf einer Krankenstube vor dem Kriegsgericht in Straßburg und erhielt wegen unerlaubter Entfernung, die durch sein Verschulden länger als sieben Tage gedauert hatte, die Mindeststrafe von 18 Tagen Gefängnis.

### Die liberale Reichstagsfraktion unter polizeilichem Schutz.

Dieser Tage sprach die Genossin Nieh in Straßburg i. E. in einer öffentlichen Versammlung über die moderne Frauenbewegung. Als sie bei der Besprechung des Frauenwahlrechts den Wahlrechtskampf der preussischen Genossinnen schilderte, wurde sie von dem überwachenden Polizeibeamten unterbrochen mit der Bemerkung, dieses gehöre nicht zur Sache. Selbstverständlich schickte sie den „Hüter des Gesetzes“ ganz gehörig heim. Freute schon dieses Eingreifen des Beamten von einer erschreckenden Urteilslosigkeit, so zeigte ein weiterer Zwischenfall, wie nebensächlich die Polizei ist, wenn das Verhalten des Regierungsbüros und der ihm angehörenden Parteien ins Kreuzfeuer genommen wird. Unter anderem kritisierte Genossin Nieh das schwachvolle Verhalten der Liberalen und bemerkte dabei, daß diese, wenn ihnen Wilton den Stiefel hinhalte, auch diesen ablieben würden. Da erhob sich der überwachende Beamte abermals und forderte, die Rednerin zur Ordnung zu rufen; sie habe eine Reichstagsfraktion beleidigt. Das ist wohl das höchste, was im Zeichen der Völpolitik die reichslandische Polizei geleistet hat. Für den nötigen Spott braucht der Beamte selbstverständlich nicht zu sorgen. Die Liberalen aber mögen daraus ersehen, daß ihr Verhalten unter aller Kritik ist, wenn die Kritik ihrer Haltung verboten sein soll.

### Mißhandlung und tätlicher Angriff an Kaisers Geburtstag!

Mit einem bemerkenswerten Fall von Mißhandlung und tätlichem Angriff beschäftigte sich jetzt das Dresdener Kriegsgericht.

Auf der Anklagebank nahmen Platz der Geseitete Steitmann wegen vorchristlicher Behandlung, Mißhandlung und Beleidigung eines Untergebenen und der Soldat Berger wegen Ungehorsams und tätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten. Der der Anklage zu Grunde liegende Sachverhalt ist folgender:

Der Angeklagte Steitmann war in der 7. Kompagnie des 102. Infanterieregiments zu Bittau Rekrutengeleiter und stellvertretender Korporalschaftsführer. Als solcher war er seinen Kameraden gegenüber Vorgesetzter.

An Kaisers Geburtstag dürfen die Soldaten bis 12 Uhr nachts ausbleiben. Am genannten Tage wollte nun der Soldat Berger gegen Mittag ausgehen. Der Geseitete befahl ihm, um 5 Uhr in der Kaserne zu sein. Als der Soldat auf die bestehende Vorschrift hinwies, brüllte ihn der Geseitete an: „Halte die die Presse, sonst gibst ein paar in die Schnauze!“ Berger entfernte sich schließlich, glaubte, der Regimentsoberst gelte mehr als der des Geseiteten, und blieb bis Mitternacht aus, wo er dann in nicht mehr ganz nüchternem Zustande einpaffierte. In der Mannschaftsstube angelangt, wurde er vom Geseiteten angeheulert: „Warum ist mein Befehl nicht befolgt worden!“ Darauf hat Berger keine Antwort gegeben. „Kuh einige weitere Befehle“ soll er nicht befolgen und auch keine Stellung vor dem Geseiteten genommen haben. Schließlich trat der Geseitete auf Berger zu, packte ihn an der Brust und verlegte ihm einen Schlag ins Gesicht, daß dem Soldaten die Zigarre aus dem Munde flog. Durch diese Mißhandlung wurde Berger sehr erregt und gereizt, griff Berger nach dem Geseiteten, um ihn abzuwehren und von sich zu halten, wobei er den Geseiteten an der Brust anfaßte. Dies der Tatbestand, und darauf eine schwere Anklage wegen tätlichen Angriffs. (11)

Während der Verhandlung bestreitet Berger, gegen den Geseiteten tätlich geworden zu sein. Aber auch der Geseitete will nicht nach dem Soldaten geschlagen haben.

Der Vertreter der Anklage beantragte gegen den Geseiteten unter Annahme eines minder schweren Falles und unter Berücksichtigung, daß er durch das Verhalten des Soldaten zur Mißhandlung gereizt worden sei — 3 Wochen mittleren Arrest! Gegen Berger aber unter Zustimmung des § 98 des Militär-Strafgesetzbuchs (durch Mißhandlung zur Tat gereizt) eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten 1 Woche. (Die Mindeststrafe wäre sonst 1 Jahr.)

Das Urteil lautete bei Steitmann wegen vorchristlicher Behandlung in vier Fällen auf — — — 10 Tage mittleren Arrest!! und bei Berger wegen Ungehorsams und tätlichen Angriffs — — — 6 Monate und 2 Wochen Gefängnis!!!

### Militärjustiz!!

### Schweiz.

#### Aus der Bundesversammlung.

Bern, 8. April. Der Nationalrat hat bereits in seiner zweiten Sitzung den Antrag der liberalen Wähler in St. Gallen betreffend Errichtung eines eidgenössischen sozial-katolischen Amtes beraten und angenommen. Der Demokrat Dr. Hochmann-Frauenfeld trat für die Angliederung einer bezüglichen Abteilung an das staatsliche Amt ein, also für eine Nachahmung der deutschen Einrichtung, der gegenüber wir ein selbstständiges Amt durchaus vorziehen. Bundesrat Deudler nahm den Antrag zur Prüfung entgegen, ohne sich jedoch von vornherein für eine oder andere Art der Lösung zu binden.

### Frankreich.

#### Die Interpellation Jaurès.

Paris, 8. April. In der Kammer fand heute die Interpellation Jaurès über die innere Politik der Regierung und das Reformprogramm zur Beratung. Die Fraktionen der Linken haben beschlossen, die Regierung zu unterstützen. Dubief wird namens der Radikal-Sozialisten ein Tagesordnung einbringen, welche die Notwendigkeit betont, die dem Parlament unterbreitete Reformvorlage durchzuführen und das Vertrauen ausdrückt, daß die Regierung sich dabei nur auf diejenigen Parteien stützt, die ernstlich diese Reformen wollen.

Zu der Debatte wußte Jaurès der Regierung vor, nicht alle im Programm angeführten Reformen durchgeführt, als auch von der vorigen Kammer angenommene Reformen zur praktischen Anwendung gebracht zu haben. Weiter bemängelt Redner die Politik der Regierung gegenüber der Kirche und beschuldigt Clémentineau, den Finanzminister in Sachen der Steuerreform nicht genügend unterstützt zu haben. Der Finanzminister unterbricht den Redner mit dem Hinweis darauf, daß es gewesen sei, der namens der Regierung die Vertrauensfrage bezüglich der Steuerreform gestellt habe, ein Beweis, daß er mit der Regierung einig gewesen sei. Fortfahrend, wußte Jaurès dem Ministerpräsidenten weiter vor, das Gesetz über die Altersklassen im Senat nicht durchgeführt zu haben. Die Debatte dauert an.

### Italien.

#### Nachträgliches zum Generalstreik.

Rom, 4. April. (Sig. Ver.) Da fast alle unsere Telegramme Zensur anheimgefallen sind, seien die Ereignisse vom

Donnerstag in ihrer tragischen Schlichtheit kurz geschildert. Der abgestürzte Maurer war im Hospital gestorben. Da er der anarchistischen Organisation angehörte, folgte der Leiche auch die Fahne des Verbandes. Dieser Zug wollte, entgegen den Vorschriften der städtischen Behörden, über die Piazza Venezia an der österröischen Gesandtschaft vorbeiziehen. Als der Leichenwagen in die Piazza del Gesei einbiegt, findet er nach der Richtung seines Zieles einen dreifachen Truppenkordon. Ein Polizeikommissar fordert die Arbeiter auf, umzukehren. Da nicht Folge geleistet wird, stürzen sich die Polizisten mit der üblichen Brutalität auf die Menge. Die will sich nicht zurückziehen lassen und drängt heftig gegen die Kordons. Unglücklicherweise kommt ein Wagen mit Mauersteinen des Wegs und einige Burschen schleudern Steine gegen die Truppen. Die Soldaten stehen reglos, aber in den Polizisten gewinnt sofort die brutale Roheit die Oberhand. Die Trompetenstöße, die die Menge zum Auseinandergehen aufordern, verhallen ungehört. Auf einmal ertönt der erste Schuß, dann der zweite, dann weiter Schuß auf Schuß und gellende Schreie und das Gewirr der auseinanderstrebenden Menge. Die Helikopter ist vollbracht. Auf dem Platz steht der Leichenwagen allein. Einige Schritte weiter liegt ein Toter: vornübergestürzt, ganz in sich zusammengesunken, unweit davon ein anderer, lang ausgestreckt. Zehn, fünfzehn Verwundete decken das glorreiche Kampffeld, zum Teil gräßlich blutend und bewußtlos. In fassungslosem Entsetzen, dann mit wilden, furchtbaren Verwünschungen, sieht die vorwiegend aus Arbeitern bestehende Menge auf das Bild. Einem Wagen, der einen Verwundeten fortbringt, schleudert ein Polizist einen Stein nach!

Zwei der Verwundeten sind inzwischen gestorben, 16 andere sind schwer verletzt. Von der bewaffneten Macht hat keiner eine ernste Verletzung davongetragen. Die 21 Opfer, die Gewalt in der Kammer anführt, sind durch Steinwürfe zu einigen blauen Flecken gekommen — weiter nichts. Es steht fest und soll mit Genugtuung verzeichnet werden, daß die Soldaten nicht geschossen haben. Polizei und Carabinieri haben dagegen 200 Schuß abgegeben.

Rom, 6. April. Von den Massenverhaftungen der letzten Tage sind nur 26 aufrecht erhalten worden. Die Verhafteten werden sich wegen Beleidigung der Polizeibehörde und der Truppen zu verantworten haben. In Bologna und einem Teil der Provinz Ferrara sind Teilausstände ausgebrochen.

Rom, 6. April. Infolge der Beendigung des Generalstreikes wurde heute der Wagen- und Kassenverkehr in normaler Weise wieder aufgenommen, die Stadt bietet ihr gewöhnliches Bild.

### Portugal.

#### Blutige Wahlen.

In Portugal haben gestern die Wahlen stattgefunden, wobei es in Lissabon wie im Lande zu blutigen Unruhen kam. Ihr Umfang läßt sich allerdings noch nicht erkennen, da infolge der strengen Zensur Einzelheiten fehlen. Es ist aber zweifellos, daß die Zusammenstöße von der monarchischen Regierung bemerkt und provoziert worden sind. In den Wahlkreisen, in denen republikanische Majoritäten zu erwarten waren, wurden die Wahllisten von den Regierungsbekleideten ganz offen und unerschämigt gefälscht, Wähler an der Abstimmung gehindert, ihnen die Stimmzettel aus den Händen gerissen usw. Als die Republikaner erregt protestierten, ließ man das bereitgehaltene Militär einschreiten, das sofort und aus nächster Nähe scharf zu schießen begann. Die Zahl der Toten ist nicht bekannt, doch soll eine größere Zahl ermordet worden sein. Die Unruhestörungen in der Provinz sollen unblutig gewesen sein. Heute durchzog eine erregte Menge die Stadt. Die Bureauräume der Zeitungen „Diario Illustrado“, Organ der Francisten, „Diario Popular“, Organ der Regeneratoren und „Portugal“, Organ der Nationalisten, wurden von der Volksmenge mit Steinen beworfen.

Das Gesamtergebnis der Wahl steht noch nicht fest. Doch hat die monarchische Konzentration von 146 Sitzen bereits 90 „erobert“. Die Republikaner haben ungefähr 40 Mandate erhalten. Lissabon und Oporto haben republikanisch gewählt.

### Finland.

#### Der Landtag aufgelöst.

Wie aus Helsingfors telegraphisch berichtet wird, ist der finnländische Landtag vom Zaren aufgelöst worden. Mit einem Schläge sieht sich das Land vor neue Ereignisse gestellt, deren Tragweite schwer zu ermessen ist.

Der jetzige Landtag wurde im vorigen Jahre auf Grund des demokratischen Wahlrechts in Europa gewählt. Die Sozialdemokratie zog mit ungefähr 80 Mitgliedern (bei insgesamt 200) in den Landtag ein. Die zweitgrößte Partei des Landtages, die Allfennomanen, die Repräsentanten der Agrarier, bildeten den rechten Flügel, die Jungfennomanen und Edelmannen, die Vertreter des finnländischen Liberalismus, das Zentrum des Landtages. Aus den Reihen der letzteren ging 1906 der Senat hervor, der in Finnland das Ministerkabinett ersetzt. Der Konflikt zwischen Landtag und Senat gab den äußeren Anstoß für die jetzt ausgebrochene ernste Krise.

Am 28. März fand, wie bereits kurz berichtet, im Landtage die Debatte über die allgemeine politische Lage statt, in der der Vizepräsident des Senats, Nockelin, die gegen den Senat erhobenen Anschuldigungen zurückzuweisen suchte. Die Allfennomanen beschuldigten den Senat, nicht zukommend genug gegen die russische Regierung und zu milde gegen die russischen Flüchtlinge und die revolutionären Elemente im Lande gewesen zu sein. Die Sozialdemokraten wiesen dagegen darauf hin, daß der Senat die innere Reformarbeit beständig gehemmt, die besten Elemente des russischen Volkes durch seine Auslieferungspolitik beleidigt, sich gegenüber der russischen Reaktion zu nachgiebig gezeigt und so den Beweis erbracht habe, daß er nicht imstande sei, die Angriffe abzuwehren, die von der russischen Reaktion gegen die innere Unabhängigkeit unseres Landes und die Freiheit unseres Volkes unternommen werden. Nach einer erregten Debatte gelangte ein Mißtrauensvotum der Sozialdemokraten mit 71 gegen 47 Stimmen bei 67 Stimmenthaltungen zur Annahme. Dies Ergebnis war ziemlich unerwartet und erklärt sich nur dadurch, daß die Allfennomanen aus Rache für die Ablehnung ihres Vorschlages den sozialdemokratischen Antrag durch Stimmenthaltung unterstühten, um den Senat zu Fall zu bringen. Hierzu schrieb die sozialdemokratische „Tänikes“ vor einigen Tagen: „Die Majorität des Landtages war in Wirklichkeit gegen unsere Resolution, die bloß dank der Stimmenthaltung der Allfennomanen zur Annahme gelangte. Dies bahnt ihnen aber noch nicht den Weg zum Senat, und die Lage bleibt ebenso unklar wie zuvor.“

Seitdem hat die russische Regierung sich bemüht, die Lage nach Möglichkeit zu klären. Die „patriotische“ Prehmeute fiel heulend und kläffend über die finnländischen Landtagsabgeordneten her. Das Volksblatt „Stolypins“, „Rossija“, gab deutlich zu verstehen, daß die Auflösung des Landtages und die Oltroherung eines neuen Wahlsystems unmittelbar bevorstehe. Noch deutlicher wurde die „Kowoje Wremja“. Sie schrieb: „Die finnländische Krise entwickelt sich schnell und heizt dringend der Lösung. Wir glauben, daß es noch möglich ist, sie mit „schwarzer Tinte“ zu lösen. Behüte Gott, daß man gezwungen wäre, zu „roter Tinte“ zu greifen. Dann würde die

finnländische Frage in der Tat schnell und radikal gelöst werden.“

Angesichts dieser unerbittlichen Drohungen der Regierungsborgane gewinnen die verstärkten Truppenansammlungen an der finnländischen Grenze und die Vereinigung der Zivil- und Militärgewalt in der Hand des Generals Böckmann eine ganz besondere Bedeutung. Allem Anscheine nach zieht es die Zarenregierung vor, die rein konstitutionelle Krise in Finnland nicht mit „schwarzer“, sondern mit „roter“ Tinte zu lösen.

### Türkei.

#### Beforgnisse vor Rußland.

Konstantinopel, 6. April. Infolge der fortwährenden russischen Truppenansammlungen an der türkischen Grenze erhielt das in Erzurum stationierte 4. türkische Armeekorps Befehl, nach der türkisch-russischen Grenze abzugehen.

### Gewerkschaftliches.

#### Kein Streik — eine gesellschaftliche Selbstverständlichkeit.

Der „Arbeitgeberzeitung“ ist der Streik der Reichstagsjournalisten sehr unangenehm. Die Verechtigung ihres Vorgehens muß sie anerkennen und sie kann deswegen auch nicht in das übliche Geschimpfe verfallen, wie sie das pflichtschuldigst tun muß, wenn Arbeiter um ein Stückchen Brot mehr kämpfen, oder wenn sie gezwungen sind, ihre Rechte gegenüber einem herrschsüchtigen Unternehmertum wahren zu müssen. Sie verbricht deswegen über den Journalistenstreik folgende tiefgründige Weisheit:

Erstens und vor allen Dingen: Es war kein Streik! Wenn eine bestimmte Presse aus gewissen, naheliegenden Gründen gesellschaftlich den „Streik der Journalisten“ betont hat, stolz darauf, daß sich nun auch die Vertreter der jüngsten Großmacht zur Streiktafel bekannt hätten, so ändert das nichts an der Tatsache, daß trotz alledem die Reichstagsjournalisten nicht gestreikt, sondern einfach eine gesellschaftliche Selbstverständlichkeit erfüllt haben! Wird jemand in einem fremden Hause, in dem er beruflich oder privatim zu Gast ist, schwer beleidigt, so betritt er das Haus jedenfalls nicht wieder, bis ihm eine ausreichende Genugtuung zuteil geworden ist. Hätte es in der Absicht der deutschen Reichstagsjournalisten gelegen, nach Art gewöhnlicher Streiker den Reichstag zu schädigen und in Verlegenheit zu setzen, so wäre es vielleicht der richtige Weg gewesen, wenn die Herren von der Journalistentribüne nicht gewichen wären, sondern im Gegenteil ihren Lesern einmal Wort für Wort berichtet hätten, was an Big und Weisheit von den hochwürdigen Volksvertretern tagtäglich hervorgebracht wird. Ob nicht bei einer großen Anzahl Abgeordneter eine größere Verlegenheit darüber entstanden wäre, daß ihr Geistesprodukt in ursprünglicher Form, als wenn es gar nicht an die Öffentlichkeit gelangt wäre? Das Publikum aber hätte sich an einem schlagenden Beispiel davon überzeugen können, wie eine ganze Anzahl parlamentarischer Reden erst durch die geistige Mitarbeit der Presse lesbar und genießbar wird!

Vielleicht gefält es den Unternehmern besser, wenn auch die Arbeiter in Zukunft nicht mehr streifen, sondern, indem sie ihre Rechte wahren, einfach gesellschaftliche „Selbstverständlichkeiten“ erfüllen.

### Berlin und Umgegend.

#### Achtung, Metallarbeiter!

Die Werkzeugmacher von der Firma Flohr (Abt. Reinhardt) sind noch immer ausgeperrt. Die Besuche der Kollegen, welche noch in Betrieb beschäftigt sind, durch Verhandlungen mit dem Inhaber der Firma die Differenzen beizulegen, wurden von dem Herrn Flohr kurzer Hand zurückgewiesen. Da somit eine friedliche Beilegung dieser strittigen Angelegenheit durch die halsstarrige ablehnende Haltung des Arbeitgebers unmöglich ist, so ist es um so mehr die Pflicht eines jeden anspruchsbewußten Arbeiters, diesen Betrieb zu meiden. Die Firma Flohr ist bis auf weiteres für Dreher, Schlosser, Werkzeugmacher, Schleifer, Sattler und Maschinenarbeiter gesperrt.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

#### Achtung, Metallarbeiter!

Bei der Wahl der 6 Delegierten zum Gewerkschaftskongreß, die am Sonntag stattfand, wurden 10 273 Stimmen abgegeben. Davon waren 205 ungültig. Von den 10 068 gültigen Stimmen erhielten die Kollegen: Fritz Carl 5088, Adolf Cohen 7507, Hermann Gries 5253, Max Gutschke 6242, Oswald Johannsen 5525, Auguste Kadeit 7110, Arwin Körten 5831, Hugo Petersdorf 5609, Karl Blüde 4513, Adolf Buschid 5822 Stimmen.

Demnach sind Cohen, Kadeit, Gutschke, Johannsen, Körten und Petersdorf als Delegierte zu dem diesjährigen Gewerkschaftskongreß gewählt.

Die Abstimmung über die Neuregelung der Generalversammlung hat folgendes Resultat ergeben: Abgegeben waren 10 271, ungültig 277 Stimmen. Von den 9994 gültigen Stimmen waren 7132 für, 2861 gegen Neuregelung der Generalversammlung.

Somit ist die Neuregelung der Generalversammlung von den Mitgliedern durch die Urabstimmung mit großer Mehrheit beschlossen.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

#### Speicherearbeiter im Streik.

Die Speicherearbeiter vom Lehrter Speicher (Firma Müblius) sind am Montag früh in einen Abwehrstreik eingetreten. Die Speichereibesitzer haben den mit dem Transportarbeiterverband im Jahre 1906 abgeschlossenen Tarifvertrag zum 1. April 1908 gekündigt zu dem Zweck, die bestehenden Lohn- und Akkordsätze herabzusetzen. Verhandlungen, welche bereits im Februar mit einzelnen Unternehmern geführt wurden, sind resultatlos verlaufen. Obwohl die Tarife inzwischen abgelauten sind, zahlen diejenigen Speichereibesitzer, bei denen die Arbeit im Lohn gemacht wird, den alten Stundenlohn weiter. Verhandlungen mit dem Inhaber des Lehrter Speichers, bei welchem das Akkordsystem besteht, haben zu einer Einigung nicht geführt. Der Unternehmer Herr Damer beabsichtigte ursprünglich, die Akkordsätze so weit zu reduzieren, daß die Kolonne, bestehend aus 5 Mann, bei 100 Tonnen Getreide usw. einen Lohnverlust von 20 Mk. erleiden sollte. Bei den Verhandlungen machte er nur so weit Zugeständnisse, daß der Lohnausfall immer noch 15—18 Mk. betragen haben würde. Damit konnten sich die Arbeiter nicht einverstanden erklären. Sie erklärten sich jedoch mit einer Reduktion von 6 Mk. pro Tonne einverstanden. Das Angebot wurde abgelehnt. Somit ist der Streik als berechtigt anzusehen und werden die Speicherearbeiter Berlins ersucht, ihre Kollegen in dem ihnen aufgezwungenen Kampfe zu unterstützen und strengste Solidarität zu üben.

#### Die Einigung im Malergewerbe

ist so weit vorgeschritten, daß circa 60 Proz. der Lokalfisten zum Verbandsübergang bereit sind.

Vom Verband der Maler, Lackierer usw. wird nun bekanntgegeben, daß die Uebertretungsbedingungen nur bis zum 15. April Geltung haben. Alle Kollegen, die nach dem 15. April ihren Beitritt erklären, können nur als neue Mitglieder aufgenommen werden.

#### Zentralverband der Bildmaler Deutschlands

(Ortsverwaltung Berlin.)

Die Kontrollkarte der Bildmaler für das II. Quartal ist weß und muß mit dem Verbandsstempel versehen sein. Alle Legitimationen



welche nicht den **Bermer Zentralverband der Holzmüller Deutschlands** tragen, sowie Karten ohne Verbandsstempel welche man zurück oder halte sie an. Nur dann können sich die Vereine resp. Gewerkschaften versichern, von Verbandsmüllern bedient zu werden.

Alle Fälle, wo nicht die betreffende Karte oder eine andere Legitimation vorgezeigt worden ist, wolle man unverzüglich an unser Verbandsbureau, Brunnenstraße 168, Restaurant **St. Bülle** gelangen lassen. Dort sind auch alle vorkommenden Beschwerden zu richten. Unsere Mitglieder sind verpflichtet, die Kontrollkarte stets bei sich zu führen.

Der Vorstand der Ortsverwaltung Berlin.

**Verichtigung.** Entgegen der Meldung des „Vorwärts“, daß der bei mir angestellte Böttcher wegen seines mit meiner Erlaubnis geschriebenen Ausbleibens am Mittwoch, den 18. März, nachmittags, von mir am Sonnabend, den 21. März, entlassen wurde, konstatiere ich, daß der Böttcher wegen Mangel an Arbeit entlassen wurde.

G. Linze, Greifswalder Straße 31.

**Die Schmiede der Königl. Hofwagenfabrik von E. Zimmermann** in Potsdam erreichten ohne Arbeitsinsetzung eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 2,11 M. pro Mann und Woche bei 45 stündiger Arbeitszeit. Außerdem die Abschaffung der Akkordarbeit für Feilbanker, so daß jetzt sämtliche Schmiede in Lohn arbeiten.

#### Deutsches Reich.

In der Zementfabrik zu **Bolgaß** (Besitzer Quistorf) sind zwischen Direktion und Arbeiterschaft scharfe Differenzen ausgebrochen. Der Unternehmer versuchte schon seit langer Zeit die Organisation zu zertrümmern, was ihm weder durch Wahregelungen noch durch sonstige Mittel (Versprechungen) gelang. Nun ließ sich der Unternehmer 15 Muthen kommen und weitere 100 sollten noch kommen. Eine eingelegte Beschwerde beim Regierungspräsidenten hatte den Erfolg, daß die Erlaubnis, fremde Arbeiter sich kommen zu lassen, zurückgezogen wurde, weil genügend Arbeitslose am Plage wären. Aus dem nun kündigte der Unternehmer 81 Arbeitern wegen angeblichem Arbeitsmangel. Diefen wurde aber am andern Tage erklärt, sie könnten bleiben, wenn sie aus der Organisation gingen. Dies lehnten selbstverständlich die Arbeiter ab und die Kündigung wurde nicht zurückgezogen. Jetzt sucht der Unternehmer in allen Provinzen Ersatzkräfte. Wir bitten deshalb die Arbeiterschaft, keine Angebote nach hier anzunehmen.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter bitten wir um Abdruck obiger Zeilen.

#### Der Gauvorfstand 4 der Fabrikarbeiter.

Der Streik in der Zigarrenfabrik von **Karl Schröder** in Magdeburg - Neustadt ist noch nicht beendet. Auf neue angebotene Verhandlungen scheiterten, da der Betriebsinhaber bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit verlangte. Die Firma versucht immer noch, durch verlockende Inzerate Arbeitswillige heranzuziehen. Zum Teil hat sie damit auch leider Erfolg gehabt. Die Magdeburger Polizei ist in ihrer bekannten Schneidigkeit eifrig bemüht, das Streikpostensystem zu verhindern. Eine Anzahl Streikposten wurde schon verhaftet. Selbst Unbeteiligte haben unter dem Ueberreifer der Polizei schon zu leiden gehabt.

Der **Ausstand der Tapezierer** in **Gera** dauert unverändert fort. Die Verhandlungen zwischen Meistern und Gehälfen sind resultatlos verlaufen. Die Gehälfen fordern einen Mindest-Stundenlohn von 90 Pf. und die neunstündige Arbeitszeit. Ferner einen Aufschlag von 5 Pf. pro Stunde auf die jetzigen Löhne. Die Innung will nur die neunstündige Arbeitszeit, nicht aber Lohnzuschlag bewilligen. Außerdem will sie den bisherigen Mindest-Stundenlohn von 26 Pf. beibehalten. Für Ueberstunden und Sonntagsarbeit fordern die Gehälfen 25 Proz. Vergütung, während die Meister nur 20 Proz. gewähren wollen.

#### Die Beendigung der Werftarbeiter-Aussperrung.

**Miel, 6. April.** (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Nachdem die Streikenden von den Howaldtwerken am Sonnabend die Wiederaufnahme der Arbeit beschloffen, ist die Aussperrung beendet. Howaldt stellt sämtliche Angesperrte morgen ein. Die übrigen Werften und Metallindustriellen ab Donnerstag. Nirgends sollen Wahregelungen vorgenommen werden.

In der **Hesenfabrik Osterland** zu **Gera** ist Streik. Da die Geschäftsleitung mit den bisherigen Klausurhelfern schlechte Geschäfte gemacht hat, so sucht sie außerhalb Brennerarbeiten anzuwerben. Zugang ist daher streng zu vermeiden.

#### Die Streikleitung.

#### Zu den Differenzen im Hamburger Baugewerbe.

Am 1. April haben die Hamburger Marmorarbeiter die Arbeit eingestellt, weil die Unternehmer die Erhöhung der Löhne für Schloffer von 55 auf 65 Pf. und für Hauer von 65 auf 75 Pf. sowie eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 8½ Stunden nicht bewilligen wollten. Als auf einigen Plätzen von den Sandsteinhauern Streikarbeit verlangt wurde, stellten auch diese die Arbeit ein. Diese Arbeitergruppe hatte vorher schon um eine den Verhältnissen entsprechende und den sanitären Anforderungen Rechnung tragende Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ersucht, fand aber keine Gegenliebe, indem die Arbeitgeber nur den Baugesellen eine Zulage von 5 Pf. pro Stunde bewilligen wollten.

Im Auslande befinden sich 134 Marmorarbeiter und 70 Steinhauer.

Nach Verichten bürgerlicher Blätter sollen die im „Vierstädtebund“ organisierten Arbeitgeber für das Baugewerbe beschloffen haben, den Kampf bis zur äußersten Konsequenz durchzuführen. Schon am 22. Januar hat der „Vierstädtebund“ als Abwehrmaßnahme die Stilllegung aller Baubetriebe ins Auge gefaßt, falls die Marmorarbeiter oder Steinhauer mit Forderungen hervortreten sollten.

In einem Schreiben vom 30. März d. J. hat der geschäftsführende Ausschuh des „Vierstädtebundes“, unterzeichnet: **H. Summert**, Vorsitzender, den in Betracht kommenden 14 Arbeiterorganisationen mitgeteilt, daß der „Vierstädtebund“ sich mit den Arbeitgebern im Steinmetz- und Marmorgewerbe solidarisch fühle. „Diese Mitteilung — so heißt es am Schluß — verbinden wir mit dem ergebenden Ersuchen, für die Annahme der von den beiden Gewerbegruppen mitgeteilten Entschloffenungen gefälligst einzutreten, damit weitere Gegensätzlichkeiten und eventuelle Störungen im hamburgischen Baugewerbe vermieden werden.“

Dieses Schreiben ist am Montag von den Vorfänden der Arbeiterorganisationen beantwortet worden.

#### Bergarbeiterstreik.

Zur Mittagsstunde sind, wie aus **Spittel** gemeldet wird, auf **Schacht 2** der Saar-Roselbergwerksgesellschaft von 450 Arbeitern nur 20 angefahren, auf **Schacht 5** von 315 Arbeitern 61. Auf **Schacht 6** ist keine Arbeitsinsetzung erfolgt. Eine Aussicht auf eine Einigung ist vorläufig nicht vorhanden.

#### Eine sächsische Bergarbeiterkonferenz.

fand am Sonntag in Dresden statt. Sie war von circa 50 Delegierten der organisierten Bergarbeiter Sachsens aus allen Revieren besucht. Von den eingeladenen Abgeordneten der Zweiten sächsischen Kammer waren die **Abg. Goldstein** (Soz.), **Kleinheimpel** (Nat.), **Facius** und **Hudek** (Konf.) erschienen. Die sächsische Regierung (Ministerium und Bergbehörde) hatte abgelehnt, sich vertreten zu lassen. Der Bezirksleiter des Bergarbeiterverbandes in Sachsen, **Ranilius Krause**-Zwidau begründete in längeren Ausführungen die Forderungen der organisierten Bergarbeiter zu dem von der sächsischen Regierung vorgelegten Entwurf einer Abänderung des sächsischen Berggesetzes, der in vielen Punkten noch hinter dem preussischen Berggesetz zurückblieb und in dem die Forderungen der Bergarbeiter fast gar keine Berücksichtigung gefunden haben. Der Verbandsvorsitzende **Sachse** referierte alsdann über die Reform der Knappschaftskassen. Es wurde schließlich folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die sächsische Landeskongress der Bergarbeiter, zu welcher Delegierte aus allen Revieren zahlreich erschienen sind, erklärt sich mit den Ausführungen der beiden Referenten in bezug auf den Berggesetzentwurf einverstanden. Die Konferenz spricht ihr lebhaftes Bedauern aus, daß die Regierung den gerechten Wünschen der Bergarbeiter nicht weiter entgegengekommen ist, noch mehr ist zu bedauern, daß die Verhandlungen in der Ersten Kammer des sächsischen Landtages ein fast negatives Resultat in bezug auf das Alter der passiven Wählbarkeit im § 57, sogar eine Verschlechterung gegenüber dem Regierungsentwurf ergeben haben. Die Konferenz erwartet, daß der Entwurf betr. die Umgestaltung des Berggesetzes in der Zweiten Kammer noch einer gründlichen Revision zugunsten der Bergarbeiter unterzogen wird. Sie erklärt, daß die in der vorjährigen Landesversammlung der Bergarbeiter zu **Pöhlau** bei **Zwidau** beschlossene Abänderung das Mindeste enthalten haben, was vonseiten der Bergarbeiter Sachsens verlangt werden muß.“

Die **Etuisarbeiter** in **Pforzheim** befinden sich in einer Abwehrbewegung, indem die Fabrikanten die vor einjährig Jahren vereinbarten Löhne um 10 Prozent heruntersetzen wollten. Da die Arbeiterschaft einstimmig ein solches Ansuchen ablehnte, so sind zahlreiche Kündigungen vorgenommen worden. Einzelne Fabrikanten sollen den Plan gefaßt haben, in Thüringen und Sachsen Filialbetriebe zu gründen, um auf diese Art die Arbeiter feigig zu machen. Zugleich mag dabei auch der Hintergedanke mitspielen, den Etuisfabrikanten Sachsens und Thüringens bei dieser Gelegenheit einen Teil ihrer Kundenschaft wegzuschneiden.

Wir ersuchen die Kollegen allerorts, uns unverzüglich Nachricht zu geben, wenn sie Beobachtungen machen sollten, daß etwas dergleichen von Pforzheimer-Etuisfabrikanten ins Werk zu setzen versucht werden sollte. Auch bitten wir die Gewerkschaftsstellvertreter solcher Orte, in denen keine Zahlstellen unseres Verbandes bestehen, uns gegebenenfalls Mitteilungen zu machen und zugleich die in Betracht kommenden Arbeiter und Arbeiterinnen zu warnen, ihren Pforzheimer Kollegen in den Rücken zu fallen, indem sie sich für dergleichen Filialen oder für Pforzheim selbst anwerben lassen. Pforzheim ist gesperrt worden, um den Fabrikanten die Möglichkeit zu nehmen, an Stelle des entlassenen Personals andere Arbeiter und Arbeiterinnen einzustellen. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

#### Der Vorstand des Buchhändlerverbandes Berlin.

**Tarifverhandlungen im Baugewerbe.**

In **München** finden — wie wir schon telegraphisch mitteilten — seit dem ersten April die ersten Verhandlungen auf Grund des in Berlin zwischen den Zentralvorständen der vier in Frage kommenden Gewerkschaften und dem Vorstande des deutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe vereinbarten Vertragsmusters statt. Den Vorsitz führt wieder der Reichsrat **Dr. Bremner**. Die Verhandlungen tagen so wie das vorige Mal im Lokale des Gemeinde-Kollegiums und sie sind im Gegenzug zu den in Berlin geführten öffentlich. Die Verhandlungen werden demnach das Interesse der Münchener Arbeiterschaft, daß der geräumige Zuhörerraum nicht im entferntesten ausreicht, den Einlahrbegehrenden Raum zu gewähren; längst vor Beginn der Sitzung ist der Raum besetzt und bleibt es auch bis in die späten Nachtstunden. Die Zentralvorstände sind auch diesmal durch je zwei Vertreter an den Verhandlungen beteiligt.

Von seiten des Arbeitgeberverbandes ist eine umfangreiche Vorlage eingereicht, die Ergänzungen und Zusätze zu dem Mustertarife enthält. Die Verhandlungen gestalten sich außerordentlich schwierig und zwar trägt vornehmlich das Iwellige Entgegenkommen und die Hartnäckigkeit der Arbeitgeber dazu bei, die recht unglückliche Anforderungen stellen. Wiederholt drohten die Verhandlungen zu scheitern, weil über bestimmte prinzipielle Fragen eine Einigung nicht zu erzielen war, wogegen dann wieder über untergeordnete Fragen mit Zähigkeit Stundenlang gestritten werden muß.

Nach dreitägiger Arbeit ist über „Arbeitszeit“, die eine zehnstündige für die Vertragsdauer bleibt, über Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit, Akkordarbeit, Lohnzahlung, Auflösung des Arbeitsverhältnisses, Schlichtungskommission und allgemeines eine Verständigung erzielt, wogegen die Verhandlung über den Geltungsbereich des Vertrages und die Lohnfrage noch aussteht. Ob am vierten Verhandlungstage über diese Punkte eine Verständigung herbeigeführt werden kann, erscheint sehr fraglich. In streifen der Arbeiter wird die Art der Verhandlung, die seit Monaten im Gange ist, als eine Verschleppungspolitik der Arbeitgeber angesehen.

München hat in diesem Jahre seine Ausstellung, die Anfang Mai eröffnet werden soll, die gute Arbeitsgelegenheit für die Bauarbeiter zur Folge hat. Es scheint bei den Arbeitgebern die Absicht obzuwalten, die Vertragsverhandlungen über die Zeit hinauszuschleppen, in der die dringenden Ausstellungsarbeiten fertiggestellt werden müssen.

Das ruft natürlich unter den Arbeitern große Erbitterung hervor. Donnerstag nahmen diese in überfüllten Versammlungen den Verzicht über die bisherigen Verhandlungen entgegen. In recht lebhafter Weise kam hier der Unwille der Arbeiter zum Ausdruck. Kommt es nicht zu einer Einigung, so sind Arbeitsniederlegungen nicht ausgeschlossen.

**München, 6. April.** (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Der Schiedspruch, den das Einigungsamt heute fällt, spricht den Maurern und Zimmerern für dieses Jahr 57 und für 1909 59 Pf. Lohn pro Stunde zu, den Bauarbeitern 44 und 47 Pf., den Spezialbranchen für jedes Jahr zu den bisherigen Löhnen eine Zulage von 2 Pf. Die Lohnhöhe beträgt somit für Maurer 4 Pf. und für Zimmerer und Bauarbeiter 5 Pf. die Stunde.

**München, 6. April.** Das Einigungsamt fällt heute zur Tarifregelung im Baugewerbe seinen Schiedspruch: Für die in Frage kommenden Bauhandwerker werden Durchschnittslöhne festgesetzt, die schon am kommenden Sonnabend in Kraft treten. Am Mittwoch werden die beiderseitigen Parteien eine Einverständniserklärung ihrer Auftraggeber abgeben. Damit haben die Tarifverhandlungen vorbehaltlich der Genehmigung der Verträge des Deutschen Arbeitgeberverbandes und des Deutschen Arbeitnehmerverbandes ihre Ende erreicht. Am 1. April 1909 soll ein neuer Tarif mit erhöhten Lohnsätzen in Kraft treten.

#### Ausland.

Die **Maler in Kopenhagen**, die zum 1. April allgemeine Arbeitsniederlegung beschloffen hatten, haben nun doch noch durch erneute Verhandlungen mit den Unternehmern einen so vortheilhaftesten Tarifvertrag erzielt, daß der Streik vermieden wurde. Die von 1400 Mitgliedern besuchte Generalversammlung hat den neuen Vertrag einstimmig angenommen.

Die **Waldarbeiter Kopenhagens** haben nach langen Verhandlungen mit den Unternehmern ihren alten Tarifvertrag mit geringer Verbesserung bis zum 1. April 1910 verlängert.

**Th. Glode**, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag, u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW. Dierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Der Kampf gegen die Lohnherabsetzungen im schwedischen Baugewerbe dehnt sich immer mehr aus. In **Stockholm** haben die Maler schon Ende der vergangenen Woche die meisten im zentralen Arbeitgeberverband organisierten Unternehmern die Arbeit eingestellt und andere Gruppen von Bauarbeitern sind ebenfalls schon in den Streik getreten. Die Maurer, Zimmerer und Baustreicher traten gestern in den Ausstand bei allen Unternehmern, die die Löhne herabsetzten. Dazu haben die Unternehmer allgemeine Aussperrung der Bauarbeitergruppen beschloffen, die selbst die Arbeit noch nicht eingestellt haben. Der Kampf im Baugewerbe der Hauptstadt wird sich auf ungefähr 10 000 Arbeiter erstrecken; die Unternehmer geben die Zahl sogar auf 15 000 an, und da sie danach trachten, den friedfertigen Arbeitgebern das Baumaterial zu entziehen, ist es wohl möglich, daß der Kampf eine so große Ausdehnung erreicht. Der staatsangestellte Vermittlungsbeamte bemüht sich fortgesetzt, eine Einigung der Parteien herbeizuführen. In mehreren anderen Städten Schwedens sind die Tarifverträge im Baugewerbe ebenfalls am 1. April abgelaufen, ohne daß neue zustande gekommen sind. Große Kämpfe stehen bevor oder haben schon begonnen. In **Sundsvall** sind die Maler ausgesperrt und in **Kalmar** ist ein allgemeines Malerstreik ausgebrochen.

## Eine Protestversammlung der städtischen Arbeiter.

In **Frehers Festsaal**, Koppenstraße, fand gestern abend eine große Protestversammlung von Arbeitern statt, deren Arbeitgeberin die **Stadt Berlin** ist. Auf der Tagesordnung stand das Thema: „Der neue Etat und die Arbeiter“. Schwer enttäuscht sind die Arbeiter worden durch die Ablehnung ihrer bescheidenen Forderungen. Wenn sie verlangen, daß ihnen ein Minimallohn von 4 M. zugebilligt werde, so ist damit eine Mäßigung bewiesen, die in Anbetracht der gesteigerten Preise für alle Lebensbedürfnisse in **Berlin** unbedingt Berücksichtigung verdient hätte. Ebenso dringend war die Verkürzung der Arbeitszeit in städtischen Betrieben geboten, wie auch die Einführung des Wochenlohnsystems. Die einheitliche Regelung der Lohnskalen sowie der Ueberstundenarbeit ist ignoriert worden; es soll bei der alten Regellosigkeit, bei der Willkür der einzelnen Betriebsleitungen bleiben. Auch die Forderungen der Pflegenstallangestellten sind nicht berücksichtigt worden. Das unwürdige, auf Naturalienbegahlung basierende Arbeitsverhältnis, welches zu zahlreichen Klagen Anlaß gibt, soll keine Veränderung erfahren.

Die Versammelten gaben ihrem Protest durch Annahme folgender Resolution Ausdruck:

Die zahlreich besuchte allgemeine Versammlung der städtischen Arbeiter **Berlins** hat von dem Resultat der zum **Stat 1908/09** eingereichten Anträge Kenntnis genommen und ist enttäuscht über das mangelhafte Verständnis, welches den letzteren von seiten der städtischen Körperschaften entgegengebracht wurde und zur Ablehnung der Forderungen führte.

Die Versammelten stellen demgegenüber vor der Öffentlichkeit fest, daß in den Betrieben der **Stadt Berlin** Anfangslöhne gezahlt werden, die vielfach noch 3, 3,50, 3,75 M. betragen; und deshalb in der gegenwärtigen teuren Zeit nicht entfernt zum Lebensunterhalt auch der kleinsten Familie ausreichen. Das ist um so weniger möglich, als durch das jedem sozialen Empfinden hohnsprechende Entlohnungssystem, nach welchem die in die Woche fallenden Feiertage nicht bezahlt werden, die niedrigen Löhne noch weiter herabgedrückt werden.

Die Versammelten erklären ferner, daß die in den städtischen Betrieben bestehenden Arbeitszeiten in keiner Weise billigen, geschweige denn modernen Ansprüchen genügen. Die noch fast allgemein zu leistenden 10, 11, 12 und mehr Stunden pro Tag sind von gesundheitlichen und sozialen Gesichtspunkten aus unhaltbar; denn sie lassen den Arbeitern weder das nötige Maß von Erholung, noch gewähren sie ihnen Zeit zur Betätigung als Familienvater und Staatsbürger.

In verständnisvoller Würdigung ihrer diesbezüglichen Pflichten müssen die Arbeiter unbedingt sowohl an der beantragten Regelung der Löhne auf der Basis des Wochenlohnes als auch an der Einführung der neunstündigen Arbeitszeit, für die kontinuierlichen Betriebszweige der Achtstundenschieft, festhalten.

Die Versammelten erwarten daher bestimmt von **Magistrat** und **Stadtvorordnetenversammlung** eine nochmalige Beratung und Würdigung der eingereichten Forderungen und beauftragten das Bureau der Versammlung, diese Ansicht an zuständiger Stelle sofort zur Kenntnis zu bringen.

Unter Hinweis auf die bisherige, jede Einsicht entbehrende Verhandlung der Arbeiterforderungen und auf die Art, wie bei der Statberatung selbst die Eventualität einer Lohnherabsetzung vom **Kammerer** des **Magistrats** in Erwägung gezogen wurde, erinnert die Versammlung die Kollegen an die unabweisbare Pflicht des gewerkschaftlichen Zusammenchlusses. Hinein in die Organisation, hinein in den Verband der Gemeindegewerkschaft! das muß Wahlpruch aller Kollegen sein. Nur so werden wir unsere Arbeitsverhältnisse verbessern, nur so können wir alle Gelüste auf weitere Verschlechterung derselben abschlagen.

Die mit starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Referenten **Wuhly** fanden lebhaften Widerhall in der Diskussion. Scharf kritisiert wurde die liberale Stadtvorwaltung, die es zuläßt, daß die Berliner Gemeindegewerkschaften Hungerlöhne erhalten und schlechter gestellt sind als in Privatbetrieben, schlechter auch als in anderen, kleineren und ärmeren Gemeinden. Die Berliner Gemeindegewerkschaften sind empört über die Behandlung, die ihnen von der Stadtvorwaltung zuteil wird. Sie haben geglaubt, mit ihren Forderungen äußerst mäßig und bescheiden gewesen zu sein, und nun müssen sie sehen, wie auch diese geringen Forderungen rücksichtslos beiseite geschoben werden. Nur die sozialdemokratischen Vertreter sind im Stadtparlament für die Gemeindegewerkschaften eingetreten; von den bürgerlichen „Stadtvätern“ ist nicht zugunsten der Arbeiter geschähen, man hat sich ablehnend oder gleichgültig verhalten. Es gilt auch für die städtischen Arbeiter, die Notwendigkeit des Massenkampfes zu begreifen und dementsprechend zu handeln. Die Scharen der noch nicht in der freien Gewerkschaft organisierten Arbeiter haben einen großen Teil der Schuld, daß den Wünschen der Arbeiter im allgemeinen so wenig Respekt entgegengebracht wird. — Manche Beispiele wurden vorgebracht, wie rücksichtslos man gegen **Kranke** Arbeiter von der Verwaltung aus handelt, wie man versucht, sie sich vom Halbe zu schaffen. Gesuche um Urlaub oder Unterstützung finden selten Gehör, oft aber scharfe Abweisung. Gift ist aber die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter überhaupt, so werden alle Wünsche von vornherein als unberücksichtigt angesehen. Am darin Wandel zu schaffen, muß vor allen Dingen die Organisation der städtischen Arbeiter die notwendige Stärkung erfahren.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

#### Bürgermeister und Defraudant.

**Krefeld, 6. April.** (Privatdepesche des „Vorwärts“.) **Bürgermeister** **Horster** aus **Arroth** wurde heute vom **Schwurgericht** wegen Unterschlagung von 18 000 M. Stiftungsgelder zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt.



Reichstag.

141. Sitzung vom Montag, den 6. April 1908, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundespräsidenten: von Bethmann-Hollweg. Die zweite Beratung des Vereinsgesetzes wird beim § 8 fortgesetzt.

Der Paragraph lautet: „Beauftragte, welche die Polizeibehörde in eine öffentliche Versammlung (§§ 3, 3a, 4, 4a, 4b, 7) entsendet, haben sich unter Kundgebung ihrer Eigenschaft dem Leiter oder, so lange dieser nicht bestellt ist, dem Veranstalter der Versammlung zu erkennen zu geben. Den Beauftragten muß ein angemessener Platz eingeräumt werden. Die Polizeibehörde darf nicht mehr als zwei Beauftragte entsenden.“

Die Abgg. Albrecht und Genossen (Soz.) beantragen, die Bestimmung über den angemessenen Platz der Polizei zu streichen. Die Abgg. Trimborn und Genossen (B.) beantragen, daß die Gewerkschaftsversammlungen von der Ueberwachung der Polizei ausgeschlossen sind.

Abg. Trimborn (B.) begründet seinen Antrag. Es herrscht jedoch im Hause eine solche lärmende Unruhe, daß er absolut unverständlich bleibt.

Abg. Heine (Soz.): Dem Antrag Trimborn stimmen wir zu. Unser Antrag will den Satz streichen, daß den Beauftragten der Polizei ein angemessener Platz einzuräumen sei. Der Satz ist charakteristisch für den Geist des Gesetzes. Mit einem gewissen Eifer hat der Staatssekretär in der Kommission und im Plenum behauptet, von einer wirklichen Ueberwachung durch die Polizei sei eigentlich gar keine Rede. Herr von Bahr hat aber vorgewiesen aus der Notwendigkeit der Ueberwachung die Notwendigkeit des Sprach-

paragraphen abgeleitet. Tatsächlich will der Bloch auch nichts anderes als ein Vereins- und Versammlungsrecht unter polizeilicher Kontrolle. Die bevorzugte autoritative Stellung der Polizei soll auch dadurch gekennzeichnet werden, daß ihre Beauftragten nicht wie jeder andere in eine Versammlung hineingehen und sich einen Platz suchen müssen, sondern einen ihnen angemessen erscheinenden Platz zugewiesen erhalten müssen. Wir halten dies für überflüssig und bitten, diesen Satz zu streichen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Unterstaatssekretär Wernuth bittet, die Anträge abzulehnen. Abg. Köhler (wirtsch. Bg.) befürwortet die Anträge; in Hessen habe die Polizei überhaupt kein Ueberwachungsrecht.

Damit schließt die Diskussion. Unter Ablehnung der Änderungsanträge wird § 8 in der Fassung der Kommission angenommen.

Es folgt § 9, der nach den Kommissionsbeschlüssen folgenden Wortlaut hat: „Die Beauftragten der Polizeibehörde sind befugt, unter Angabe des Grundes die Versammlung für aufgelöst zu erklären, wenn in den Fällen des § 7 Abs. 3 (zugelassener Gebrauch der fremden Sprache nach vorgegangener dreimal 24 stündiger Anmeldung) die Beschneidung über die ordnungsmäßige Anzeige nicht vorgelegt werden kann.“

2. wenn die Genehmigung nicht erteilt ist (bei öffentlichen Versammlungen und Aufzügen). 3. wenn die Zulassung der Beauftragten der Polizeibehörde (§ 8 Abs. 1) verweigert wird. 4. wenn Bewaffnete, die unbefugt in der Versammlung anwesend sind, nicht entfernt werden. 5. wenn in der Versammlung Anträge oder Vorschläge erörtert werden, die einer Aufforderung oder Anreizung zu Verbrechen oder nicht nur auf Antrag zu verfolgenden Vergehen enthalten. 6. wenn Rednern, die sich verbotswidrig einer nichtdeutschen Sprache bedienen, auf Aufforderung der Beauftragten der Polizeibehörde von dem Leiter oder Veranstalter der Versammlung das Wort nicht entzogen wird.

Ist die Versammlung für aufgelöst erklärt worden, so hat die Polizeibehörde dem Leiter der Versammlung die mit Totsachen zu belegenden Gründe der Auflösung schriftlich mitzuteilen, falls er dies binnen drei Tagen beantragt.“

Die Abgg. Brandts und Genossen (Pole) beantragen, in diesem Paragraphen die Absätze 1 und 6 zu streichen und im Absatz 5 die Worte „oder Anreizung“ abzulehnen.

Die Sozialdemokraten beantragen, den § 9 vollständig zu streichen.

Unter Ablehnung aller Änderungsanträge wird der § 9 unverändert in der Kommissionsfassung angenommen.

Es folgt § 9a, der bereits zusammen mit dem § 1a angenommen worden ist. Er regelt den Beschwerdeweg gegen die Auflösung von Versammlungen.

§ 10 lautet nach der Regierungsvorlage und den Kommissionsbeschlüssen: „Sobald eine Versammlung für aufgelöst erklärt ist, sind alle Anwesenden verpflichtet, sich sofort zu entfernen.“

Die Polen beantragen, das Wort „sich“ zu streichen, ebenso die Sozialdemokraten, die außerdem hinter dem Worte „Versammlung“ die Worte „durch die Beauftragten der Polizeibehörde“ einfügen wollen.

Präsident Graf Stolberg läßt über diese Änderungsanträge abstimmen und den § 10 unverändert annehmen. (Widerpruch.) Er stellt dann § 10a zur Debatte, wird aber von den Schriftführern unterbrochen und erklärt: „Ich habe leider einige Wortmeldungen zum § 10 übersehen, das Haus wird mir also gestatten, den Herren, die durch meine Schuld nicht zu Worte gekommen sind, nachträglich das Wort zu geben. (Weiterleit.)“

Die Abgg. Dr. v. Djiembowski (Pole) und Hildenbrand (Soz.) bitten, das Wort „sich“ zu streichen. Nach der Judikatur seien durch dieses Wort die Teilnehmer gezwungen, sofort nach der Auflösung die Versammlung fluchtartig zu verlassen. Das entspreche weder der Absicht des Gesetzes noch der Würde der Bürger.

Damit schließt die Diskussion. Präsident Graf Stolberg stellt fest, daß die Abstimmung schon vorher erledigt worden ist. (Weiterleit.)

Es folgt § 10a, der von der Kommission eingefügt, folgenden Wortlaut hat: „Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, dürfen nicht Mitglieder von politischen Vereinen sein und weder in den Versammlungen solcher Vereine, sofern es sich nicht um Veranstaltungen zu gewöhnlichen Zwecken handelt, noch in öffentlichen politischen Versammlungen anwesend sein.“

Das Zentrum beantragt, statt 18. Lebensjahr 16. Lebensjahr zu setzen und als Absatz 2 hinzuzufügen: „Die Bestimmung findet keine Anwendung auf Vereine und Versammlungen von Angehörigen eines bestimmten Berufes oder Standes, welche sich ausschließlich mit Angelegenheiten dieses Berufes oder Standes befassen, auch dann nicht, wenn hierdurch eine Einwirkung auf Gesetzgebung und Verwaltung bezweckt wird; insbesondere nicht auf Versammlungen der in § 152 der Gewerbeordnung genannten Personenzirkel, wenn in denselben ausschließlich die dort bezeichneten Zwecke erörtert werden.“

Die Sozialdemokraten beantragen, den § 10a zu streichen. Abg. Wisberts (B.):

Der von der Kommission eingefügte § 10a bedeutet eine erhebliche Verschlechterung. Der Staatssekretär hat sich bei der ersten Lesung auch gegen den Ausschluß der Jugendlichen ausgesprochen. Gerade denen, die sich in einer idealen Weise betätigen wollen, versucht man, die Möglichkeit hierzu zu nehmen. Gerade die Besten sind schon sehr früh ins politische Leben gekommen, und wären das, was sie heute sind, ohne die frühesten Eindrücke des öffentlichen Lebens nicht geworden. Die Furcht, daß die jungen Leute etwa die praktische Führung bekommen, ist ganz unbegründet, aber lernen sollen die jungen Leute das politische Leben und seinen Ernst. Gerade die Gewerkschaften üben auf die jungen Leute einen großen erzieherischen Einfluß aus. (Sehr wahr! im Zentrum.)

Man behauptet, die jungen Elemente in den Gewerkschaften neigen zum Radikalismus; das ist nicht der Fall, nirgends, weder in sozialdemokratischen noch in anderen Gewerkschaften ist derartiges zutage getreten, vielmehr übt die Disziplin der älteren Leute einen sehr heilsamen Einfluß auf die jugendlichen aus. In keinem evangelischen und katholischen Gesellenvereine können Sie politische Angelegenheiten vollständig ausschalten; auch diese werden durch den § 10a geschädigt. Streichen Sie den ganzen Paragraphen, er ist mir ein höchstes Schwert, das beim ersten Hieb zerbrechen wird. Wollen Sie das nicht, so setzen Sie wenigstens das 16. statt das 18. Lebensjahr und gestatten Sie zum mindesten den Gewerkschaften die Aufnahme jugendlicher Personen. (Bravo! im Zentrum.) Schädigen will man aber nicht erreichen, sondern schädigen wird man in erster Linie die christlich-nationale Arbeiterbewegung, die gerade auf den jungen Arbeiternachwuchs angewiesen ist. (Sehr

wahr! im Zentrum.) Jegend eine entgegenkommende Erklärung des Staatssekretärs kann daran nichts ändern. Wer sich durch solche Erklärungen hat bestimmen lassen, für den Sprachparagraphen zu stimmen, dessen politische Reife bedauere ich. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wer dieses Ausnahmegesetz gutheißt, wird wohl auch andere Ausnahmegesetze gegen die Arbeiter gutheißten. (Lebhaftes Sehr richtig! im Zentrum.) Herr Hue hat vorgestern hier erklärt, das Gesetz wäre nicht möglich, wenn es nicht gelungen wäre, den Sozialdemokraten 36 Sitze abzunehmen. (Sehr richtig! bei den Sozial.) Das gebe ich zu; das Gesetz wäre aber auch nicht möglich gewesen, wenn das Zentrum 36 Sitze mehr gewonnen hätte. (Große Heiterkeit.) Als Herr Raumann vor einigen Jahren im Ruhrgebiet gegen die Nationalliberalen auftrat, wurde er von Herrn Hue mit Freuden begrüßt; die Abstimmung am Sonntag hat wohl Herrn Hue gezeigt, daß auch überzeugungstreue Demokraten sehr schnell umfallen, wenn für sie die Gefahr besteht, politischen Einfluß zu verlieren. (Lebhaftes Zustimmung im Zentrum und bei den Sozialdemokraten, erregte Zwischenrufe bei den Liberalen.) Die Zukunft wird lehren, daß die Liberalen mit dem § 10a sich eine Rute binden, die sie noch zu spüren bekommen werden. (Lebhaftes Bravo! im Zentrum.)

Abg. Graf v. Cramm (L.): Wir wollen die Jugendlichen nur von politischen Vereinen und Versammlungen ausschließen, nicht auch von wirtschaftlichen; persönlich würde ich auch das letztere für gut halten. Die Politik muß aber jedenfalls Vorrecht und Sache der gereiften Leute sein. (Lebhaftes Sehr richtig! rechts.) Den Vorredner ermahne ich daran, daß bei den letzten Berliner Straßkämpfen ein großer Teil der Erzgebirgen ganz junge Burschen waren. Das deutet doch auf einen großen Mißstand hin. Man sagt, die Vereine und Versammlungen sind nicht das einzige Mittel, um auf die Jugendlichen einzuwirken; das ist richtig, aber es ist eines der Mittel, und wenn ein Damm gegen eine Gefahr nicht ausreicht, so muß man ihn ausbauen. (Sehr richtig! rechts.) Den Herren der übrigen Wochpartei möchte ich danken, daß sie unserem Antrag entgegengekommen sind (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten) und es uns dadurch möglich gemacht haben, an dem Gesetzentwurf mitzuarbeiten. (Bravo! rechts.)

Abg. Hildenbrand (Soz.): Herr Trimborn bemerkt ich, daß die Enttätigung, welche mein Genosse Hue durch die Abstimmung des Kollegen Raumann erlebt hat, keineswegs größer sein kann als die des Herrn Trimborn über den Unfall des Kollegen Wehrens. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr Wehrens war der Führer der Deputation an den Reichskanzler, er bestritt zwar die Feuerung des Reichskanzlers, daß der § 7 auf Vorforderung von Großindustriellen in den Entwurf gekommen sei, aber der Mitteilnehmer an der Deputation, der vorgestern zweimal genannt ist, hat sich diesem Dementi nicht angeschlossen (Hört! hört!) und der Reichskanzler hat es nicht für richtig gehalten, dieses Dementi hier anzusprechen. Vorgestern ist hier im § 7 ein Ausnahmegesetz mit 20 Stimmen Mehrheit angenommen worden. Heute wird im § 10a ein

neues Ausnahmegesetz

hingefügt, das dadurch noch um so schärfer und unbegreiflicher wird, weil es von der Regierung nicht gewünscht wurde, sondern es wird ihr auf Wunsch der Konservativen durch die Parteien entgegengebracht, die jahrzehntlang durch ihre ganze Haltung ein solches Ausnahmegesetz abgelehnt haben. In den Tagen der Kompromißverhandlungen hat kein freisinniges Organ gewagt, zu sagen, daß hier den Konservativen nachgegeben werden könne. Auch im Bundesrat hat der § 10a sicher vor Einführung des Entwurfes zur Diskussion gestanden. Die verbündeten Regierungen aber haben einschließlich der preussischen und der sächsischen auf die hier vorgeschlagene Beschränkung als unnötig und mit einer ungeheuerlichen Belästigung verbunden verzichtet. In der ersten Lesung der Kommission wurde der Antrag der Konservativen auch von allen Parteien abgelehnt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn man die Ausbildung des Volkscredits verlangt, so soll man doch daran denken, daß eine staatsbürgerliche Erziehung vorausgehen muß, die sich nicht auf den Byzantinismus beschränken kann, der in den Schulen gelehrt wird. Die Konservativen haben auch nicht die Absicht, die politische Erziehung ihrer eigenen Söhne zu beschränken. Sie wollen das nur für die Söhne des Volkes. Denn für Sie gilt immer noch das alte Wort, daß der dümmste

der da sagt, jeder anständige Mensch in Rußland sitzt im Gefängnis, ist ein Trottel.“ Daß ein Vielohrlädel den tragischen Sinn dieses Totschloßwortes erfasse, ist ja ausgeschlossen. Man nimmt den Mann in Wien auch nicht weiter ernst. Die „Wiener Arbeiterzeitung“ verspottet ihn nicht übel, wenn sie aus den Aushängeproben einer von einem hervorragenden Politiker herausgegebenen großen Literatur- und Kunstgeschichte diese Proben gibt:

Gola war eine französische Sou. Goethe war ein alter Haldori. Jöben ist ein zwiderer Arel. Lessing war der Sohn von an jüdischen Hausfrez. Gorki war ein Strizzi.

Veethoven war a alter Geiztragen. Bei Heinrich Heine hats kein christliches Dienstmädchen ausghalten.

Der Rubens, muß der Alimente zum zahl'n g'habt hab'n!

Die Rede der Parlamentsberichterstatter. Anknüpfend an den längst beendeten Streit der Reichstagsjournalisten erzählt eine englische Zeitschrift von einem ähnlichen Kampfe zwischen Parlament und Presse, der sich in Neu-Süd-Wales abspielte. Die Abgeordneten machten den Berichterstatter der Zeitungen von Sidney in sehr scharfer Form den Vorwurf, daß sie die Reden der Volksvertreter durch allzu freie Behandlung verflüchteten. Der Konflikt verschärfte sich und die getadelten Journalisten kamen auf einen amfanten Einsatz, um dem Parlamentsredner eine kleine Lektion zu erteilen. Sie unterdrückten nicht etwa die Berichte, nein, im Gegenteil, sie gaben die Reden fortan wörtlich mit allen rednerischen Entgleisungen, mit Stottern und Satzungeheuern. Die Herren der Preßgalerie — die Reporter — sie sollten doch nicht — die Reporter sollen nicht urteilen — sie sind es nicht, die urteilen können was wichtig ist — ganz abgesehen von dem, was nicht ausgelassen werden darf — aber — das Mitglied allein kann beurteilen, was wichtig ist. Wie ich — wie meine Reden — wie die Berichte — ich meine was berichtet wird, was ich sage — kein Mensch — niemand kann aus diesen Berichten sehen — was es ist — was ich meine. So — es überläßt mich — es hat mich überläßt — gewisse Dinge — gewisse Dinge von Wichtigkeit — werden oft ausgelassen — fortgelassen. In diesem Sinne wurde Silbe für Silbe genau alles wiedergegeben. Sidney amfizierte sich aufs beste über die rednerischen Entgleisungen der Abgeordneten und bald war Friede.

Humor und Satire.

— Du sonst nichts zu gebrauchen. Der Vater: Herr Präsident, ich habe bisher nichts Redetes mit meinem Sohn anfangen können. — Der Präsident: Seien Sie unbesorgt. Wir werden ihn zum Attaché machen.

— Der Lehrgang. Der Minister zum neuen Attaché: Unser Budget gestattete uns nur, ihnen ein monatliches Gehalt von 150 Fr. anzuwiesen. . . Sie haben dafür aber auch nichts zu leisten. . . Bureaudiener, weihen Sie den Herrn Attaché in seine Geschäfte ein.

Kleines Feuilleton.

Wladiker von Tolstoi. Der russische Dichter, der seit vielen Jahren eher ein Propagandist seiner urchristlichen und zum Teil reaktionär wirkenden Ideen geworden ist, wird in diesem Herbst das 80. Lebensjahr vollenden. Im Auslande wie in Rußland werden bereits Ehrungen, Adressen usw. vorbereitet. Anatole France, der seine Künstler und tapfere Kämpfer, hat für die Festgabe der französischen Schriftsteller folgenden Beitrag geschrieben, der auch bei uns interessieren wird: „Wir begrüßen in Leo Tolstoi die erhabenste und höchste Idee, die der heutigen Menschheit angehört. Als epischer Schriftsteller ist Tolstoi unser aller Meister in der Beobachtung aller äußerlichen Regungen sowie der verborgenen Beweggründe der Menschen; er ist unser Meister durch die Mannigfaltigkeit und die Kraft der sein Werk belebenden Schöpfungen; er ist unser Meister durch die unfehlbare Wahl der Umstände, die dem Leser das Gefühl des Lebens in seiner unendlichen Wandelbarkeit vermitteln. Und diese Kennzeichen seines Genies finden sich in den Werken aller Perioden seines Schaffens. Tolstoi ist außerdem ein unnahelbares Beispiel intellektueller Vorurteillosigkeit, Unerschrockenheit und Großmut. Mit heroischer Ruhe, mit juristischer Sanftmut hat er die Verbrechen einer Gesellschaft, die von den Gesetzen weiter nichts als die Billigung ihrer Ungerechtigkeiten und Gewalttaten verlangt, an den Pranger gestellt. Da er weniger heilig sind und deshalb nicht in der Einsamkeit des Geistes und in der Resignation die Heilung aller Uebel unserer Existenz finden können, wenden wir uns zu den starken Erzählungen der Industrie, um etwas mehr Gerechtigkeit zu predigen, aber dabei bleibt doch in unserem Herzen das Bild des großen Pan von Jasnaja Poljana, dieses neuen Halbgothtes der Felder und Wälder. Was das alte Griechenland mit Hilfe der Städte und mit dem harmonischen Aufschwung der Jahrhunderterte erstrebt und geschaffen hat: einen Homer, das hat die Natur für Rußland getan, als sie Tolstoi schuf: Tolstoi, die Seele und die Stimme eines gewaltigen Volkes, den Strom, woraus die Kinder, die Männer und die Hirten der Völker Jahrhunderte hindurch trinken werden.“

Tolstoi selbst hat sich gegen alle besonderen Feierveranstaltungen in Rußland ausgesprochen. Nicht etwa, weil sein Vaterland in seiner tiefen Trauer und Erniedrigung für frohe Feste keinen Boden bietet, sondern — weil die Orthodoxen daran Anstoß nehmen und er — in Einklang mit seinen jeden Kampf verwerfenden Lehren — keinen Anstoß zum Unfrieden geben will. Die russischen Volksoberhäupter denken weniger christlich, sie haben in einer ihrer Zeitungen Tolstoi noch kürzlich für einen „gottlosen Schuft“ erklärt, „der Rußland mehr Leid angetan hat, als alle Räuber der Vergangenheit zusammen“ und jede Beteiligung der Duma an einer Feier als das „denkbar größte Verbrechen“ hingestellt.

Eine Tolstoi-Ehrung eigener Art schenken Herr Vielohrlädel, der festengagierte christlich-soziale Handwerker des österreichischen Reichstages, vorzugehen, als er in einem Ausschusse Tolstoi einen „Alten Lepp“ nannte und später zur Erklärung hinzufügte: „Ein Mensch,

kommen um vier Uhr zusammen, um den Tee einzunehmen.

— Kleider machen Leute. Der Schneider: Gestatten Sie mir zu bemerken, Herr Attaché, daß ihre ganze Zukunft von dem Schnitt Ihrer Röcke abhängt. Wir verdanken die Herren . . . (nimmt zwei große Tiere der Diplomatie) ihre Karriere.

— Die Hauptsache. Wenn wir nicht in den Ankleidezimmern des Vallets frei ein- und ausgehen dürften, würden wir die ganze Republik zum Teufel jagen.

— Es ist nicht alles Gold . . . Der Minister ist reizend — Ja, schon . . . aber seine Frau zählt 63 Jahre. („L'Affaire au ventre“: Die Herren Attachés.)

Notizen.

— Das Vermächtnis. In Weimar spielte dieser Tage ein literarischer Prozeß. Peter Galt, Beamter des von der Schwäbischer Reichsgericht verurteilten Reichsgericht, hatte eine vorläufige Verfügung erwirkt, die das weitere Erscheinen einer von Professor Vernoulli begonnenen Reichs-Biographie verbot. Weil darin in-time Briefe von Peter Galt verwendet werden. Diese Verfügung wurde angefochten, aber vom Gericht bestätigt (ohne Angabe von Gründen.) Interessanter als der Prozeß selbst gestaltete sich der von den Klägern gebrachte Nachweis, daß Reichsgericht von seiner Schwester, die jetzt einen geschäftlich tätigen Heiligenkult mit ihm treibt, bei Verstandeszeiten nichts hat wissen wollen, da sie ihn nicht verstand.

— Patriotische Schinken. Aus dem Dunkel eines bürgerlichen . . . zieht der „Kunstwart“ folgende Einnonce an Licht:

Appetitlich wirken bei allen Festlichkeiten die von mir als Spezialität geführten Schinken mit Photographien hochtender Persönlichkeiten (Deutscher Kaiser, Kaiserpaar, König Friedrich August, Bismarck etc.) Preis p. St. je nach Gewicht 12—15 M. Versand unter Nachn.

Zur besseren Wirkung läßt die Firma gleich einen Schinken dazugeben, auf dem ein Bild Wilhelms II. zu sehen ist. Einzig und patriotisch!

— Theater-Chronik. Im Schiller-Theater (Charlottenburg) ist für Sonnabend, den 11. April, nachmittags 8 Uhr, eine Schilleraufführung von Schillers „Wilhelm Tell“ angefügt.

— Vorträge. Der Verein zur Förderung der Kunst veranstaltet am 10. April im Bürgercafé des Berliner Rathauses einen Schönbach-Carolath-Abend.

— Die Humboldt-Akademie veranstaltet im zweiten Quartal 1908 circa 104 Vorlesungszyklen. Das Quartal beginnt am 22. April. Das Zentralbureau Berlin W. 35, Potsdamer Straße 27b, Villa 2, ist zu Auskünften über besondere Vergünstigungen durch Anschluß an den Zentralverein usw. gern bereit.



**Arbeiter der beste ist.** (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Konservativen würden sich auch schon bedanken, wenn etwa die Ausbeutungsfreiheit in gleicher Weise herabgesetzt würde, die Ausbeutung wollen sie sogar gegenüber Kindern gestatten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Als in der ersten Lesung der Kommission der konservative Antrag gegen drei Stimmen abgelehnt wurde, war es interessant, daß der Vertreter der Nationalliberalen seine Zustimmung in Aussicht stellte, wenn es möglich wäre, diejenigen Organisationen von der Beschränkung freizuhalten, an denen die Nationalliberalen ein Interesse haben. Diese Öffnung auf eventuelle Verständigung mag den Konservativen das Rückgrat zu Verhandlungen hinter den Kulissen gestärkt haben und als in zweiter Lesung der § 10a erschien, war das Ueberrassende, daß sich nicht nur die Nationalliberalen, sondern auch die übrigen Blozparteien dem

#### landinischen Joch der Konservativen

gebragt haben. (O! ol beim Bloz.) Darüber kann doch kein Zweifel bestehen, daß die Regierung weder im Entwurf noch in der zweiten Lesung diese Beschränkung verlangt hat, sondern daß es der Bloz war, der sie ihr aus freien Stücken gegeben hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Bei § 7 lag die Erklärung der Regierung vor, daß bei seiner Ablehnung das ganze Gesetz scheitern würde; beim § 10a ist derartige mit keinem Worte gesagt worden; hier handelt es sich lediglich um einen Wunsch der Konservativen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn jetzt schon die Freisinnigen vor den Konservativen auf den Knien liegen, so können wir uns denken, was je alles bei der

#### Steuergesetzgebung

leisten werden, damit nur der Bloz beisammen bleibt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Widerspruch beim Freisinn. Das Zentrum hat die katholischen Gesellenvereine, die Konservativen die evangelischen Jünglingsvereine und den christlichen Verein junger Männer geschaffen, um die Jugend zu dem sogenannten nationalen Byzantinismus

heranzuziehen. In neuerer Zeit haben dann auch die Nationalliberalen die Organisation der Jungliberalen geschaffen. Genau so gut wie die anderen Parteien die Jugend antisozialdemokratisch erziehen wollen, haben wir das Recht, sie in unserem Sinne zu erziehen. Schon allein aus diesem Grunde bedeutet die Tätigkeit des Blozes in der Kommission Fortführung des Kampfes gegen die Sozialdemokratie, man will das Vereinsgesetz als Waffe

#### zur Herabwürdigung der sozialdemokratischen Jugendorganisationen

benutzen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Zustand in Sachsen soll auf das ganze Deutsche Reich ausgedehnt werden, obwohl Sachsen sich damit vor aller Welt lächerlich gemacht hat. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Mit dem Verfahren, über das die ganze Welt lacht, wollen Sie uns nun auch in Süddeutschland beglücken. Wir bedanken uns vor einer solchen Herabwürdigung der deutschen Nation vor der ganzen Welt. Ja sogar für Preußen bedeutet der § 10a einen ganz gewaltigen Rückschritt. Die Abgeordneten des württembergischen Volkes namentlich sollten es sich reiflich überlegen, ob sie dem § 10a zustimmen und unsere württembergischen Versammlungen vergiften wollen. (Lebhafte Unruhe im Bloz.) Auch für die gewerkschaftlichen Organisationen bedeutet der § 10a eine große Gefahr, wir haben ja jetzt schon oft genug die Erfahrung gemacht, daß die Polizei sich über die Bestimmungen des Gesetzes hinwegsetzt und einfach gewerkschaftliche Versammlungen als politische bezeichnet. Alle Gewerkschaften, die praktische Erfahrung hinter sich haben, rühmen die Hebung der Disziplin, der Moral, der Ehre durch die Gewerkschaften, sowie die Aufklärungsarbeit innerhalb der gewerkschaftlichen Organisation, durch die die Arbeiter in besonders hervorragendem Maße fähig gemacht werden, sich mit öffentlichen Angelegenheiten zu beschäftigen. Die gewerkschaftlichen Organisationen haben die Notwendigkeit erkannt, die Jugendlichen zu erziehen, aber diese Möglichkeit schaffen Sie aus der Welt, wenn Sie den Jugendlichen das Versammlungsrecht nehmen. Die ursprüngliche Vorlage enthielt den § 10a nicht, aber trotzdem sind die Freisinnigen dafür zu haben, nicht etwa, weil die Regierung es will, sondern weil die Konservativen es wollen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es ist die Pflicht eines modernen Staates, seine jungen Bürger politisch zu erziehen. Das ist ein Grundgedanke der Demokratie, nicht etwa der Sozialdemokratie. Die Söhne der wohlhabenden Klassen lernen sich in der Schule sehr gut auskennen über die Verhältnisse von Athen, Sparta, Rom, nicht aber die politischen Verhältnisse Deutschlands, und die Schüler der Volksschule bringen wohl eine große volkswirtschaftliche und geographische Kenntnis über Palästina mit, aber über Deutschland erfahren sie nichts, man beschäftigt sie nicht mit politischer Aufklärung. Um so mehr sollte man die politische Aufklärung wenigstens freilassen für die jungen Leute, die die Schule verlassen haben. Heutzutage werden in den höheren Schulen die jungen Leute schon nicht mehr zu Patrioten, sondern zu Byzantinern erzogen,

sie werden nicht aufgeklärt über die Pflichten des Bürgers, sondern ihnen wird Respekt vor Militär und anderen Personen beigebracht. Ja, man hat die Jugend sogar

#### für den Flottenverein

und für die Bestrebungen auf Vermehrung der Steuern zu gewinnen versucht, für Bestrebungen, die darauf hinauslaufen, die Ausgaben für die Flotte immer mehr zu vermehren, so daß man schließlich zur Erfüllung kultureller Aufgaben nicht mehr imstande ist. Wir verlangen, daß ein wirklicher Patriotismus in den Herzen der Jugend genährt wird. Wir verstehen unter Patriotismus die Erziehung unserer Jugend zu Leuten, die den Staat als eine Organisation sämtlicher Staatsbürger ansehen und nicht die Ausbeutung der einen Klasse durch die andere zulassen. Zur Begründung des Umfalles der Freisinnigen hat Herr Dr. Müller-Weinigen in einer Zeitung ausgeführt, daß man die jungen Leute, die als gewerkschaftliches Sprengpulver in nichtsozialdemokratischen Versammlungen benutzt werden, von den Versammlungen fernhalten müsse. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist

#### Reichsverbandshilf!

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wie kommt Herr Müller-Weinigen dazu, seinen Umfall damit zu begründen? Wenn man das liest, so möchte es ja so scheinen, als ob die Nichtsozialdemokraten überhaupt keine Versammlungen mehr abhalten können. Das ist so unglaublich übertrieben, daß daraus deutlich hervorgeht, daß Herr Dr. Müller wirkliche Gründe für seinen Umfall gar nicht gehabt hat. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Heute Abend findet das zweite Stiftungsfest des Jugendvereins Eugen Richter statt, als Redner treten auf Raumann, Wiemer und Bayer. Wenn wir heute nachmittag den § 10a beschließen, dann wird dieses Stiftungsfest eine Begräbnisfeier sein. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der § 10a macht es unmöglich, daß der fortschrittliche Jugendverein Eugen Richter Mitglieder unter 18 Jahre aufnehmen kann, und damit ist der Titel „Jugendverein“ zu Grabe getragen. (Widerspruch im Bloz.) Herr Raumann möge sich also vorbereiten, heute Abend seine

#### Grabsrede auf den Jugendverein

zu halten. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Ich hebe noch einmal hervor, heute wird gegen den Willen der Regierung auf Wunsch der Konservativen eine reaktionäre Bestimmung in das Gesetz hineingebracht, die ihre Wirkung als Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie richten soll. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) In Zukunft wird die Polizei erklären, ein Turnverein, ein Radfahrerverein, eine Jugendorganisation von Arbeitern und sozialdemokratische Vereine, oder eine Fortbildungsschule,

eine Rednerschule eines sozialdemokratischen Vereins wird als Verein für politische Zwecke hingestellt werden und so wird § 10a eine

#### Waffe in der Hand der Polizei

bilden, alle derartigen Organisationen von Arbeitern zu vernichten. Das haben einzelne Kommissionenmitglieder ungeniert auch als Zweck dieser Bestimmung ausgesprochen (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Widerspruch im Bloz, nicht in den Kommissionenberhandlungen, aber in der Unterhaltung.

Nach der Abstimmung über den § 7 ist und das Schicksal des § 10a nicht zweifelhaft. Aber wir haben unsere warnende Stimme erhoben, und wir können mit Stolz sagen, daß auch in diesem Fall die Sozialdemokratie sich als die Wächterin und Hüterin der Arbeiterrechte erwiesen hat. (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Overling (natl.): Der Abg. Hilbenbrand sprach wie ein Regierungskommissar. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Dabei hat die Regierung in den Motiven zu dem Entwurf selbst zugegeben, daß Bedenken gegen die Einbeziehung der Jugendlichen vorhanden seien. In der Kommission hat unter Redner Dr. Diederich schon bei der ersten Lesung erklärt, daß die Bedenken der Konservativen sehr erwägenswert seien. Inzwischen kamen auch eine Reihe Petitionen aus den Kreisen der Gewerbetreibenden und des Handwerks, entgegen dem Regierungsentwurf die Jugendlichen in der politischen Betätigung zu beschränken. Es handelt sich hier eben nicht um eine politische, sondern um eine praktische, pädagogische Frage. (Sehr wahr! bei den Nationalliberalen.) Was Herr Hilbenbrand über die Erziehung zum Byzantinismus sagte, zeigte, daß er nicht weiß, was Patriotismus ist. (Abg. David [Soz.]: Das wissen nur die Nationalliberalen. [Weiterkeit.]) Der Einwand, die Erziehung der Jugend in der Zeit vom Verlassen der Schule bis zum Beginn der Militärdienst könne durch diese Bestimmung leiden, hat zunächst Eindruck auf uns gemacht; aber gewerkschaftliche Versammlungen werden nicht getroffen, ebensowenig die evangelischen Jünglings- und katholischen Gesellenvereine; denn das sind keine politischen Vereine. Ein Ausnahmegesetz ist die Bestimmung sicher nicht, sie bringt gleiches Recht für alle unter 18 Jahren. Daß Sie von einem Ausnahmegesetz sprechen, zeigt, wie krampfhaft Sie bemüht sind, dies freisinnliche Gesetz in falschem Rechte erscheinen zu lassen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich freue mich über den politischen Wirklichkeitsinn des Freisinn, der mitarbeitet an einem Gesetz zum Wohle des Vaterlandes und zum Wohle der Jugend. (Beifall beim Bloz.)

Abg. Drejski (Vole): Das Blozkompromiß über das Vereinsgesetz war eine sehr schwere Geburt. Erst in letzter Stunde kam es überausend zur Welt, behaftet mit den häßlichen Auswüchsen der §§ 7 und 10a. Unterdrückt war der Antrag auch von den liberalen Parteien, die sich stets gegen die Erhöhung des Schulzollens in der Industrie und des Schulalters der Mädchen gegen Versäufnis gestimmt haben. (Hört! hört! bei der Opposition.) Unter dem Ausfluß der Jugendlichen hat sich die Sozialdemokratie zur stärksten Partei Sachsens entwickelt. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Abg. Mandel hat in einer glänzenden formvollendeten Rede im preussischen Abgeordnetenhaus diese Entrechtung der Jugendlichen namens der freisinnigen Parteien bekämpft. Wo ist heute im Blozfreisinn noch ein Mandel? (Sehr gut! b. d. Sozialdem. und Polen.) Der § 10a muß zu politischer Ungleichheit und Schikane führen. Deshalb muß § 10a gestrichen werden. Aber der Bloz will eben eine möglichst große Zahl von Angehörigen des Volkes entrechteten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten und Polen.)

Abg. Dr. Mugdan (fr. Sp.): Ich möchte den Staatssekretär fragen, ob unsere Anschauung richtig ist, daß Versammlungen, in denen Lohn- und Arbeitsbedingungen erörtert werden, nicht unter das Gesetz fallen. Wir werden dem § 10a zustimmen; schon vorgestern hat der Abg. Bayer dargelegt, daß man ein solches Gesetz nicht scheitern lassen kann, weil einem die Bestimmung nicht poht. Herr Trimbora nennt den Paragraphen eine hölzerne Waffe, also kann er doch nicht so gefährlich sein. (Das Haus fällt sich ganz auf den Kopf.) augenscheinlich ist ein Schlußantrag beabsichtigt. Unter der Unruhe der in den Saal strömenden Abgeordneten gehen die Ausführungen des Redners zum größten Teil verloren.) In Bayern haben die Sozialdemokraten der Heraussetzung des Wahlrechtsalters zugestimmt, und in Preußen verlangen sie das Reichstagswahlrecht, obwohl das Wahlalter dadurch von 24 auf 25 Jahre heraufgesetzt wird. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Stellung der Liberalen im Lande wird durch nichts so sehr gefährdet werden als dadurch, daß wir das freisinnliche Gesetz geschaffen haben, das die Sozialdemokraten sich bemühen, durch maßlose Uebertreibungen zu Fall zu bringen. (Lebhafte Beifall beim Bloz, Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird von den Blozparteien eingebracht.

Abg. Singer (Soz.): (zur Geschäftsordnung) Wir hatten begründete Ursache, anzunehmen, daß ein Schlußantrag jetzt noch nicht gestellt werden würde. Diese Annahme beruhte auf Mitteilungen eines der Herren von der Majorität. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) Ich lege Wert darauf, daß festgestellt wird, wer trotzdem für den Schluß der Debatte stimmt und beantragt über den Schlußantrag namentliche Abstimmung.

Abg. Dr. Mugdan (fr. Sp.): Ich glaube nicht mehr zu Wort zu kommen und war bereits im Begriff, aus dem Saal zu gehen, als ich aufgerufen wurde.

Abg. Singer (Soz.): Diese Mitteilung verstärkt noch die Wucht meiner Anklage. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.)

Der Schlußantrag wird mit 160 gegen 157 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen angenommen.

Abg. Dr. Franz-Waltheim (Soz., persönlich): Im Rahmen einer persönlichen Bemerkung kann ich die gegen die freie Jugendorganisation gerichteten Angriffe nicht zurückweisen, da mein Name nicht genannt ist. Ich stelle aber fest, daß der Schlußantrag angenommen wurde, obwohl nur noch mein Name auf der Rednerliste stand. (Hört! hört! bei der Minderheit.)

Der Änderungsantrag des Zentrums, das 18. durch das 16. Lebensjahr zu erheben, wird abgelehnt.

Der Antrag des Zentrums, Gewerkschaftsversammlungen von der Beschränkung des § 10a freizulassen, wird in namentlicher Abstimmung mit 199 gegen 193 Stimmen bei 1 Stimmenthaltung abgelehnt.

Bizepräsident Kaempf fordert nunmehr diejenigen, welche für den § 10a in der Kommissionsfassung stimmen wollen, auf, sich zu erheben. (Der Bloz erhebt sich.)

Abg. Singer (Soz., zur Geschäftsordnung): Schon vor mehreren Tagen ist vom Präsidenten Grafen Stolberg mitgeteilt, daß zu § 10a ein Antrag auf namentliche Abstimmung vorliegt; ich bitte also, danach zu verfahren.

Abg. Dietrich (lous.) und Dr. Diederich (natl.) bestätigen die Angabe Singers.

Bizepräsident Kaempf: Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich die Abstimmung als namentliche wiederholen.

§ 10a wird mit 200 gegen 181 Stimmen bei 1 Stimmenthaltung angenommen.

Mit der Minderheit stimmen die freisinnigen Abg. Dohrn, Dr. Reumann-Doster, Pottkoff.

Es folgt die Diskussion über die Paragraphen 11 und 11a. § 11 lautet: „Mit Geldstrafen bis zu 150 M., an deren Stelle im Unvermögensfalle Haft tritt, wird bestraft: 1. wer als Vorstand oder als Mitglied des Vorstandes eines Vereins den Vorschriften über die Einreichung von Satzungen und Verzeichnissen zuwiderhandelt; 2. wer eine Versammlung ohne die durch §§ 3, 3a, 4, 4a, 4b dieses Gesetzes vorgeschriebene Anzeige oder Bekanntmachung veranstaltet oder leitet; 3. wer als Veranstalter oder Leiter einer Versammlung den Beauftragten der Polizeibehörde die Einräumung eines angemessenen Platzes verweigert, 4. wer sich nach Erklärung der Auflösung einer Versammlung

nicht sofort entfernt, 5. wer als Vorstand oder als Mitglied des Vorstandes eines Vereins entgegen den Vorschriften des § 10a dieses Gesetzes Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, in dem Vereine duldet, 6. wer entgegen den Vorschriften des § 10a dieses Gesetzes in einer Versammlung anwesend ist.“

§ 11a lautet: „Mit Geldstrafe bis zu 300 M., an deren Stelle im Unvermögensfalle Haft tritt, oder mit Haft wird bestraft 1. wer eine Versammlung unter freiem Himmel oder einen Aufzug ohne die vorgeschriebene Anzeige oder Genehmigung veranstaltet oder leitet, 2. wer unbefugt in einer Versammlung oder in einem Aufzuge bewaffnet erscheint, 3. wer entgegen den Vorschriften des § 7 dieses Gesetzes eine öffentliche Versammlung veranstaltet, leitet oder in ihr als Redner auftritt.“

Hierzu beantragen die Abg. Brandts und Genossen (Polen), in § 11 die Absätze 5 und 6 zu streichen, im § 11 a den Absatz 3 zu streichen.

Die Abg. Albrecht und Genossen (Soz.) beantragen, beide Paragraphen zu streichen und folgenden neuen Paragraphen einzufügen: „Beamte, Beauftragte und Abgeordnete der Polizeibehörde, die Personen, welche an Versammlungen oder Vereinen teilgenommen oder die Räume dafür hergegeben haben, aus diesem Grunde gewerbliche Konzeptionen, z. B. die Schankerlaubnis, die Ausbeutung der Polizeifunktion, die Erlaubnis zur Abhaltung von Ausstellungen oder ähnliches vorenthalten, beschränken oder entziehen oder ihren Arbeitgebern oder anderen Personen, von denen sie tatsächlich oder rechtlich abhängig sind, Mitteilung davon machen oder ihnen sonstige Nachteile irgend welcher Art zufügen, desgleichen Personen, die zu solchen Handlungen Beihilfe leisten, werden mit Geldstrafe bis zu 300 M. bestraft, sofern nicht die Strafe des § 339 des Str.-G.-B. verwirkt ist.“

Abg. Dr. Gerbers (Z.) bekämpft namentlich die Bestimmung, daß sich auch derjenige strafbar macht, der entgegen den Vorschriften des § 7 eine öffentliche Versammlung veranstaltet, leitet oder in ihr als Redner auftritt. Man dürfe nicht vergessen, daß § 7 ohnehin schon ein Ausnahmegesetz sei. Um so weniger seien besondere Strafbestimmungen am Plage.

#### Abg. Sasse (Soz.):

Nach Ansicht meiner Freunde sind die Strafbestimmungen nicht am Plage. Daraus, daß der Staatssekretär auf unsere Frage, ob der § 10a sich auch auf gewerkschaftliche Versammlungen bezieht,

#### keine Antwort

erteilt hat, können wir wohl schließen, daß dieser Paragraph auf das rückwärtslose gegen Gewerkschaften angewendet wird und daß wir häufig mit Strafen bedacht werden. Nach der Spruchpraxis unserer Gerichte wird zweifellos derjenige bestraft werden, der seinem toten Mitbruder einen Scheidegruß in fremder Sprache nachruft. Schon jetzt regnet es Strafmandate, wenn jemand am Grabe eines Arbeiters einen Kranz niederlegt und nur ein einfaches Scheidewort spricht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Diejenigen, die sagen, sie hätten sich bemüht, das Vereinsgesetz freisinnlich zu gestalten, sollten sich doch mal an den Kopf fassen und sich fragen, ob unter solchen Umständen von Freiheit überhaupt noch die Rede sein kann. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Man sollte Vorkehrungen treffen, damit Leichenbegängnisse nicht unter das Gesetz fallen. Daß die Freisinnigen bis zur dritten Lesung Verzicht annehmen werden, glaube ich nicht. (Unruhe bei den Freisinnigen.) Angesichts so grauenhafter Zustände, wie sie heute bestehen, muß man sich schämen, Deutsche zu sein. Und da findet sich hier sogar eine Mehrheit, die

#### noch härtere Strafen

ansprechen will. Schon jetzt erlauben sich Amtsvorsteher, Gastwirten, die ihre Säle zu gewerkschaftlichen oder sozialdemokratischen Versammlungen hergeben, die Konzeption zu entziehen oder sie auf andere Weise zu schikanieren. Ich könnte wieder davon singen. (Redner führt einige Fälle an.) In Potsdam konnten wir nicht einmal eine Generalversammlung unseres Verbandes abhalten, kein Wort wollte uns den Saal geben. Es ist höchste Zeit, daß solche Schikanierungen unter Strafe gestellt werden. Nicht nur unter Polizeibehörden, sondern sogar Landräte üben in dieser Weise einen Druck auf die Wirte aus. Ich kenne Fälle, wo Wirten direkt mitgeteilt ist, daß sie auf Polizeistunde gesetzt werden, weil sie ihren Saal den Sozialdemokraten zur Verfügung stellen. In einem Falle hat der Ortsvorsteher einem Gastwirt gesagt: „Ich laun Sie nicht abhalten, Ihren Saal den Sozialdemokraten zu geben, aber wenn Sie es tun, werden Sie auf Polizeistunde gesetzt.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In einem anderen Falle verfügte der Ortsvorsteher, daß nicht mehr als 40 Personen in den Saal gelassen werden dürfen. Diese 40 Personen hatten an der Wand Platz, aber es hieß

#### die Luft sei zu dumpfig.

(Weiterkeit.) Wenn solche Fälle unbestraft bleiben, dann sollte man sich schämen, wegen anderer Uebertretungen Strafen zu verfügen. Ich erinnere ferner an den Mißbrauch, der mit den der Polizei eingereichten Mitteilungslisten getrieben wird. Erst kürzlich ist ein derartiger Fall gerichtlich festgestellt. Ein Gendarm ließ sich die Listen der Mitglieder des Vergarbeiterverbandes kommen und forderte jedes Mitglied einzeln zum Austritt auf. (Hört! hört!) Ein Kollege von mir nannte das eine Gesetzesübertretung, wie sie nur in Rußland vorkommt, er wurde aber trotz der scharfen Androhung, die er gegen den Gendarm gebrauchte, nur wegen formaler Verletzung verurteilt. Die Potsdamer Polizei benutzte die Zeit bis zum Inkrafttreten des Gesetzes, um uns noch reichlich zu schikanieren, wir bekamen ein Strafmandat über das andere. Da sollte man in das Gesetz nicht neue Strafbestimmungen aufnehmen, sondern die §§ 11 und 11a streichen und statt dessen eine Bestimmung schaffen, die solche schikanöse Maßnahmen unmöglich macht. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Kirck (Z.) legt dar, daß die juristischen Begriffe in den §§ 11 und 11a in keiner Weise scharf und klar gefaßt seien und deshalb der Willkür bei der Auslegung einen breiten Spielraum lassen.

Abg. Drejski (Vole) wendet sich besonders gegen die Strafbestimmungen bei Zuwiderhandlungen gegen den § 7 (Spracheparagraph).

Damit schließt die Diskussion.

Unter Ablehnung der Änderungsanträge werden die §§ 11 und 11a angenommen.

§ 12 bestimmt, daß die Vorschriften des Gesetzes auf die durch das Gesetz oder die zuständigen Behörden angeordneten Versammlungen nicht Anwendung finden.

Das Zentrum beantragt, auch die Versammlungen der mit öffentlich-rechtlichen Aufgaben betrauten Personen hinzuzufügen.

Die Sozialdemokraten beantragen folgende Fassung des § 12:

„Auf die durch das Gesetz oder durch die zuständigen Behörden angeordneten Versammlungen, auf die Vorbereitungen von Mitgliedern dieser Versammlungen, auf die Zusammenkünfte und Vorbereitungen anderer Personen, denen öffentlich-rechtliche Aufgaben übertragen sind, zum Beispiel Vorstände und Delegierte von Krankenkassen, eingetragenen Hilfskassen, Anpflanzungskassen, Weisiger der Schiedsgerichte bei der Alters- und Invaliditäts- und Unfallversicherung, Gewerbegerichtsbeisitzer u. a., auch wenn dritte Personen hinzugezogen werden, finden die Bestimmungen der §§ 3 bis 10 keine Anwendung.“

Abg. Trimbora (Z.) befragt den vom Zentrum beantragten Zusatz.

#### Abg. Orine (Soz.):

Nicht nur die durch Gesetz und die zuständigen Behörden angeordneten Versammlungen wollen wir ausgenommen haben von den Beschränkungen, die durch das Gesetz vorgeschrieben sind, sondern auch die Vorbereitungen der Mitglieder solcher Versammlungen. Man hat in der Kommission das für unnötig erklärt, da es selbstverständlich sei. Aber der Begriff der öffentlichen Versammlung ist in diesem Gesetz so wenig definiert, daß die Polizei eins



hat. Es soll hier Reichsgesetz werden, was jetzt in Preußen Rechtens ist, und die schlanke Auslegung des Begriffs der öffentlichen Versammlung in Preußen macht zur Vorsicht. Deshalb haben wir unseren Antrag gestellt. Auch die Zuziehung dritter Personen zu einer solchen Zusammenkunft soll diese nach unserem Antrage nicht zu einer öffentlichen machen. Die Zuziehung dritter Personen, z. B. zur Belehrung über das komplizierte Wahlsystem zum Reichsversicherungsamt, ist zuweilen notwendig; das Kammergericht hat darin eine öffentliche politische Versammlung erblickt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Unter Ablehnung der Abänderungsanträge wird § 12 in der Kommissionsfassung angenommen.

§§ 13 und 14 werden debattelos angenommen.

§ 15 zählt die Gesetze auf, die infolge des Reichsvereinsgesetzes außer Kraft treten.

Die Sozialdemokraten beantragen hierzu auch die Aufhebung aller Bestimmungen, welche die Verabredung und Vereintigung zum Behufe der Erlangung und Erhaltung günstiger Arbeitsbedingungen unterlagen oder unter Strafe stellen.

Außerdem beantragen sie die Aufhebung des Plakatgesetzes und derjenigen Bestimmungen des Strafgesetzes, welche die Abhaltung von Versammlungen verhindern oder einschränken, endlich einen neuen § 385 des Strafgesetzbuchs, wonach die Polizeistunde keine Anwendung auf Versammlungen und auf Zusammenkünfte von Vereinen findet.

Seitens der Polen wird die Aufhebung des Koalitionsverbots der ländlichen Arbeiter beantragt.

Gleichzeitig mit § 15 wird § 16 zur Debatte gestellt, welcher die Vorschriften des Landesrechts aufzählt, die von dem neuen Gesetz unberührt bleiben, darunter auch die Vorschriften über das Koalitions- und Streikverbot der ländlichen Arbeiter.

Das Zentrum beantragt eine Resolution, welche die Regierung ersucht, auch den landwirtschaftlichen Arbeitern unter Wahrung der besonderen Bedürfnisse der Landwirtschaft das Koalitionsrecht zu gewähren.

Die Beratung dieser Resolution wird auf Vorschlag des Präsidenten Grafen Stolberg auf einen der nächsten Schwereinstage vertagt.

Abg. Fröne (Soz.): Schon bei der ersten Lesung des Vereinsgesetzes hat Abg. Ablaß es für nötig gehalten, für die Befreiung des Plakatwesens von seinen unwürdigen Bestimmungen zu plädieren, aber dann haben uns seine Freunde in der Kommission im Stich gelassen. Allerdings haben sie zur zweiten Lesung einen Antrag verprochen, aber eingebracht haben sie ihn nicht. (Luzus: Resolution.) Ich nehme eine demütige Bitte an die Regierung genügt und nicht, man muß das Eisen schmieden, solange es warm ist. Deshalb haben wir unseren Antrag gestellt. Auch unsere weiteren Anträge bitte ich anzunehmen.

Präsident Graf Stolberg: Der Antrag Albrecht und Genossen nimmt Bezug auf das Plakatwesen, ich kann also niemand hindern, darüber zu sprechen. Aber ich erinnere daran, daß noch eine Resolution vorliegt, die diese Frage speziell behandelt und daß diese Resolution demnächst auf die Tagesordnung eines Schwereinstages gelegt wird.

Abg. Trzciński (Polen) begründet den Antrag der Polen auf Aufhebung des Koalitionsverbots für ländliche Arbeiter. Es sei charakteristisch, daß das angeblich so freiheitliche Vereinsgesetz dies Verbot nicht anspricht, obwohl in den 60er Jahren Preußen bereit war, den Landarbeitern das Koalitionsrecht zu gewähren. Warum sollte gerade diese Arbeiterkategorie dies Recht entbehren?

Abg. Gerold (Z.) tritt für die vom Zentrum beantragte Resolution ein. Man müsse bei der Gewährung des Koalitionsrechts an ländliche Arbeiter stets die besonderen Verhältnisse der Landwirtschaft berücksichtigen, und deshalb müsse die Regelung dieser Verhältnisse in einem besonderen Gesetze erfolgen.

Abg. Köhler (wirtsch. Vg.): Ich betone noch einmal, daß zwar das Vereinsrecht Reichsrecht ist, nicht aber das Versammlungsrecht.

Abg. Brey (Soz.): Ueber die Landarbeiterfrage werden wir ausführlich bei der Beratung der Resolution sprechen. Würde die Regelung nach den Wünschen des Zentrums erfolgen, so hätte das Koalitionsrecht der Landarbeiter eine verdamnte Fehlnähe mit dem bekannten Richtenbergischen Meiser ohne Heft und Klinge. Die Materie hätte bei diesem Gesetze mitgeregelt werden müssen, denn durch Annahme der Resolution würde das Haus nur in die wenig angenehme Lage versetzt werden, dem eben verabschiedeten Gesetze sofort eine Novelle hinzuzufügen. In der Kommission wurde gesagt, die Landarbeiter selbst wollten gar keine Veränderung ihrer Lage. Das zeigt nur, daß die betreffenden Herren

keine Klasse Ahnung von den Wünschen des Volkes haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Schon bei der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs verlangte das Volk eine Regelung des Gefinnde- und Landarbeiterrechts. Das scheiterte damals durch die Schuld der Freisinnigen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und jetzt helfen die Freisinnigen wieder dazu, die Materie auf die lange Bank zu schieben. Es ist notwendig, ein einheitliches Arbeiterrecht zu schaffen. Das ist aber nur möglich, wenn das Vereins- und Versammlungsrecht gemeinsam mit dem Koalitionsrecht geregelt wird, weil beide einander ergänzen. Statt dessen wird man den Zustand aufrecht erhalten, daß man sogar unter der Arbeiterklasse zwei verschiedene Schichten hat, die gewerblichen Arbeiter, die das Koalitionsrecht haben und sich wehren können, und die landwirtschaftlichen Arbeiter und das Gefinnde, dem jede Waffe, sich zu wehren genommen ist. Deshalb verlangen wir die

Regelung des Gefinnde- und Koalitionsrechts.

Die Grundbesitzer haben jede Möglichkeit des wirtschaftlichen Zusammenstufes, von der Erwerbsgenossenschaft bis zum gewerblichen Zusammenschluß sind ihnen alle Organisationsformen gegeben. Dadurch, daß sie gewaltige Unternehmerorganisationen für die Landwirtschaft schaffen konnten, war es ihnen möglich, die Lohn- und Arbeitsbedingungen in einer für sie sehr günstigen Weise zu regeln. Wie geht es dagegen den Landarbeitern? Deutschland hat die höchsten Lebensmittelpreise. Aber ein Vergleich der Landarbeiterlöhne etwa mit denen von England zeigt, wie weit unsere Löhne zurückstehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Damit ist klar bewiesen, wohin wir in Deutschland

mit diesem Unrecht und Ausnahmestück gekommen sind. Jeder, der für gleiches Recht eintritt, muß mit uns dafür sorgen, daß diese Materie endlich geregelt wird. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.) Ich will jetzt auf die Frage nicht weiter eingehen, geschickt wird es Ihnen aber nicht. Wir werden das bei der Besprechung der Resolutionen nachholen. (Große Unruhe beim Vot.) Wir werden dann auch auf den Kontraktbruch eingehen. Die gegenwärtigen Zustände stellen einen wirtschaftlichen Absolutismus dar, der nur durch den Kontraktbruch gemildert wird. (Große Unruhe beim Vot., lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: Der Auffassung des Abg. Köhler, daß die Regelung des Versammlungsrechtes nicht zur Kompetenz des Reiches gehört, muß ich entgegenstehen; sie widerspricht der Entstehungsgeschichte des Artikels 4 der Verfassung.

Damit schließt die Diskussion.

Sämtliche gestellten Abänderungsanträge werden abgelehnt und die §§ 15 und 16 in der Kommissionsfassung angenommen.

Es folgt die Beratung des sozialdemokratischen Antrages, folgenden § 17 hinzuzufügen: „Soweit landesrechtliche Bestimmungen gelten, die das Recht zur Vereintigung und Versammlung in geringerem Maße einschränken als dieses Gesetz, bleiben sie in Kraft und können nur durch ein besonderes Reichsgesetz aufgehoben werden.“

Abg. Emmel (Soz.) begründet den Antrag unter großer Unruhe des Hauses. Es sind hier im Hause Regierungskommissare aufgetreten, die erklären, daß ihre freiheitlichen Bestimmungen ihnen genügen, daß bei ihnen ein Bedürfnis nach schärferen Bestimmungen, wie sie das Reichsvereinsgesetz bringt, nicht vorliegt. Die Parteien, die ein einheitliches Vereinsgesetz verlangten, haben immer auch ein freiheitliches Recht verlangt. Es ist von keiner Seite nachgewiesen worden, daß die freiheitlichen Rechte einzelner Bundesstaaten mißbraucht worden sind, daher besteht auch kein Anlaß, sie zu streichen. Das Gesetz bringt für keinen Staat nur Verbesserungen. Es kann aber nicht die Absicht des Reichstages sein, im 20. Jahrhundert ein Gesetz zu schaffen, das für einzelne Länder schlechtere Bestimmungen schafft als die nach der Reaktion von 1848 erlassen wurden. Für uns Hoch-Lotharinger besteht die Notwendigkeit der sogenannten Privatversammlungen, da die Polizei nicht nur uns Sozialdemokraten, sondern auch dem Zentrum gegenüber unter Hinweis auf baulich-polizeiliche Bestimmungen

treibt. Es bedeutet politische Korruption und politischen Zießstand, wenn man den § 7 zuläßt und dann wie der Abgeordnete Labrosse die Regierung anbettelt, daß der Paragraph nicht seiner Keinen Partei gegenüber zur Anwendung gebracht werden möge. Interessant ist, daß unser Abg. de Wendel erklärt, sein Name sei zu Unrecht unter die Resolution Grégoire gekommen. (Hört! hört! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten. Der Präsident ruft den Redner zur Sache. Zuruf des Abg. Eichhoff.) Herr Eichhoff, ich rede solange ich will, ich verbitte mir Ihre Unterbrechungen. Das Verhalten des Abg. Grégoire überlasse ich dem Urteil der anständig denkenden Menschen. (Große Unruhe beim Vot.)

Präsident Graf Stolberg (sehr erregt): Ich rufe Sie dafür zur Ordnung.

Abg. Emmel schließt kurz mit dem Wünsche, den Antrag seiner Partei anzunehmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Behner (Z.): Ich verweise auf meine Ausführungen zu dem vor und beantragten 40; aus den dort entwickelten Gründen werden wir dem sozialdemokratischen Antrage zustimmen.

Abg. Ulrich (Soz.): Am 6. Oktober 1907 haben die Nationalliberalen auf ihrem Parteitag in Wiesbaden beschlossen, dafür zu sorgen, daß durch ein neues Vereinsgesetz die Vereinsgesetze in den einzelnen Bundesstaaten nicht verschlechtert werden dürfen. Ich beziehe mich auch auf den Kollegen Damm, der in der heftigen Zweiten Kammer ebenso wie der Präsident der Kammer Haas den Standpunkt eingenommen haben, daß durch dieses Gesetz unsere heftigen Freiheiten beschränkt werden. Dem Beschluß des nationalliberalen Parteitages sind die Abg. Graf Oriola und Frhr. v. Gehl nicht gefolgt. (Zuruf bei den Nationalliberalen.) Das können Sie nicht bestreiten. In der heftigen Zweiten Kammer haben 41 Abgeordnete, darunter 13 Nationalliberale (Hört! hört! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) beantragt, daß unsere Regierung im Bundesrat für die Erhaltung unserer Zustände eintreten soll, und dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Das Gesetz bedeutet für uns einen Rückschritt auf eine niedrige Stufe. (Lauter Lärm und Unterbrechungen beim Vot.)

Durch Ihr Verschweigen bringen Sie diese Tatsache nicht aus der Welt. (Rufe rechts: Lauter.) Wenn der Kollege schlecht hört, mag er etwas näher kommen. In jener Sitzung hat Herr Damm eine Rede gehalten, für die ich ihm die Hand drücke, wenn er auch nicht mein Freund ist. (Heiterkeit.) Ein Nationalliberaler, der für freiheitliche Ideen eintritt, macht mir immer Freude. (Heiterkeit.) Vor 60 Jahren allerdings war es anders, da haben die Nationalliberalen und erst das Versammlungsrecht erungen, da gingen sie noch mit den großen Hüten mit roten Federn einher. (Schallende Heiterkeit.) Der Minister hat in jener Sitzung gesagt, auch unter einem neuen Vereinsrecht würde doch die Verwaltungspraxis dieselbe bleiben. Er kann aber nicht wissen, wie die Gerichte entscheiden werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Jedenfalls muß unser Bundesratsmitglied im Bundesrat entsprechend dem Beschluß des Landtages und den Absichten der Regierung dahin wirken, daß dieser Entwurf nicht Gesetz wird. (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten, Unruhe und Lärm beim Vot.)

Damit schließt die Diskussion.

Abg. Dr. Grégoire (Elz., zur persönlichen Bemerkung): Ich erkläre gegenüber Herrn Emmel, daß die Herren de Wendel und Labrosse mir ihr Einverständnis zu der Ihnen bekannt gegebenen Resolution erklärt haben. Herr de Wendel ist hier nach meiner Rede auf mich zugekommen und hat mir dazu gratuliert.

Abg. Emmel (Soz.) [zur persönlichen Bemerkung]: Diese Erklärung trägt den Stempel eines offiziellen Dementis. Herr Grégoire erklärt, die Herren hätten sich mit der Ihnen bekannt gegebenen Resolution einverstanden erklärt. (Vorher haben sie sie also nicht gelannt. (Lärmende Unterbrechung beim Vot und Rufe: Persönlich!))

Vizepräsident Baasche: Das ist nicht persönlich.

Abg. Emmel: Herr Grégoire sagt, der Abg. de Wendel habe ihm gratuliert. (Erneute Unterbrechungen seitens des Vot.) Vizepräsident Baasche: Sie haben nur Angriffe gegen sich zuzuschreiben. Mir ist der Vorwurf der Unwahrheit gemacht worden.

Vizepräsident Baasche: Das ist nicht der Fall.

Abg. Emmel: Ich habe mitgeteilt, daß der Abg. de Wendel gewisse Äußerungen gemacht hätte. Herr Grégoire bestreitet, daß es so sei. Dem gegenüber stelle ich fest, daß Herr de Wendel diese Äußerungen (Lärmende Unterbrechungen beim Vot und Rufe: Persönlich!) zu Herrn Dr. Sonderhaeer gemacht hat. (Andauernde Lärmende Unterbrechungen seitens des Vot, so daß die nächsten Äußerungen des Redners verloren gehen.)

Abg. Dr. Sonderhaeer (Z., persönlich): Der Abg. de Wendel wollte mir unmittelbar nach meiner Rede vorgestellt werden und hat mir zu meiner Rede gratuliert. (Große Heiterkeit bei der Minderheit, Lärmende Unterbrechung beim Vot, Rufe im Zentrum: Ruhe!) Er sagte mir, er habe Herrn Grégoire nicht ermächtigt, zu erklären, daß er für den § 7 stimmen werde. (Hört! hört!)

Abg. Grégoire wiederholt nochmals, daß Herr de Wendel ihm zu seiner Rede gratuliert habe. (Heiterkeit und Lärm.)

Abg. Wommelsdorf (nail.) bestätigt Herrn Grégoire, daß Herr de Wendel ihm gratuliert habe. (Lärm und Heiterkeit.)

Der sozialdemokratische Antrag wird darauf vom Vot abgelehnt.

Abg. Dr. Jund (nail.) begründet darauf in längerer Rede einen Antrag, das Gesetz am 15. Mai 1908 in Kraft treten zu lassen. Die Votparteien unterbrechen ihn wiederholt mit Schlußrufen, Bravo! - Rufen und andauerndem Lärm.)

Abg. v. Dziembowski (Polen) bittet unter großer Unruhe des Hauses, den Termin des Inkrafttretens des verhängnisvollen Gesetzes möglichst hinauszuschieben.

Die Diskussion wird geschlossen und der Antrag, das Gesetz am 15. Mai 1908 in Kraft treten zu lassen, wird mit Votmehrheit angenommen.

Es folgt die Diskussion über Ueberschrift und Titel des Gesetzes.

Abg. v. Dziembowski (Polen) (vom Vot mit Schlußrufen empfangen): Das Versammlungsrecht gehört eigentlich nicht zum Staatsrecht, sondern zum Naturrecht. Man sollte über das Gesetz nicht eine falsche Marke legen, sondern es der Wahrheit gemäß ganz wie das alte preussische nemon! Gesetz zur Festigung der politischen Befugnisse gegen das Vereins- und Versammlungsrecht. (Heiterkeit bei den Polen und Sozialdemokraten.) Oder man nenne es auch Reichsvereinsgesetz, weil es das Versammlungsrecht der Polen entzieht. (Sehr richtig! bei der Minderheit, Lärm im Vot.) Oder man nenne es Gesetz zum Schutze des bedrängten Deutschtums gegen die pflichtvergessenen Polen. (Raban im Vot, Rufe: Die reine Verhöhnung! Der Redner wird vom Präsidenten zur Sache gerufen.) In manchem Liberalen möchte ich sagen: Es tut mir in der Seele weh, daß ich dich in der Gesellschaft weh! (Lärm bei den Freisinnigen, Schlußrufe, die immer stärker anschwellen, den Redner fast unverständlich machen.) Kennt das Gesetz kurzweg Antipolengesetz. (Erneute Toben.) Es ist ein unerhörtes Ausnahmengesetz, das hier beschlossen...

Präsident Graf Stolberg: Ich ersuche Sie, die Geduld des Reichstages nicht länger auf die Probe zu stellen. (Beifall und Handklatschen im Vot, Rufe bei der Minderheit: Ist das Redefreiheit?)

Abg. v. Dziembowski (fortfahrend): Kennt das Gesetz: Gesetz zur Sicherung der Regierungsgewalt. (Erneute stürmische Schlußrufe der Mehrheit. Das ganze Haus ist mitunterlaut von Lärm erfüllt. Endlich gelingt es dem Redner, mit folgenden Schlußworten den Lärm zu durchdringen): Keine Macht der Welt kann die Macht der Polen brechen. (Bravo! bei den Polen.)

Darauf werden Einleitung und Ueberschrift des Gesetzes von der Votmehrheit angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Dienstag 12 Uhr. (Zweite Lesung des Votengesetzes.)

Schluß 8 1/2 Uhr.

Ämtlicher Marktbericht der k. k. Reichsanstalt für den Handel in den Großhandels- und Central-Markthallen. Markttag: Dienstag. Zufuhr stark, Geschäft ruhig, Preise für Rind- und Schweinefleisch anziehend, sonst unverändert. Milch: Zufuhr nicht vorhanden. Geflügel: Zufuhr reichlich, Geschäft still, Preise wenig verändert. Fische: Zufuhr mäßig, Geschäft ziemlich reger, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Sädfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft schleppend, Preise wenig verändert.

Witterungsübersicht vom 6. April 1908, morgens 8 Uhr.

Table with 10 columns: Stationen, Barometrischer Stand mm, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in Grad C, Stationen, Barometrischer Stand mm, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in Grad C.

Weiterprognose für Dienstag, den 7. April 1908. Bleibt heiter, am Tage etwas wärmer, aber noch veränderlich, mit leichten Regenschauern und mäßigen südlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten Der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 4 columns: Wasserstand, am 5. 4., seit 5. 4. 4. 4., Wasserstand, am 5. 4. 4. 4., seit 5. 4. 4. 4.

+) + bedeutet Hoch, - Fall, -) Unterpegel, -) feste 575 cm \*) am 4. um 6 Uhr nachm. 428 cm.



# Sunlicht-Seife

hat bei einfacher Verwendung unübertreffliche Wirkung und ist daher so beliebt, dass sie den grössten Umsatz aller Seifen der Welt hat! Nicht nur bei feinen Stoffen etc., sondern bei jeglichem Material erweist sie sich bei grösstem Reinigungsvermögen als sparsam, weil sie sehr ausgiebig ist!









# Die italienische Kamorra vor der Kammer.

Rom, 2. April.

In der Sitzung vom 1. April, die in den Annalen des italienischen Parlaments mit großen Lettern bezeichnet zu werden verdient, hat Genosse Giacomo Ferri die schwersten Anklagen gegen die Neapolitaner Polizei und gegen die Regierung erhoben. In der Begründung seines Antrages, der eine parlamentarische Enquête über die Verbrechervereinigung der Kamorra fordert, hat unser Genosse in langer wichtiger Rede dargelegt, daß gerade die Polizei und die Regierung es sind, die die Kamorra in Neapel schützen und sich ihrer für ihre Zwecke bedienen. Bei den Wahlen braucht die Regierung die Kamorra, die noch immer die mächtigste Wahlorganisation in Neapel darstellt. So hat sie z. B. 1904 bei den Wahlen des Wahlkreises Vicaria gegen die sozialistischen Wähler ganz offen mit Dolch und Revolver gearbeitet; und man hat nicht nur keines der am Wahltag begangenen Verbrechen bestraft, sondern auch alle die unzählbaren Erpressungen, Raubtaten und Diebstähle sind „unenndet“ geblieben, die in den Tagen nach der Wahl ausgeführt wurden. Die Regierung hatte eben die Dienste der Kamorra gebraucht und ihr zum Dank Straffreiheit zugesichert.

Zwischen Polizei und Kamorra besteht ein solches auf Dank und Gegendank begründetes Verhältnis seit Jahr und Tag. Genosse Ferri stellte der Kammer den unter dem Spitznamen „Lotonno“ bekannten Kamorristen als den eigentlichen Polizeidirektor von Neapel vor. Dieser Lotonno nennt die Polizeibeamten seine „Blutegel“ und bezahlt z. B. dem Kommissar Appolito 50 Lire die Woche, dem Wachtmeister Giannacci 30, einem anderen 100 Lire monatlich usw. Das Geschäft wirkt es freilich ab, denn Lotonno hat 300 Kamorristen unter sich, die sich als Erpresser, Zuhälter, Taschendiebe und Einbrecher betätigen. Kommt eine Abteilung solcher Kamorristen, so müssen die Polizisten schnell das Feld räumen. Einmal, berichtete Ferri, hat ein Sergeant sich nicht schnell genug aus dem Staube gemacht und wurde dafür von Lotonno in der unflätigsten Weise beschimpft. Wenn sie sich „taktvoll“ zu benehmen versteht, ist dieser Kamorrist aber sehr wohlwollend gegen die Polizei. So hatte z. B. ein Polizeikommissar seine Blinde auf ein schönes Mädchen aus dem Volke geworfen, ohne seinen Willen durchsetzen zu können. Lotonno weiß Rat. Man findet bei den Eltern Apparate zum Herstellen falschen Geldes, die armen ahnungslosen Leute wurden verhaftet und zwei Tage darauf in Freiheit gesetzt, nachdem der gele Kommissar bei der Tochter zu seinem Ziele gekommen war! In einem Kunst- und Antiquitätenladen Arnd wurde eines schönen Tages alles ausgeräumt. Während der Beschlagnahme der Polizei Anzeige machte, wurde in einem Gasthof am Bahnhof die Beute verteilt, in Gegenwart der Wachtmeister Giannacci und zweier anderer Polizisten. Da es aber nicht gut angeht, daß die Polizei nie einem Verbrechen auf die Spur kommt, so verleiht sich die Kamorra auch darauf, Verbrechen eigens zum Entdeckwerden zu organisieren. So wurden z. B. bei einer Witwe Tortoro von Kamorristen Juwelen gestohlen, die Beute wurde gleich zwischen Dieben und Polizisten geteilt, nur ein Brillantring wurde für den Polizeikommissar aufgehoben; einige Beutestücke aber wurden von Lotonno unbeteiligten ins Haus gebracht, und dort von der Polizei beschlagnahmt. Die Kamorra stellte auch zwei falsche Zeugen, so daß es ein wahres Wunder war, daß die Richter den Trick merkten und die Unschuldigen freisprachen.

Ein andermal läßt Lotonno die Kirche von San Giorgio ai Genovesi plündern. Die Polizisten müssen auf dem Platze Wache stehen. Kaum ist die Beute weggeschleppt, so kommt eine Schar junger Leute des Weges und die Polizisten fallen mit den Häften über sie her. Natürlich laufen die Ungefahlenen weg und die Polizisten mit den vor der Kirche gefundenen Diebesgeräten hinterher, um sich den Anschein zu geben, als verfolgten sie die Diebe! Die Sache ging insofern nicht ganz glatt ab, als der Wachtmeister beim Teilen der Beute außer sich geriet, weil die Kamorristen ein Fach, das Geld enthielt, nicht gefunden hatten!

Als nun aber im Juni 1906 das Kupplerpaar Caocolo, das selbst zur Kamorra gehört, aus Rache von Kamorristen ermordet wurde, gingen die Carabinieri an, Jagd auf die Verbrechervereinigungen zu machen. Der Hauptmann Rabbroni und der Wachtmeister Capozzuti mit nur 12 Untergebenen verhafteten in kurzer Zeit 60 der gefährlichsten Verbrecher und schnitten der Kamorra damit die Sehnen durch. Der Mörder Ferricone, der Kinder schändet und der Kuppler-Priester Vitozzi, der edle Lotonno und viele andere wandern ins Gefängnis. Neapel atmet, wie erlöst, auf. Die Zahl der Verbrechen geht mit einem Schlag zurück. So erhalten die anderen Carabinieri Befehl, ihre Tätigkeit einzustellen; natürlich gibt es für sie, die hundertmal ihr Leben riskiert haben, keine Auszeichnung. Medaillen gibt es für die, die auf wehrlose Arbeiter, auch Frauen und Kinder schießen.

Und jetzt beginnt die Rettungsarbeit der Gerichte. Nach vielen, durch direkte Einflüsse der Kamorra veranlaßten Verzögerungen, wird die Voruntersuchung im Prozeß Caocolo am 20. Oktober 1907 beendet und die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen 60 Kamorristen beschlossen. Aber was tut der Staatsanwalt? Er beantragt eine Erweiterung der Voruntersuchung und diese wird vom Gericht bewilligt und das im Laufe von 24 Stunden, obwohl die Akten der Voruntersuchung 24 Bände von je 800 Seiten ausfüllen! Das Gericht sprach sich also für die Notwendigkeit einer weiteren Voruntersuchung aus, ohne auch nur im entferntesten Zeit gehabt zu haben, von den Akten Kenntnis zu nehmen! Und die Akten wurden sofort dem Untersuchungsrichter entzogen und der Prozeß vertagt, bis ein neuer Richter nach Neapel kam, der den Kamorristen und der Regierung zuverlässig erschien.

Inzwischen hat man sogar versucht, die Dokumente des Prozesses zu fälschen und namentlich die zahlreichen Schuldskheine von Polizeibeamten, die von den Carabinieri bei Kamorristen beschlagnahmt wurden. Als der Präpekt Gasparini nach Neapel versetzt wurde, bedauerte er den „Antagonismus“ zwischen Polizei und Carabinieri und läßt den Polizeidirektor zu sich, zusammen mit dem Hauptmann Rabbroni, dem Obersten und dem Oberstleutnant der Carabinieri. Er hält ihnen eine Rede, um Frieden zu stiften und fordert dann den Hauptmann Rabbroni in höflicher Weise auf, dem Polizeidirektor die Hand zu geben. „Aber der Hauptmann“

wir zitieren Ferris Worte, „blieb regungslos stehen, blaß und entschlossen, und verweigerte, als rechtschaffener und tapferer Mann, jemandem die Hand zu geben, der seine Achtung nicht verdiente.“

Giolitti unterbricht: „Das ist nicht möglich. Der Präfect selbst hat es mir gegenüber in Abrede gestellt.“

Ferri: „Ihnen mag er es in Abrede gestellt haben, aber die Tatsache ist wahr.“

Giolitti: „Noch einmal: es ist nicht möglich.“

Ferri (sehr laut): „Ich sage Ihnen, es ist wahr und ich kann es beweisen. (Weiß!) Und der Präfect, der höchst ent-rüstet war, ließ sich die Worte entschlüpfen: „Ich werde hier reinen Tisch machen“, worauf ihm der Oberst antwortete: „Wenn wir fallen, fallen wir als anständige Menschen.“

Der Eindruck der Rede des Genossen Ferri war ungeheuer und Giolitti war ungemein verlegen um die Antwort. Auf einmal war er ganz Gesichtsmaterialist und erklärte, die moralische Sanierung Neapels könne nur von einer Besserung der wirtschaftlichen Lage des Volkes kommen. Natürlich sprach er sich gegen die von den Sozialisten vorgeschlagene Enquête aus und die gehorsame Kammer wies sie zurück. Ohne Folgen aber kann eine Anklage, wie die Ferris, die die Polizei im Bunde mit dem schwersten Verbrechen zeigt, nicht bleiben, ohne daß die Regierung offiziell sich als Mitschuldige der Verbrechervereinigung bekennt.

## Aus der Partei.

### Das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Rußlands über die nächstliegenden Aufgaben der Partei.

Nach langer Unterbrechung ist endlich das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Rußlands, „Der Sozialdemokrat“, erschienen. Die juchzenden Verfolgungen, denen die Partei während des verflossenen Jahres, insbesondere nach dem Staatsstreich vom 18. Juni, ausgeht war, und die Notwendigkeit, den ganzen Parteiapparat entsprechend den neuen Verhältnissen umzugestalten, waren in erster Linie schuld daran, daß die Partei seit dem Londoner Kongreß (Mai 1907) kein führendes Organ besaß. Es wurden zwar von Zeit zu Zeit Nachrichten des Zentralkomitees herausgegeben, in denen die wichtigsten Mitteilungen aus dem Parteileben veröffentlicht wurden, sie konnten aber ein autoritatives Organ der Partei nicht ersetzen, das in Anbetracht der schwierigen Zeitverhältnisse notwendiger war denn je. Gegenwärtig ist es dem Zentralkomitee endlich gelungen, diese Aufgabe zu lösen, und vor kurzem erschien denn auch in Rußland (natürlich illegal) die erste Nummer des Zentralorgans der Partei, ein neuer Meilenstein auf dem Wege der Entwicklung der Partei, ein neuer Kämpfer für die Emanzipation des russischen Proletariats.

Vom reichen Inhalt der vorliegenden Nummer ist in erster Linie der Artikel hervorzuheben: „Die nächsten Aufgaben der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Rußland“, der die Perspektiven der Parteitätigkeit in knappen Umrissen vorzeichnet. Nach einer kurzen Uebersicht der „reformatorischen“ Bestrebungen der Regierung und der Majoritätsparteien der Duma kommt der Autor des Artikels zum Schluß, daß die wichtigsten objektiven Aufgaben der Revolution — die (wenn auch nur unvollständige) Lösung der Agrarfrage und die (wenn auch nur unvollständige) Verwirklichung der Grundprinzipien der politischen Freiheit — auf friedlichem Wege nicht gelöst werden können. Unter diesen Bedingungen darf die sozialdemokratische Partei ihre revolutionären Aufgaben und Lösungen nicht aufgeben. Im Gegenteil: „vor der Partei des Proletariats stehen jetzt wie zuvor in ihrem vollen Umfange revolutionär-demokratische Aufgaben, deren Verwirklichung den ersten bedeutenden Schritt vorwärts im siegreichen Kampfe für den Sozialismus bedeutet.“

„Wie können aber diese Aufgaben am besten, mit den meisten Chancen auf Erfolg, verwirklicht werden? Hier muß die Praxis der Vergangenheit und vor allem der jüngsten Vergangenheit in Betracht gezogen werden.“

„Zur Zeit des ungeheuren revolutionären Aufschwunges, unter dem belebenden Hauch grandioser Massenstreiks und blutiger Kämpfe, lenkte die Partei naturgemäß ihre Hauptaufmerksamkeit unmittelbar auf das Gebiet politischer Fragen und Beziehungen. ... Allein die kurzen Freiheitstage gaben nicht die Möglichkeit, das Bewußtsein der Massen in entsprechender Weise zu festigen und zu vertiefen, und waren nicht imstande, die politischen Aufgaben mit den alltäglichen dringenden ökonomischen Bedürfnissen dieser Massen, die von ihnen tief empfunden wurden, mit unzerbrechlichen Banden zu verknüpfen. Gegenwärtig ist es eine der unaufschiebbarsten nächstliegenden Aufgaben, die ökonomische Organisation der Massen und ihren ökonomischen Kampf zu entwickeln.“

„Die Gewerkschaften und Genossenschaften sind eine mächtige Waffe dafür. Hierher muß darum die energische Arbeit der Parteiorganisationen und der mit ihnen in Verbindung stehenden Genossen gelenkt werden. Es versteht sich von selbst, daß die Sozialdemokratie bestrebt sein muß, eine aktive Kampftätigkeit hier zu entfalten und die ökonomische Organisation des Proletariats auf dem Wege des Massenkampfes zu lenken, dessen eingedenk, daß die Arbeiterbewegung der Einheitslichkeit bedarf. Eine verstärkte Tätigkeit auf diesem Gebiete lehrt uns nicht nur die jüngste, sondern auch die mehr entfernte, vorrevolutionäre Vergangenheit: alle Streiks in Rußland, insbesondere seit 1896, wurden unter der Fahne der Sozialdemokratie geführt, und eben dieser Umstand bildete die Grundlage für die Popularität, die die Partei in den breiten Massen der Arbeiter genießt, die gewohnt sind, die Vertreterin ihrer alltäglichen rechtlichen Interessen in ihr zu erblicken.“

„Doch nicht nur das allein ist notwendig. Neben der Aufgabe, den politischen und wirtschaftlichen Kampf des Proletariats zu leiten, steht vor der Partei eine andere: die intensive Tätigkeit auf kulturell-wissenschaftlichem Gebiete.“

Abgesehen von der Aufgabe, die den Parteitheoretikern zufällt, das ungeheure Material, das die Revolution geliefert, an der Hand der marxistischen Methode zu analysieren und zu beleuchten, steht jetzt mit besonderer Schärfe vor der Partei die Aufgabe, auf dem Gebiete der kulturell-wissenschaftlichen Aufklärung der Massen (in Klubs, Bildungsvereinen, Abend- und Sonntagschulen usw.) tätig zu sein und den revolutionären Geist des Massenkampfes in diese Institutionen hineinzutragen. ...

Auf speziell politischem Gebiete endlich besitzt die Partei eine Waffe, die die Reaktion nicht imstande war, ihr zu entreißen, — die Dumatribüne. „Auch in der dritten Duma ist es die Stimme der Sozialdemokratie, die die Interessen des Proletariats und der breiten Volksmassen verteidigt. Von der Partei hängt es nun in bedeutendem Maße ab, dieser Stimme größere Stärke und Sicherheit zu verleihen und im ganzen Lande Widerhall zu verschaffen.“

### Zur Raiffeier.

Wie in Leipzig und Frankfurt a. M. haben auch die Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder von Gera in einer Versammlung gegen die von Parteivorstand und Generalkommission vereinbarte Maireresolution Stellung genommen. In der zur Annahme gelangten Resolution heißt es darüber: „Die Gewerkschaftsmitglieder und Parteigenossen Geras lehnen die zwischen Parteivorstand und Generalkommission getroffenen Abmachungen über die Unterstüßung der Walausgesperrten als ungeeignet ab. Sie erblicken in dieser Abmachung den Versuch, die Arbeitssuche indirekt zu beschränken. Die Partei- und Gewerkschaftsmitglieder Geras erwarten, daß der

nächste Parteitag und der Gewerkschaftskongreß die Regelung der Frage vornehmen wird.“ Der übrige Inhalt bezieht sich mit der Leipziger Resolution.

### Gemeindevahlerfolge.

Gemeindevahlsiege wurden in Schlesien von unseren Genossen in Heinersdorf und Döbelhermsdorf bei Grünberg sowie in Eisdorf bei Striegau errungen.

**Personalien.** Am 1. April trat Genosse Mehlisch, bisher Berichterstatter, als zweiter Redakteur an Stelle des ausscheidenden Genossen Poupard in die Redaktion des „Volksboten“ zu Stettin ein.

Die sozialdemokratische Partei in Basel hat beschlossen, für die in wenigen Wochen stattfindenden Grossratswahlen in allen Kreisen eigene Kandidaten, insgesamt 68, aufzustellen. Gegenwärtig sitzen 34 sozialdemokratische Vertreter im Grossen Rat. Vor drei Jahren waren bei der Neuwahl bei der erstmaligen Anwendung des Proporzgeses 38 gewählt worden.

### Ein Jubiläum.

Die tschechische Sozialdemokratie feierte in diesen Tagen das Jubiläum ihres 30jährigen Bestandes. Es war am 7. April 1878, als sich im Gasthaus zur „Heiligen Margareta“ in Breisnau bei Prag etwa 20 Leute zu einer vertraulichen Konferenz zusammensanden. Hier wurde die tschechische Sozialdemokratie begründet und das Programm festgelegt. Alle Teilnehmer wurden wegen Vergehens der Geheimbünde angeklagt und zu vielen Monaten strengen Arrestes verurteilt. Heute, nach 30 Jahren, zählt die Partei mehr als 1000 politische Organisationen, verfügt über drei Tagesblätter nebst einer langen Reihe sonstiger Blätter, hat 24 Abgeordnete im Parlament und fast eine halbe Million Wähler steht hinter ihr. Die tschechische Sozialdemokratie ist heute die berufenste und legitimste Vertreterin der tschechischen Arbeiterklasse. Die anarchoistische Bewegung liegt längst in Trümmern, die liberale Arbeiterbewegung besteht nur dem Namen nach und die gelben Organisationen bemühen sich vergeblich um die Zertrümmerung der sozialdemokratischen Organisationen. Die jungtschechische Partei, die bisherige Vertreterin des tschechischen Bürgertums, ist bezwungen, die radikalen tschechischen Parteien deorganisiert, unfähig zur politischen Führung und bar aller politischen Ideen, und selbst in das flache Land muß sich die agrarische Partei mit der Sozialdemokratie teilen. Die tschechische Sozialdemokratie ist eine starke, politische Macht geworden. Dessen können sich unsere Genossen in Wöhnen nach dreißigjähriger mühevoller Arbeit und heldenhaften Kämpfers freuen.

## Aus Industrie und Handel.

### Der Kampf um den Export in Textilwaren.

Seitdem die Hochkonjunktur von den internationalen Industrien, die im Vorjahre auf dem Gipfel stand, vorübergerauscht, das Geschäft in normale Bahnen zurückgekehrt ist, beginnen sich die großen Betriebserweiterungen mit ihrer Steigerung der Produktion in einer verschärften Konkurrenz auf dem Weltmarkt geltend zu machen.

Die Abschwächung in der Textilindustrie hat diesmal ihren Anfang in England genommen. Die englischen Spinnereien, gleichwie die Webereien haben infolge der Verschlechterung der Abfahrtsverhältnisse Betriebsbeschränkungen vorgenommen. Im Lancashire dürften sich von 700 000 Webstühlen 80 000 still und weitere Stillsetzungen werden müssen. Die Betriebsbeschränkungen sind eben der Zunahme des Konsums weit vorangeht, und die Fissern der englischen Handelsausweise für die Monate Januar und Februar zeigen gegenüber den Vorjahren einen bedeutenden Rückgang. Besonders groß war der Ausfall im Verkeh mit der Türkei, China, Ägypten und Chile. Auch die deutsche Textilindustrie ist stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Die Nachfrage im Inlande ist aus verschiedenen Gründen sehr zurückgegangen und die Intensität der Beschäftigung deshalb überaus gesunken. Die österröschischen Weberei besitzen zwar noch aus dem Vorjahre größere Bestellungen; aber im ersten Quartal des Jahres waren die neuen Aufträge wesentlich geringer als sonst.

Nur, die Absatzverhältnisse der Textilindustrien Europas haben sich, was den Inlandkonsum anlangt und teilweise auch hinsichtlich einzelner Exportgebiete, ganz erheblich verschlechtert, und die Folge ist ein erbitterter Kampf um die ausländischen, bisher weniger gesegneten Märkte. Die englische Konkurrenz hat überall bedeutend zugenommen und macht sich gegenwärtig auch der bis relativ unbaumollindustrie, und zwar hauptsächlich in den feinsten Nummern von 50 aufwärts, fühlbar.

Bezeichnend für die Lage ist, daß die englischen Maschinenfabriken, welche Textilmaschinen bauen, im abgelaufenen Jahre eine ungewöhnliche Steigerung des Exports zu verzeichnen hatten. Auch in den ersten zwei Monaten dieses Jahres zeigt sich nach den englischen Handelsausweisen eine starke Zunahme der Ausfuhr von Spinnerei- und Webereimaschinen.

**Genossenschaftliche Eigenproduktion von Zigarren.** Die Fabrikation von Zigarren durch Genossenschaften hat in keinem Lande der Welt einen solchen Umfang erreicht, wie in Deutschland. Die im Jahre 1891 in Hamburg gegründete Tabakarbeiter-Genossenschaft hat sich durch die enge Verbindung mit den in den Konsumvereinen organisierten Konsumenten im Laufe der Jahre zu einem Großbetriebe von erheblicher Bedeutung entwickelt. Im Jahre 1907 erzielte dieselbe einen Umsatz von über eine Million Mark (1 061 455 Mark); sie beschäftigte am Schlusse des Jahres 514 Personen. Die von den Arbeitern in der Genossenschaft erhaltenen Löhne übersteigen die in der Privatindustrie um ein beträchtliches. Der Verdienst der Zigarrenarbeiter betrug in der Hamburger Fabrik pro Woche durchschnittlich 26,45 Mk., in der Fabrik in Frankenberg 17,08 Mk., in der Hohenheimer Filiale 18,98 Mk. Die Zigarrenfortierer verdienen im Jahresdurchschnitt pro Woche in Hamburg 87,35 Mk., in Frankenberg 26,01 Mk., in Hohenheim 27,92 Mk. Da sämtliche Arbeiter Mitglieder ihrer Genossenschaft sind, bedeutet die Entwicklung der Tabakarbeiter-Genossenschaft gleichzeitig eine Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation.

Von Interesse für die Konsumenten ist nun der Nachweis, daß sich durch den entwickelnden Großbetrieb die Unkosten prozentuell immer mehr verringerten. 1899 betragen z. B. die Unkosten 14,1 Prozent vom Umsatz, im Jahre 1907 dagegen nur noch 8,1 Proz. Diese Differenz von 6 Proz., die auf das Tausend Zigarren berechnet 1,82 Mk. ausmacht, ist den Abnehmern der Waren größtenteils zugute gekommen.

In der Zigarrenindustrie bildet der Lohn den Hauptteil der Produktionskosten der Waren; bei der Tabakarbeiter-Genossenschaft betrug derselbe im Durchschnitt mehrere Jahre circa 40 Proz. vom Faktorenwert; diese Feststellung beweist, eine wie geradezu unheilvolle Wirkung auf die Löhne der Arbeiter eine nach dem Wert des Fabrikates bemessene Faktorenersteuer haben müßte. Eine Erhöhung des Lohnes um vielleicht nur 1 Mk. per Tausend würde bei einigen Sorten bewirken, daß dieselben in eine niedrigere Steuerklasse kommen, und dem Fabrikanten dadurch mehrere Mark Steuer erspart würden. Eine Vonderlesefehler würde also schon im System die Tendenz des Lohnendrucks enthalten.

Gegenüber der fortgesetzten Behauptung, der Tabak sei in Deutschland noch nicht hoch genug belastet, ist die Tatsache bemerkenswert, daß die Tabakarbeiter-Genossenschaft bei einer Verarbeitung von 370 944 Pfund Rohabak im Werte von 325 668 Mk. im Jahre 1907 157 651 Mk. Zoll bezahlte. Die Belastung durch den Zoll beträgt also 48,4 Proz. vom Werte des Rohabaks. Bei der



**Wanderlohnsteuer auf Zigaretten** würde also zunächst der im Fabrikat stehende Arbeiterlohn, dann auch der bezahlte Zoll — zusammen 55 Proz. des Wertes der Zigaretten — verschont werden müssen. Steuer auf Zoll — eine generelle Erfindung zur „Veredelung“ unserer indirekten Steuersysteme erscheint kaum denkbar.

Von dem seitens der Tabakarbeiter-Genossenschaft im Jahre 1907 erzielten Reingewinn von 31 623,20 Mk. wurden zur Vergütung der Anteile 4151,36 Mk. verwendet, dem im Geschäft arbeitenden eigenen Kapital von 144 162,83 Mk. wurden 8649,77 Mk., dem Baufonds 18 000 Mk., dem Dispositionsfonds 822,07 Mk. zugewiesen. Die Genossenschaft hat im letzten Jahre in Hohenheim bei Mannheim eine Fabrik und einen Grundbesitz im Werte von circa 50 000 Mk. erworben und läßt in diesem Jahre dort eine zweite Fabrik erbauen, deren Kosten mit den inneren Einrichtungen circa 70 000 Mk. betragen dürften. Bei der Entwicklung der Konsumvereine in Deutschland sieht zu erwarten, daß die genossenschaftliche Eigenproduktion in Zigaretten in den nächsten Jahren noch fortgesetzt vermehrt werden und die im Bau begriffene neue Fabrik bald vollendet sein wird.

**Rheinisch-Westfälisches Zement Syndikat.** Der Gesamtabsatz des Syndikats im Jahre 1907 betrug 62,87 Prozent des ganzen Konsums. Diese verhältnismäßig günstige Zahl ist auf die lebhafteste Nachfrage in den letzten drei Monaten des verflohenen Jahres zurückzuführen. Für das Jahr 1908, das sich bisher namentlich auch im Exportgeschäft nach Amerika weniger vorteilhaft angefallen hat, rechnet das Syndikat mit einem etwa 10prozentigen Abzug einschließlich der Auslandsverkäufe. Mit dem Arbeitgeberverbande wurde ein Abkommen dahin getroffen, daß die dem Verbandsangehörigen Unternehmer sich auf den Bezug von Syndikatmarken beschränken.

## Soziales.

**Zum Kampf gegen die Arbeiterheime.** Aus Halle a. S. berichtet man uns: Im Landgerichtsbezirk Halle und weit darüber hinaus ist seitens der Behörden eine Verfolgung der Arbeiterheime ausgebrochen, die alles bisher Dagewesene in den Schatten stellt. Polizeigenossen und Gewerkschaften greifen zu der Gründung von Arbeiterheimen usw., weil ihnen besonders auf den Landorten Fälle zu Verammlungen systematisch verweigert werden. Polizei, Schöffengericht, Landgericht und in letzter Linie auch das Kammergericht in Berlin stützen sich bei der Verfolgung auf die §§ 93 und 147 der Gewerbeordnung sowie auf die §§ 59, 60 und 70 des Gewerbesteuergesetzes. Es wird die polizeiliche Erlaubnis zum Betriebe der Schankwirtschaft verlangt. In einem Falle wurde nun jüngst der gewerbmäßige Ausschank darin erblüht, daß der Wirt das zu verabreichende Bier von einem Konsumverein bezog und den Arbeiterheimmitgliedern übermittelte. Ein gewerbmäßiger Vorteil, so sagte man begründend, liege schon in dem Ruhen der Marktmarken von dem Konsumvereine. Die letzte Verurteilung erfolgte nach der neuesten Kammergerichtsentscheidung vom 24. Februar dieses Jahres. Danach kommt es nun nicht mehr auf die besondere Bezahlung der Wirtes, sondern wesentlich darauf an, ob der Ausschank, das heißt die Verabfolgung der vom Inhaber für eigene Rechnung angeschafften Getränke an die Gäste gewerbmäßig erfolgt. — Wie es trifft, bald so, bald so.

## Die Majestät des Schutzmanns höher als das Gesetz.

In den Brauereien in Plegnit wurde im vorigen Jahre gestreift. Der Brauer Hiller hatte vom Streikkomitee den Auftrag, in der Nähe der Kimmerschen Brauerei und der benachbarten Brauerei Deuauommune Streikposten zu stehen und festzustellen, wer Arbeitswilliger spielte. Der Polizeiführer Gähler wies ihn von jener Stelle fort. Hiller entfernte sich auch, kehrte aber nach einiger Zeit zurück. Nun wurde er festgesetzt und demnächst erhielt er eine Anklage auf Grund des § 132 der Straßenpolizeiverordnung, der die bekannte Bestimmung aller Straßenpolizeiverordnungen enthält, daß unbedingt Folge zu leisten sei den zur Erhaltung der Sicherheit und Ordnung auf öffentlichen Straßen ergehenden polizeilichen Anordnungen. Angeklagter wandte ein, das Streikpostenstehen gehöre zur Ausübung des Koalitionsrechtes und die Begreifung sei zu Unrecht erfolgt. — Das Landgericht Plegnit verurteilte jedoch den Angeklagten zu einer Geldstrafe und führte unter anderem aus: „Wenn man berücksichtigt, daß Angeklagter selbst zugegeben habe, daß 50 Mann Streikposten dazu bestimmt gewesen seien, abwechselnd zu Preen oder Dreien die öffentlichen Straßen der Stadt abzupatrouillieren und sich an den Orten aufzustellen, von wo aus die Ab- und Zugänge der genannten Brauereien, in denen gestreift wurde, beobachtet werden konnten; wenn man ferner berücksichtigt, daß nach Zeugenaussagen bereits Beschwerden bei der Polizeibehörde eingegangen waren, daß die willigen Brauarbeiter von den streikenden Arbeitern von der Arbeit abgehalten worden seien; so habe der Polizeiführer im Hinblick auf § 132 der Straßenpolizeiverordnung eine berechtigte Aufforderung zur Erhaltung der Sicherheit auf den öffentlichen Straßen erlassen, indem er H. von seinem Standort wegweies. H. hätte nicht dahin zurückkehren dürfen.“

Das Kammergericht verwarf dieser Tage die hiergegen vom Angeklagten eingelegte Revision mit folgender Begründung: Die Vorentscheidung sei ohne Rechtsirrtum ergangen. Durch die oben zitierten Ausführungen des Landgerichts sei genügend dargetan, daß der Polizeibeamte seine Anordnung, den Ort zu meiden, zur Erhaltung der Sicherheit auf der öffentlichen Straße erlassen habe. Die Feststellung, daß der Beamte damit diesen Zweck verfolgte, rechtfertige aber die Bestrafung. Daß es sich um Streikposten handelte, sei für das Urteil von keiner Bedeutung. Es gehe aber nicht, Streikposten das Recht einzuräumen, Polizeivorschriften zu übertreten, die jeder andere Staatsbürger beachten müsse.

Denselben Ausgang wie dieser Prozeß nahmen die Strafverfahren gegen die Brauereiarbeiter Seltere und Werner aus Plegnit. In beiden Sachen handelte es sich um ähnliche Tatbestände.

Die drei Arbeiter sind verurteilt — rechtskräftig verurteilt, oder nicht gerecht. Die Polizei hat trotz dieses Urteils keine von einem Gesetz ihr eingeräumte Befugnisse, Arbeiter von der Straße zu weisen, weil sie von dem ihnen rechtsgesetzlich zustehenden Recht des Streikpostenstehens oder von dem auch durch die Städteordnung ausdrücklich allen Einwohnern eingeräumten Recht des Gebrauchs der Straßen Gebrauch machen. Das gefällte Urteil ist nicht das erste dieser Art. Solche Fehlsprüche beruhen auf der polizeistatistischen Anschauung: höher als das Gesetz steht die Schutzmanns Majestät.

## Arbeit und Arbeitslohn in Japan.

Im „Musée Social“ veröffentlicht E. Sautter eine eingehende Studie über die Arbeitsverhältnisse in Japan. Seit dem Jahre 1898 ist Japans Handel von 52 492 000 Mk. auf 1 739 000 000 Mk. gestiegen, und es sind ungefähr in demselben Zeitraum 2800 neue Betriebe in Industrie, Handel, Landwirtschaft entstanden. Der Krieg mit Rußland hat natürlich für Japan noch einen bedeutenden Aufschwung mit sich gebracht. Aber Japan ist wegen seiner Arbeitsverhältnisse eine große Gefahr für die alten Nationen. Ein Beispiel unter vielen ist sehr lehrreich. Ein französisches Haus hat in Japan eine Filiale errichtet, die das Rohmaterial zudem noch aus Frankreich kommen läßt. Das Absatzgebiet der fabrizierten Ware ist England, und das Mutterhaus findet mehr Nutzen, wenn es sein für Europa bestimmtes Fabrikat mit 15 000 Ant. Fracht und mit Zöllen belädt, in Japan fabrizieren läßt, als wenn es in Frankreich ein zweites Geschäft aufmache. Der

Vorteil rührt einzig und allein von dem Arbeitermaterial her, das Japan besitzt. Die sehr starke Mehrheit der japanischen Arbeiter bildet sich aus Frauen und Kindern. Anno 1904 waren von 226 000 Arbeitern 318 200 Frauen und unter diesen 34 000 unter 14 Jahren. Im Hausbetrieb kommen auf 23 600 Männer sogar 598 000 Frauen. Bei der fägamen, demütigen Art der Japanerinnen, bei der Bedürfnislosigkeit des Volkes überhaupt, ist es nun natürlich, daß diese Arbeitskräfte für den kapitalistischen Betrieb das Ideal bedeuten. Schon 6—8jährige Kinder arbeiten von früh bis spät in den Fabriken, und zwar mit bewundernswürdiger Geschicklichkeit und Genauigkeit und ohne sich durch irgend etwas ablenken zu lassen. Dabei herrscht ein ungeheures Angebot von Arbeitskräften, da sich die Bevölkerung in Japan sehr rasch vermehrt: seit 1900 übertrifft die Geburtsquote die Todesquote jährlich um 500 000 Seelen.

Aber auch in Japan wird die Menschenhand nach und nach durch die Maschine verdrängt. Die Kultur, die in einer Population von 60 000 Mann in Tokio eine Nacht bedeuteten, werden durch Tramways und andere moderne Beförderungsmittel zurückgedrängt. Diese Leute, die nun irgendwie in der Industrie unterzukommen suchen, können, da sie nichts weiter gelernt haben, als ihre „Kudshaw“ ziehen, im günstigsten Fall gegen 80 Pf. pro Tag verdienen. Im Durchschnitt verdient ein Arbeiter 90 Pf., besser gestellt sind nur die Kunsthandwerker, die z. B. das Glotzonne machen (3,20—4 Mk. pro Tag). Frauen bekommen lächerliche Löhne, z. B. für das Heberziehen von je 500 Zigarettschachteln mit Papier 14 Pf., für das Kopieren von 500 Postkarten 40 Pf., für die Herstellung von Lithographien 14 Pf. pro Tag. Doch steigen auch hier die Löhne, und zwar im allgemeinen rascher als die Lebensmittelpreise. Es ist aber trotzdem nur der ungeheuren Anspruchslosigkeit des Japaners zu verdanken, daß er überhaupt bei diesen Hungerlöhnen noch existieren kann. Diese Anspruchslosigkeit teilt er mit allen Kreisen seines Volkes. Reis und Tee sind bekanntlich die Hauptlebensmittel in Japan; leider hält der Alkoholismus auch schon seinen Einzug.

## Gerichts-Zeitung.

In vierter Instanz freigesprochen.

Der Gewerkschaftssekretär Himpel hatte sich gestern vor der 6. Strafkammer des Landgerichts I zum vierten Male wegen eines Artikels zu verantworten, den er im „Courier“ über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Erfurter Straßenbahnangestellten veröffentlicht hatte. Der Direktor Hübn von der Erfurter Straßenbahnangestellten fühlte sich dadurch beleidigt, daß in dem Artikel gesagt war: „Bekehrungen der Straßenbahnfahrer sind nutzlos, denn Umbau resp. Veränderung der Weichen kostet Geld, wohingegen jetzt bei Zusammenstößen der Fahrer bestraft und für den Materialschaden verantwortlich gemacht wird.“

Hübn hatte Strafantrag gestellt, und Genosse Himpel wurde in erster Instanz zu 10 Mk. und in zweiter Instanz sogar zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt. Das Landgericht hatte dem angeklagten Gewerkschaftssekretär sogar den Schutz des § 193 abgesprochen, indem es annahm, daß er ein eigenes Interesse an der Angelegenheit nicht habe, da er — in Erfurt weder gewohnt noch verkehrt habe.

Auf die Revision des Angeklagten wurde dies unhaltbare Urteil alsdann vom Kammergericht aufgehoben. In der Begründung wurde hervorgehoben: Der Angeklagte hatte als Gewerkschaftssekretär einen Anspruch auf den Schutz des § 193 des Strafgesetzbuches, da ihm von den Verbandsangehörigen die Wahrung ihrer Standesinteressen übertragen worden war. Diese Interessen könne er auch durch die Presse vertreten.

In der ersten Verhandlung vor der Strafkammer beantragte Rechtsanwalt Kurt Rosenfeld die Freisprechung des Angeklagten und auch die Ablehnung der notwendigen Auslagen der Verteidigung auf die Staatskasse. Er führte aus, daß überhaupt keine Beleidigung des Direktors Hübn vorliege und daß keinesfalls aus der Form der inkriminierten Äußerung oder den begleitenden Umständen die Absicht der Beleidigung gefolgert werden könne. Es fehle an irgend einem beleidigenden Ausdruck und der Artikel wäre sicherlich unbeanstandet geblieben, wenn er nicht gerade in einem Arbeiterblatt erschienen wäre. Charakteristisch sei, daß die Erfurter Staatsanwaltschaft Herrn Hübn auf den Weg der Privatklage verwiesen habe, als er wegen eines dieselben Behauptungen enthaltenden Flugblattes Strafantrag gestellt hatte, daß aber Herr Hübn diesen Weg nicht beschritten habe.

Der Staatsanwalt beantragte die Aufrechterhaltung des landgerichtlichen Urteils, ohne sich aber, wie der Verteidiger hervorhob, der Mühe zu unterziehen, nachzuweisen, inwiefern der Artikel die Absicht der Beleidigung erkennen lasse.

Das Gericht sprach den Angeklagten frei und legte auch die notwendigen Auslagen der Verteidigung der Staatskasse auf. Die durch Landgerichtsdirektor Geibel vertündete Begründung war höchst seltsam. Sie ging dahin: Der Artikel enthalte gröbliche Beleidigungen der Direktion der Straßenbahnangestellten. Das Kammergericht habe aber dem Angeklagten den Schutz des § 193 zugebilligt; deshalb müsse er freigesprochen werden.

Die Begründung verkennt dabei, daß der in Wahrnehmung berechtigter Interessen Handelnde nach dem Strafgesetzbuch eine Beleidigung nicht begeht, wenn nicht aus der Form der Äußerungen oder aus den Umständen die Beleidigungsabsicht hervorgeht. Die vom freigesprochenen Angeklagten gemachten Äußerungen sind trotz der Eigenartigkeit der Begründung keine Beleidigungen, sondern berechtigte Äußerungen zur Wahrnehmung der Rechte seiner Auftraggeber.

## Aus einer Eckschmiede.

Im Sommer und Herbst vorigen Jahres wurde die Hohenfelder Bürgerstadt durch rund 25 schwere Einbrüche stark beunruhigt, indem wohlhabenden Privatleuten, während sie in den Ferien weilten, besonders Uhren und Schmucksachen entwendet wurden. Die Beute der Diebe zählte nach Tausenden; in einem Falle wurden einem Rentier Goldsachen im Werte von etwa 300 Mk. weggenommen. Als endlich im Januar dieses Jahres die Diebe, Schloffer Mühlen- und Handlungsgelüste Bartisch, festgenommen wurden, erzeugte es peinliches Aufsehen, daß die renommierte Eckschmiede von Wrahe u. Steiger, die gelegentlich des Kaiserbesuchs den Ehrenposten geliefert hatte, aus dem dem Kaiser der Ehrentrunk geboten wurde, von Mühlenbedem in nicht einwandfreier Weise „altes Gold“ gekauft hatte. Nachdem die Sache in der Presse bekannt geworden, beantragte Herr Wrahe, der als Käufer in Frage kam, selbst eine Untersuchung gegen sich, und die Staatsanwaltschaft lehnte ein Einschreiten gegen W. ab, infolge dessen W. drei Zeitungen auf Grund der Veröffentlichungen mit Klagen wegen Beleidigung drohte. In der Strafkammerung vom Sonnabend standen nun Mühlenbed und Bartisch wegen Einbruchs vor der Strafkammer zu Halle. Herr Wrahe trat als Zeuge auf. Da Zeuge Wrahe zugeben mußte, in sechs bis acht Fällen von Mühlenbed „Bruchgold“ gekauft zu haben, beschloß das Gericht, den Eckschmied nicht zu verurteilen, da er der Heisterei verächtlich erscheine. Mühlenbed wurde zu 12 Jahren und Bartisch zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt.

## Stellenvermittlungsschwinder.

Eine große Reihe von Betrügereien gegenüber Stellensuchenden und Geldbedürftigen hat der „Redakteur“ Hermann Schneeweiß in Oranienburg verübt, dessen Buchhalter Karl Amelang gestern wegen Betruges vor der Strafkammer des Landgerichts III hand. Schneeweiß selbst ist nicht zu fassen, weil er inzwischen als gemeingefährlicher Geisteskranker einer Irrenanstalt überwiesen worden ist. Hermann Schneeweiß, der sich als „Direktor eines Handels-

instituts und Bücherbibliothek“ bezeichnete, gab eine „Bakanz-Liste“ unter dem Titel „Cito“ heraus, auf dessen Ankündigungen sehr viele Leute, die ein Darlehen suchten, oder eine Stellung zu haben wünschten, hineingefallen sind. Der Betrieb in dem Schneeweißschen „Institut“ war ein außerordentlich lebhafter: es sollen etwa sechzig Briefe täglich eingegangen sein und die Einnahmen des Herrn Direktors sich auf 1700—1800 Mk. monatlich belaufen haben. Geübt wurde dafür so gut wie nichts. Die Leute, die sich an Schneeweiß wandten, glaubten durch dessen Ankündigungen und die Antworten, die sie auf ihre Anfragen erhielten, bestimmte Stellen und Beschäftigungen nachgewiesen zu erhalten. Sie wurden aber zunächst aufgefordert, einen Betrag von 2,20 Mk. einzufenden und erhielten dafür nichts weiter, als eine gedruckte Zusammenstellung von allerlei Offerten und Ankündigungen offener Stellen, über die Schneeweiß eine Verfügung überhaupt nicht hatte. Dieser „Nachweis für Darlehens-, Heimarbeit- und Erlernensuchende“ war lediglich eine Zusammenfassung von Inseraten aus anderen Zeitungen. Der Nachweis sollte angeblich alle Monate erscheinen; es ist jedoch auch vorgekommen, daß Schneeweiß auf ein altes Exemplar einfach ein neues Datum setzte und in dieser Weise den Anschein erweckte, als ob es sich um ganz neue Angebote auf dem Arbeitsmarkt handelte. Auf den Exemplaren, die den Postkassen zugestellt wurden, befand sich noch der famose Vermerk, daß, wenn die Bemühungen bei allen angeführten Firmen einen Erfolg nicht haben sollten, die 2,20 Mk. zurückgezahlt werden würden. Dieser Vermerk bedeutete natürlich auch nur „Sand in die Augen“, denn es war ganz ausgeschlossen, daß die Stellensucher ihr Geld bei allen in der Liste aufgeführten Firmen usw. versuchen würden. Zahllose Beschwerden über das Treiben in dem Schneeweißschen Institut wurden laut, es wurde auch öffentlich in den Zeitungen davor gewarnt. Der Angeklagte war längere Zeit bei Schneeweiß tätig, ihm konnte, nach Ansicht der Anklagebehörde, nicht verborgen bleiben, daß dort arges Schwindel getrieben wurde. Er hat trotzdem in einem Falle zwei Leute, die persönlich im Bureau erschienen waren, je 2,20 Mk. abgenommen und ihnen dann nichts weiter zugestelt, als die wertlose „Bakanz-Liste“. Das Schöffengericht hatte ihn seinerzeit zu 1 Monat Gefängnis verurteilt. Die hiergegen eingelegte Berufung wurde von der Strafkammer verworfen.

## Verfammlungen.

Die Tage im Berliner Baugewerbe

Am zur Sprache in einer Versammlung der Pucher vom Zentralverband der Maurer, die am Sonntagvormittag in den Kriemhallen stattfand. E. Schulte schilderte den Verlauf der Verhandlungen der jüngsten Zeit, wie sie den „Vorwärts“ lesen wohlbesamt sind, und er erklärte dann, daß man von einem Frieden im Baugewerbe noch lange nicht reden könne. Vorläufig liege noch alles im Dunkeln. Die freien Gewerkschaften haben gezeigt, daß sie Widerstandgeist noch genügend besitzen, als sie im März mit den Bauherren den Anfang machten. Am 16. März zählten die Maurer 82 Bauherren mit 1002 beteiligten Kollegen. Davon sind gegenwärtig noch 600 zu unterstützen; im ganzen zählen die Maurer zurzeit in Berlin etwa 1000 Arbeitslose. In Anbetracht der allgemeinen Lage haben die Bauhandwerker es noch nicht am schlechtesten und können mit Ruhe und Festigkeit dem weiteren Verlauf der Unterhandlungen entgegensehen. Die Pucher zählten im März letzten Jahres 122 Arbeitslose; diese Zahl war nur um 10 höher, also 132, im diesjährigen März. Freilich haben sie darunter zu leiden, daß schlechtere Preise gezahlt werden. Die Lohnfrage steht jetzt im Vordergrund bei den Verhandlungen und da ist die größte Wachsamkeit geboten. Es ist nicht daran zu denken, daß die Bauhandwerker mit den Bauherren, die die Unternehmer zahlen möchten, zufrieden sein können. Der Rechner rügte, daß auf den Bauten jetzt manche Mißstände zu beobachten seien. So werde zum Beispiel die Arbeitszeit zu lang ausgedehnt. Die Pucher sollten streng darauf achten, daß sie um 5 Uhr Feierabend machen. Von organisierten Arbeitern müsse man verlangen, daß sie die Beschlüsse ihres Verbandes hochhalten. Die Bau-deputierten sollten mehr als bisher ihre Pflicht tun.

Die Einberufung einer Wandepartimentversammlung wurde in der Diskussion als wünschenswert bezeichnet und einem Antrage gemäß beschlossen.

Die Filiale Berlin des Zentralverbandes der Schmiede hielt am Sonntag in den „Kriemhallen“ eine außerordentliche Generalversammlung ab, in der zunächst der Bericht über die Revision im Bezirk 11 gegeben wurde, wo eine größere Anzahl von Beiträgen verloren gegangen ist. Durch die Revision ist festgestellt, daß dem Bezirksführer kein Vorwurf zu machen sei. Ferner wurde die Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskongreß vorgenommen, soweit die Zahlstelle Berlin in Betracht kommt. Das Ergebnis wird dem Verbandsvorstande überwiehen; der Verband wählt drei Delegierte; entscheidend ist die Abstimmung aller Zahlstellen zusammen.

Sodann wurden die Kandidaten für die Delegiertenwahlen zum Verbandstage aufgestellt, der Mitte Mai in Dresden stattfindet. Gewählt werden die Delegierten in der nächsten Versammlung. — Hierauf folgte Stellungnahme zu den Anträgen zum Verbandstag. Die Frage der Verschmelzung mit dem Metallarbeiter-Verbande wurde bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Es wurden verschiedene Anträge beraten, die mehr oder minder wichtige Änderungen des Verbandstatuts bezweckten. Zu den wichtigsten gehören die Anträge zur Einführung von Stoffbeiträgen. Den Delegierten der Zahlstelle Berlin soll bei der prinzipiellen Abstimmung über diese Frage freie Hand gelassen werden. — Bei Erörterung eines Antrages zur Mäusfeier wurde die Beschränkung laut, daß man es auf eine „Abwägung“ der Feier abgesehen habe. Es wurde beschlossen, die Mäusfeier als besonderen Punkt auf die Tagesordnung einer der nächsten Versammlungen zu setzen.

## Aus der Frauenbewegung.

Frauenlöhne im Bergbau.

Die jetzt vorliegenden Nachweisungen über die Löhne im Bergbau zeigen aus neu, daß die Frauenarbeit ganz miserabel entlohnt wird und daß die Löhne im letzten Jahre nur minimal gestiegen sind, teilweise sogar starken Rückgang erfahren haben. Nach der amtlichen Statistik erzielten die weiblichen Arbeiter im preussischen Bergbau folgende Tagesdurchschnittslöhne:

Bezirk	1906	1907
Ober-Sachsen	1,17	1,24
Nieder-Sachsen	1,58	1,60
Halle (Braunshofen)	1,75	1,80
(Salz)	1,96	1,86
Claußthal (Salz)	2,23	1,89
Siegen (Erz)	1,61	1,73
Rassau und Weylar (Erz)	1,24	1,24
Sonst. rheinischer (Erz)	1,87	1,45
Leinhardt (Erz)	1,53	1,60

Für solche Zennmerlöhne müssen Frauen gesundheitsgefährdende schwere Bergarbeit verrichten.

Der vorliegende Gedanke des Frauenwahlrechts.

Aus Madrid wird unterm 8. April gemeldet: Der republikanische Abgeordnete Pi y Suñer hat einen Antrag eingebracht, welcher verheirateten Frauen die Beteiligung an den Gemeindevahlen gewähren wollte. Dieser Antrag ist mit 65 gegen 65 Stimmen abgelehnt worden.

Wenn auch der Antrag diesmal noch abgelehnt worden ist, daß er überhaupt eingebracht wurde, beweist schon, daß der Gedanke an



Die Gewährung des vollen Staatsbürgerrechts an die Frau nicht nur lebt, sondern auch siegreich vordringt. Uebrigens hat der Antrag im vorliegenden Falle schon eine stattliche Stimmenzahl erhalten.

**Veranstaltungen — Vorkaufungen.**

Friedenau. Dienstag, den 7. April, im „Rheinschloß“: Vortrag. Karl Moushly.  
Zehlendorf. Mittwoch, den 8. April, 8 Uhr, bei Nied, Karlstraße: Vortrag.  
Pankow. Donnerstag, den 9. April, bei Großfurt, Berlinerstr. 27: Vortrag. „Natur und Wissenschaft“.  
Steglitz. Donnerstag, den 9. April, 8 1/2 Uhr, bei Wahrensdorf, Schloßstr. 117: Vortrag. Herr Dr. Sommerfeld: „Frauenleiden und ihre Ursachen“. Gäste willkommen.  
Nimmelsburg. Freitag, den 10. April, 8 1/2 Uhr, bei Tempel, Alt-Vorhagen 56: Vortrag. Herr Ingenieur Strempe: „Beleuchtungs- und Heizungsfragen im Hause des Arbeiters“.

**Kaufmännische Kranken- und Sterbekasse von 1885 (G. D. 71)**  
Deute abend 9 Uhr bei Landre, Stralauer Straße 26/27.

**Vermischtes.**

**Opfer der Arbeit im Industriegebiet.** Auf dem Krupp'schen Werke bei Friederichshagen wurde ein Arbeiter beim Uebersteigen der Gleise überfahren und getötet. — Auf dem Rangierbahnhof zu Dortmund wurde der Rangierer Schmalzfeld totgefahren, auf der Brunschen Fabrik der Arbeiter Volmer durch einen Plattendruck erschlagen. — Auf Zeche „Konfordia“ Oberhausen wurde ein junger Bergmann von herabfallenden Gesteinsmassen getötet, ebenso ein Kesselwärter der Eisenhütte infolge einer Kesselexplosion. — Unter fallendes Gestein geraten und ersticht ist der Bergmann Jaspert aus Kirchbörde auf Zeche „Friedrich“. — Im Grubenbetrieb der Zeche „Ewald“, Schacht 1 und 2, erlitt der 24jährige Bergmann Kleinmann einen Schädelbruch. — Auf Zeche „Kaiserstuhl II“ stürzte der Bergmann Walter in einen Brennsberg und starb an den Folgen eines Schädelbruchs. — Auf Zeche „Bonifazius“, Schacht 1 und 2, stürzte der Hauer Mey ab und verletzte sich lebensgefährlich. — Auf dem Schienenwalzwerk der Krupp'schen Fabrik wurde der Arbeiter Jord durch eine glühende Rolle getötet. Er hinterläßt Frau und acht Kinder. — Auf Zeche „Reumühl“ wurde der Bergmann Steiner von einem Stein aus dem Hängenden so unglücklich getroffen, daß der Tod sofort eintrat. — Auf dem Rangierbahnhof Uving wurde beim Zusammenkuppeln zweier Wagen ein Rangierer totgequert. — Auf der chemischen Fabrik von Bruns-Dortmund verunglückte ein 35jähriger Arbeiter derart, daß er kurz darauf seinen Verletzungen erlag. — Auf Schacht 1 der Zeche „Konfordia“ Oberhausen geriet der 19jährige Schlepper Hora auf der fünften Sohle im Brennsberg unter das Gegengewicht und blieb auf der Stelle tot. — Der Kopf abgerissen wurde auf Schacht 4 der Grube „Rheinpreußen“ Nies dem Hauer Joseph Witt

beim Besteigen des Förderkorbes. Ein zweiter Bergmann wurde schwer verletzt. — Auf Zeche „Bonifazius“ erlitt der 18jährige Bergmann Mey aus Krays-Süd nach Beendigung seiner Schicht einen Schädelbruch dadurch, daß er vom Stapel herunterfiel. Sein Zustand ist hoffnungslos. — Auf den Höfen des Schaller Grubens- und Hüttenvereins wurde dem 18jährigen Schlosser Wertens, der, um den untenstehenden Arbeitern etwas zuzurufen, seinen Kopf durch das Giegeleis des Erzauzuges steckte, da im gleichen Augenblick der Korb hundertfachte, der Kopf vom Dampf getrennt.

**Schülerfelfshwurf.** Weil er eine schlechte Penur aus der Schule nach Hause brachte, erhängte sich am Sonntag früh der 11jährige Sohn des Barbiers Hesselbarth in Altenburg in der Wodenkammer der elterlichen Wohnung.

**Schwarze Pöden.** Einer Meldung aus Hildburghausen zufolge, ist von polnischen Arbeitern auf dem nahen Rittergute Hühberg ein Fall von echten Pöden eingeschleppt worden. Der Kranke ist in das Kreiskrankenhaus in Hildburghausen eingeliefert. Alle Vorsichtsmaßnahmen sind getroffen.

Der Frankfurter „Oderzeitung“ zufolge ist in der Nacht zum Sonntag im Frankfurter südlichen Krankenhaus eine sechszehnjährige russisch-polnische Schmittlerin an den echten Pöden gestorben.

**Totschlag.** Aus Stettin wird berichtet: Im Hause Elysumstr. 16 verlegte in der letzten Nacht zwischen 12 und 1 Uhr der Arbeiter Paul Matzje dem Arbeiter Lehmann, den er dort hin begleitet hatte und mit dem er wegen der Frau des letzteren in Streit geraten war, auf dem Hausflur mit einem schweren Instrument einen mörderischen Schlag über den Kopf. Dann schleifte er ihn in Gemeinschaft mit einem Heizer auf das freie Feld und tötete den Verletzten durch Schläge mit einem Ziegelstein. Matzje wurde verhaftet.

**Eisgang auf der Wolga.** Amisch wird aus Bromberg berichtet: Die Moskauer-Kasauer Bahn stellt infolge Eisganges die Ueberfuhr sämtlicher Güter, die die Wolga und die Swijahel zu passieren haben, voraussichtlich vom 7. April ab ein.

**Zwei Häuser eingestürzt.** Nach einer Meldung aus London sind in einer in der Nähe von Oxford Street belegenen Straße gestern nacht zwei Häuser eingestürzt, die von etwa vierzig Personen bewohnt waren. Bis jetzt sind zwei Tote und vierzehn Verletzte aufgefunden worden. Die Bewohner des Hauses waren zum größten Teil deutsche Angestellte des York-Hotels.

London, 6. April. Bis 10 Uhr morgens waren neun Leichen aus den Trümmern der eingestürzten Häuser hervorgezogen. 20 Personen sind gerettet und nur leicht verletzt; sieben werden noch vermisst. Unter den Toten befindet sich ein deutscher Kellner Georg Albrecht und zwei Oesterreicher, Friedrich Tischbauer und Arnold Glor.

Ein Willkürbescheid. Aus Madrid wird gemeldet, daß ein Steuerpächter der Provinz Almeria nach Unterschlagung von 4.800.000 Pesetas, die er der Provinzialsteuerkasse entnommen hat, ins Ausland geflüchtet ist. Nach amtlicher Untersuchung wird die Unterschlagung auf zwei Millionen Pesetas geschätzt.

Der eiserne Vorhang. Budapest. Eine Meldung zufolge stürzte in der vorgestrigen Abendvorstellung im dortigen ungarischen Theater

infolge Reißens des Gegengewichtes plötzlich der eiserne Vorhang herunter. Eine Frau wurde schwer verletzt, eine Schauspielerin erlitt einen schweren Krampfanfall.

Die Dynamit-Patrone. Wie eine Meldung aus Oviado besagt, wurden in einer dortigen Grube durch die Explosion einer Dynamitpatrone vier Personen getötet und eine verwundet.

**Briefkasten der Redaktion.**

Die juristische Sprechstunde findet im Hause Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, im Saal Nr. 11, wochentags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr abends und ein Jahr als Weiterzulesen beizufügen. Persönliche Antworten werden nicht erteilt. Alle Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.

H. S. 37. 1. Innerhalb sechs Wochen nach Kenntnis des Umstandes könnte der andere Ehegatte die Ehe anfechten. 2. Das Dargelegte reicht zur Ehegatten aus. — G. S. 34. Es muß ein Gerichtsbescheid vorliegen, der die Gründe angibt. Wegen dieser Beschlüsse können Sie Beschwerde erheben. — Heise. Der Verwalter ist im Recht. — G. S. 1. bis 4. Der Vorstand hat den Antrag auf Beschlagnahme des Gehalts an das Amtsgericht zu richten, in dessen Bezirk der Schuldner wohnt. Dem Schuldner muß das Recht verbleiben. — G. S. 100. Beide Aufschriften sind üblich. — H. S. 2. Sie hätten die Klage hinterlegen oder alsbald nach Mitteilung von der Forderung den Forderungen von der ersten Forderung ist Kenntnis geben sollen. Das gerichte ist, noch jetzt die Klage zu hinterlegen, den Verfallenden zu dem Termin zu laden und zu beantragen, die Kosten dem Kläger aufzuerlegen. — G. S. 27. 1. Recht. 2. Der Brief geht vor. — G. S. 28. Verlangen Sie die Klage. Waren Sie bereits solange in Arbeit, so waren Sie kraft Gesetzes verpflichtet, der Klage; diese wäre Ihnen gegenüber zur Zahlung verpflichtet und könnte nun überhört werden vom Arbeitgeber nehmen. — H. S. 100. — G. S. 2. Der Brief ist in Ihrem Falle im Recht; er hätte nur eine vierzehntägige Kündigungsfrist einhalten brauchen. — Zufälligkeit. Das können Sie halten, wie Sie wollen. — G. S. 99. Eine Reklamation hätte Aussicht auf Erfolg. Sie hätten darzulegen, was Sie im Jahre 1907 insgesamt verdient haben. — G. S. 1. Für die Schulden haften Sie nicht. — H. S. 28. Ihre Kirchensteuer wird etwa 3—4 R. betragen. Wegen die zu hohe Veranlagung hätten Sie reklamieren können. — H. S. 100. — G. S. 371. 1. Die Briefe hat nicht das Recht, Ihnen den Zutritt zu Ihrer Suite zu verweigern; Sie sind aber verpflichtet, dreizehn, nicht zwanzig Mark zu zahlen. 2. Sie bleiben voraussichtlich im Landheim mit Wasser eingelassen. — H. S. 15. Ist Ihre Arbeit ordnungsmäßig geübt, so tragen Sie auf Zahlung beim Gemeindericht. — Kontrolle H. S. 1. Sie müßten beantragen, Ihnen den Hof zurückzugeben und eventuell dem Bezirkskommando Mitteilung machen, wenn bis zum 10. April die Rückgabe nicht erfolgt. 2. Eine Beschwerde hätte wenig Zweck. In der Regel dauert das Verfahren drei bis vier Monate. — G. S. 22. Nein. — G. S. 32. Wenn ein schriftliches Verbot vorliegt, ja. — G. 11. Wenden Sie sich an J. Saar, Wilmersdorf, Kaiserplatz 17. — Max 100. Etwa 25 M. monatlich werden als angemessen erachtet werden. — G. S. 100. 1. und 2. Ja. — G. S. 100. Neue Friedrichstraße 10. — H. S. 28. Innerhalb eines Monats können Sie durch einen Anwalt Beratung einlegen lassen, gleichzeitig können Sie beantragen, die Streitsumme hinterlegen zu dürfen. Eine direkte Zahlung wäre zwecklos. — H. S. 101. Ravensstr. 6, Bureau des ersten Reiches. — H. S. 34. Da keine schriftliche Verlobung vorliegt, würde die Klage auf Rückgabe abgewiesen werden. — G. S. Richterberg. Es genügt die Adresse „Königliche Regierung, Potsdam“. Weiler der Herren das Personal im einzelnen hat, ist und nicht bekannt. — G. S. 29. Ja. — Robinson 11. Der Zahlung wüßten Sie folgen, können aber an die betreffende Behörde das Erlauchen richten, den Termin auf eine andere Tageszeit zu verlegen.

**Turmstr. 76**  
Warenhaus  
**Lachmann, Scholz**  
Dienstag, Mittwoch, Donnerstag  
**doppelte**  
Rabattmarken

**Theater.**  
Dienstag, den 7. April.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
König. Opernhaus. Cavalleria rusticana. Johann von Paris.  
König. Schauspielhaus. Die Journalisten.  
Deutsches. Die Räuber.  
Kammerstücke. Elystrata. (Anfang 8 Uhr.)  
Anfang 8 Uhr.  
Neues Schauspielhaus. Der Dummkopf.  
Neues Opernhaus. Der Mann mit den drei Frauen.  
Festung. Der Teufel.  
Neues. La Locandiera. O bere o affogaro.  
Soring. Undine.  
Berliner. Der Lehrer von Seefeld.  
Schiller. (Wallner-Theater.)  
Der Übersensigen Zähmung.  
Schiller. Charlottenburg. Der Weg zum Herzen.  
Theater an der Spree. Ungültig.  
Königliche Oper. Die verkaufte Braut.  
Zehnviertel. Bel und da drüben.  
Klein. 2 x 2 = 5.  
Friedrich. Wilhelmstadt. Schauspielhaus. Der Privatdozent.  
Arbel. Hebe.  
Edelen. Ein Walzertraum.  
Reichens. Der Floh im Ohr.  
Central. Ein seltsamer Fall.  
Lichten. Unsere Don Juans.  
Volka. Doktor Klappertuch.  
Trianon. Seine erste Frau Die Hand.  
Bernhard Rose. Der Weichensesser.  
Metropol. Das muß man seh'n.  
Wipko. Der kleine Oberst.  
Spezialitäten.  
Gebr. Herrfeld. Hansler Rodele.  
Unlich allein. Madras-Parie.  
Kaiso. Ein Dorfroman.  
Bürgerl. Schauspielhaus. Das Gangehum.  
Parodie. Der Freischütz. Die Raben.  
Heller oder: Ein Walzertraum.  
Befennmontag. (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Wänsge. Die Gogel. Spezialitäten.  
Reichshallen. Stiller Sänger.  
Gottschalk. Spezialitäten.  
Carl Oberland. Spezialitäten.  
Waldhalla. Spezialitäten.

**Sollid Caprice.** Barisiana. Nacht.  
amell. Ein unheimlicher Besuch.  
Der ganze Papa.  
Follid Vergere. Spezialitäten.  
Blane V'oe.  
Palast. Ringkampf-Konkurrenz. Spezialitäten.  
Urania. Taubentruhe 14/19.  
Abends 8 Uhr: Eine Walfahrt bis zum zweiten Katarakt.  
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.  
**Berliner Theater.**  
Abends 8 Uhr: Erstes Gastspiel des Legationstheater.  
Der Lehrer von Seefeld.  
**Neues Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
Gastspiel Eleonora Duse:  
La Locandiera.  
O bere o affogaro.  
Mittwoch: La Città morta.  
Donnerstag: Rosmersholm.  
**Kleines Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
2 mal 2 = 5.  
Mittwoch: 2 mal 2 = 5.  
Donnerstag: 2 mal 2 = 5.  
Freitag: 2 mal 2 = 5.  
Sonntag: 2 mal 2 = 5.  
**Theater des Westens.**  
8 Uhr: Ein Walzertraum.  
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr halbe Preise:  
Die lustige Witwe.  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.**  
Der Privatdozent.  
Anfang 8 Uhr.  
Mittwoch, Donnerstag: Privatdozent.  
Freitag: Sein Bräutigam.  
Sonntag: König Heilmich.  
**Apoll Theater**  
9 1/2 Uhr: Täglich 9 1/2 Uhr:  
**Der kleine Chevalier**  
Königliches Lustspiel v. H. W. Müller.  
Aukt von O. Wersch.  
Ab 8 Uhr: Die neuen unerreichten Spezialitäten-Attraktionen mit: Paul Spandl, Geisha Remond, Josef Modl, Käthe Loissel u. a. z.

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater D. (Wallner-Theater).  
Dienstag, abends 8 Uhr: Der Widerspenstigen Zähmung.  
Mittwoch, abends 8 Uhr: Auf der Sonnenseite.  
Donnerstag, abends 8 Uhr: Kaiser und Gallier.  
Schiller-Theater Charlottenburg.  
Dienstag, abends 8 Uhr: Der Weg zum Herzen.  
Mittwoch, abends 8 Uhr: Stein unter Steinen.  
Donnerstag, abends 8 Uhr: Der Weg zum Herzen.  
**Schiller-Saal (Schiller-Theater) (Charlottenburg)**  
Mittwoch 8 Uhr: Dr. H. Mackowsky: Tizian.  
**Lortzing-Oper.**  
Belle-Alliance-Straße 7/8.  
Abends 8 Uhr:  
**Undine.**  
Mittwoch: Jor und Zimmermann.  
Donnerstag: Der Wildschütz.  
Freitag: Der Troubadour.  
Sonntag: Der Trompeter von Säckingen.  
**Neues Operetten-Theater**  
Schiffbauerdamm 25.  
Abends 8 Uhr zum 19. Male:  
Der Mann mit den drei Frauen.  
**Heibel-Theater.** Königgräber Str. 57/58.  
Abends 8 Uhr:  
**Liebe.**  
**BERNHARD ROSE THEATER**  
Hr. Frankfurter Str. 132.  
Der Weichensesser  
Anfang 8 Uhr.  
Wochenpreis.  
Mittwoch: Ehrenabend für Herrn F. Rampe: Die jüdl. Verwandten.

**Residenz-Theater.**  
— Direktion: Richard Alexander. —  
Zum 25. Male:  
**Der Floh im Ohr.**  
Schwanz in drei Akten von Georges Feydeau. Deutsch von Wolf-Jacoby.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntag, 12. April, nachm. 8 Uhr: Haben Sie nichts zu verzollen?  
**Luisen-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Unsere Don Juans.**  
Mittwoch, Sonntag: Unsere Don Juans.  
Donnerstag: Benefiz Herrn Bartels: Der wilde Reutlingen.  
Freitag: Gastspiel H. Siff: Robinsons Island.  
Sonntag nachm.: Camellendame. — Abends und Montag: Der wilde Reutlingen.  
**Lustspielhaus.**  
Abends 8 Uhr:  
Bei uns da drüben.

**Lortzing-Oper.**  
Einladung zum Lortzing-Zyklus (Populäre Preise).  
Mittwoch, den 15. April: Zar und Zimmermann, Oper in 3 Akten.  
Sonntag, den 18. April: Der Waffenschmied, Oper in 3 Akten.  
Mittwoch, den 22. April: Undine, Oper in 4 Akten.  
Sonntag, den 25. April: Der Wildschütz, Oper in 3 Akten.  
Die Vorstellungen beginnen präzis 8 Uhr abends.  
Einzelpreis, soweit vorhanden: 21/4.  
Zykluspreis, soweit vorhanden: 1.75 u. 1.25. 2. 6.00 u. 4.00. Stehplatz 0,50.  
Verkauf an der Tageskasse sowie an den Vorverkaufsstellen d. Lortzing-Oper ohne Aufschlag in den Rigaren: Schloßstr. 203, Paul Reib, Friedrichstr. 191, Paul Juhl, Berlin-Luther-Str. 81, Paul Juhl, Spichernstr. (Kürstener Platz), Wilhelm Klein, Königgräber Str. 17, Ute Köthener Str. 68.  
**Theater an der Spree**  
Königgräber Straße 68.  
Abends 8 Uhr:  
**Ungültig.**  
Morgen: Ungültig.  
**Metropol-Theater**  
Das muß man seh'n!  
Revue in 12 Bild. mit Ges. u. Tanz. Anf. 8 Uhr. Raucher gestattet.  
Sonntag, 12. April, nachm. 8 Uhr: Die Herren von Maxim.

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater.  
Taubenstr. 49/49.  
Theater abends 8 Uhr:  
Eine Nilfahrt bis zum zweiten Katarakt.  
**Passage-Theater.**  
Die Sensation Berlins!  
**Ota Gygi**  
der Mann mit den 8 Geigen.  
Otto Röhr, der Humorist am Flügel.  
Pia Carozzi, die italienische Schönheit.  
Herm. Strehel, der Unwiderstehliche.  
Hakocxy-Sextett, die röm. Ungarnmädchen, u. d. kolossale April-Programm!  
Tosend Lachen! Stillm Applaus! !!Gewöhnliche Preise!!  
**Fröhels Allerlei-Theater**  
Schönhauser Allee 143.  
Dienstag, den 7. April 1906:  
**Die Ahnfrau**  
Trauerspiel in fünf Aufzügen von Franz Grillparzer.  
— Kosteneröffnung 7 Uhr. —  
Anfang 8 Uhr.  
**Kasino-Theater.**  
Königsplatz 37. Täglich 8 Uhr:  
Neu! Das glänzende April-Programm.  
Schönburg, Quincini, Terra Brothers (Gammelsdorf), Anton Sattler, Ulrich-Einger, The 3 Coronas musik. Comedians. Or. Erfolg! Stillm. Beifall!  
**Ein Dorf-Roman.**  
Sonntag 4 Uhr:  
Die Bräuben der Häuslichkeit.  
**Berliner Uk-Trio.**  
Felix Scherer  
Stralauerstr. 1.  
**Anton Bookers Ball-Salon.**  
Habe noch Sonntag und Sonntag-Tage zu vergeben, auch sind Reservierung in der Höhe frei.  
Anton Becker, Bedenstr. 17, T. 4: VII, Nr. 13414.

**Deutsche Konzerthallen**  
An der Spandauer Brücke 3.  
Täglich  
**Große Massen-Konzerte**  
Spezialitäten-Vorstellung.

**Passage-Panoptikum.**  
Zum erstenmal in Berlin!  
Die lange Dora.  
Das junge Riesenkind Gesamtgröße 2 Meter 19.  
**Kunsttaucher**  
Kapitän Ordbi Riesenbassin, in seinem Experimente mit der 4. Dimension.  
Neapolit. Briganton-Kapelle.  
Eintr. 50 Pf. Kind u. Sold. 25 Pf.



**Zirkus Schumann**  
 Heute 7/8 Uhr abends:  
**Brillante Vorstellung.**  
 Das Tagesgespräch von Berlin!  
**Der menschl. Chimpanse**  
**Konful Peter.**  
**Resisto**  
 das elektrische Rätsel.  
**Amerika**  
 große Ausstattungs-Pantomime  
 mit eigener schwarze Truppe, 120 Leute.

**Gebr. Herrnfeld-Theater.**  
 Anfang 8 Uhr. Borderf. 11-8 Uhr.  
 Heute und folgende Tage:  
**Herrnfeld - Zyklus**  
 I. Serie.  
 8 Uhr: Hausierer Joekle.  
 9 Uhr: Endlich allein.  
 Original  
 10 Uhr: Klavier-Partie.  
 Donat Herrnfeld als „Hausierer Joekle“, „Hidor Blumentopf“, „Simon Daffes“.  
 Anton Herrnfeld als „Häxle Janos“, „de Branz“, „Profop Janitschek“.

**Dr. Simmel**  
 Spezial-Arzt  
 für Haut- und Harnleiden.  
 Prinzenstr. 41, Moritzplatz,  
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.  
 Ich habe die Praxis von Herrn  
 Dr. H. Lewinson, Romintenerstr. 1, I,  
 übernommen. Sprechst. 8-10, 4-8.  
 Sonntags 8-10.  
 Berlin O. 34, den 1. April 1908.  
**Dr. Ehringhaus, Arzt,**  
 Romintenerstr. 1, I. Tel. VII, 13 953.

**Zentralverein der Bildhauer Deutschlands.**  
 Verwaltung Berlin.  
 Donnerstag, den 9. April, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus  
 (Saal 1), Engel-Ufer 15:  
**Mitglieder-Versammlung**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Geschäftsbericht. 2. Vortrag des Genossen G. Rint über: Vereinsrecht  
 und das neue Reichsvereinsgesetz. 3. Verschiedenes.  
 Zahlreichen Besuch erwünscht  
**Der Vorstand.**

Unserem 2. Bezirksführer  
**Karl Lauterbach**  
 nebst Gemahlin die herzlichsten  
 Glückwünsche zu ihrem Hochzeitsfest.  
 Die Genossen des 341. Bezirks.  
**Zentral-Verein  
 der Bildhauer Deutschlands.**  
 (Verwaltung Berlin.)  
 Am Sonntag, den 4. April,  
 verstarb unser langjähriges, treues  
 Mitglied, der Holzbildhauer  
**Wilhelm Reiche**  
 im 51. Lebensjahre.  
 Die Beerdigung findet am  
 Dienstag, den 7. April, nach-  
 mittags 5 Uhr, auf dem Emmaus-  
 Friedhof in Briz, Chausseestraße,  
 statt. 20/8  
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

**WINTERGARTEN**  
 Das neue April-Programm  
 und  
**Ringkampf-Konkurrenz.**  
 Endkämpfe.  
 Heute ringen um den Preis von  
**10000 Mark**  
**Laurent leBeucairois**  
 Weltmeister, Frankreich, gegen  
**Max Schneider,** Berlin.  
**Wachtorow,** v. Rußland,  
 gegen **Antonitch,** Riase.  
 Champion  
 v. Rußland,  
 der serb.  
 Riase.

**Walhalla-Variete-Theater**  
 Weinbergsweg 19/20, Rosenthaler Tor.  
 Anfang 8 Uhr.  
**Das neue April-Programm.**  
 Berlin's Lieblings-Soubrette  
**Grete Gallus.**  
 Erstklassige Spezialitäten.  
 Tunnel: Militär-Konzerte.  
 Theaterbesucher freien Eintritt.

**Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.**  
 Ortsverwaltung Berlin.  
 Bureau: Berlin N. 54, Brunnenstr. 188, Restaurant Wille. Um IIIa, 4835.  
**Achtung!**  
 Wir empfehlen bei Veranstaltung von Vergnügen usw. den geehrten Vorkänden, Komitees  
 und Saalverwaltern unseren  
**kostenlosen Arbeitsnachweis, Brunnenstraße 188.**  
 Geschäftszeit täglich von 10 1/2-1 Uhr mittags.  
 Kapellen vom größten bis kleinsten Orchester stehen jederzeit zur Verfügung. **Der Vorstand.**  
 NB. Unsere Mitglieder sind im Besit einer Kontrollkarte. Dieselbe ist für das 2. Quartal wech und muß  
 mit dem Verbandstempel versehen sein. Alle andere Legitimation ist ungültig und ist sofort anzuhalten.

**Möbel auch Teilzahlung**  
 Wohnungs-einrichtungen zu M. 155, 230, 303, 365, 437, 540, 600,  
 725, 830 etc. bis M. 3000. Kleider-schränke zu M. 25, 32, 38, 48,  
 64, 72 etc. Vertikals zu M. 40, 47, 60, 78, 85 etc. Trueme zu  
 M. 35, 45, 61, 72, 85 etc. Sofas zu M. 38, 45, 50, 61, 72,  
 85 etc. Bettstellen, komplett zu M. 24, 33, 40, 48, 60, 64, 72 etc.  
 Moderne Küchen-Ausstattungen zu M. 68, 84, 102 etc.  
 Riesenauswahl. Nur reelle Arbeit.  
**A. Schatz sen.**  
 Brunnenstr. 160, Eingang Anklamer Straße.

Am Mittwoch, den 1. d. M.,  
 10 1/2 Uhr, entschlief sanft nach  
 langem, schwerem Leben mein  
 innigst geliebter Mann, unser treu  
 sorgender Vater, Onkel und  
 Schwager, der Bierfahrer  
**Hermann Kiesling**  
 im 48. Lebensjahre.  
 Dies zeigen mit der Bitte um  
 stille Teilnahme tiefbetrübt an  
**Helene Kiesling geb. Gill**  
 nebst Kindern.  
 Die Beerdigung findet am  
 Dienstag, den 7. d. M., nach-  
 mittags 5 Uhr, von der Leichen-  
 Halle des Zentral-Friedhofes in  
 Friedrichsfelde aus statt. 26272

**Palast-Theater**  
 Burgstr. 24. 8 1/2 Uhr.  
**Entscheidungskampf:**  
**Bau, Oberfeld, -Paxon, Amerika**  
**Steinbach - Raikowicz**  
 Wien Serbien.  
**Kornatski - Illa**  
 Polen Insel Ruße.  
 Außerdem:  
**Freier Ringkampf (alle Griffe**  
 erlaubt):  
**Ogil, Turletan - Pohl-Abt II.**  
 Ogil behauptet, im freien Ringkampf  
 unbesiegt zu sein und zahlt 100 R.  
 Prämie, wer ihn innerhalb 20 Min.  
 besiegen kann. (Dieser Kampf ist  
 außer Konkurrenz.)  
**Trianon-Theater.**  
 Gastspiel Charlotte Wiehe. Seine  
 erste Frau. Die Hand (La main).  
 Anfang 8 Uhr.

**Theater Folles Caprice.**  
**Parisiana.**  
 Nachtarbeit.  
 Ein unheimlicher Besuch.  
 Der ganze Papa.  
**Buggenhagen**  
 Moritzplatz.  
 im Theatersaal täglich  
**Albert Böhme**  
 Das brillante April-Programm.  
 u. a.: Fina Goltz, Felix Wolff,  
 W. Bendig, Alexander Brod,  
 Moranas Sitters.  
 Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.  
 Entree 50 Pf. Sonnt. reserv. 1 M.  
 Part. 0,75, Entree 50 Pf., in d. Woche  
 Familienbill. 5 St. 2 R. Im unter  
 Kongressaal: Dienstag: Präy-  
 warst-Konzert.

**W. Noacks Theater**  
 Direktion: Rob. Ohl. Brunnenstr. 16.  
 Letzte Woche:  
**Der Flüchtling.**  
 Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
 Donnerstag: Benefiz Anna  
 Kochow: Rabale und Liebe.  
 Sonnabend: Der Goldbauer.

**Würzburger Hühneraugenmittel**  
 von Dr. H. Unger. - Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anwendung frei.  
 Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min.  
 fort. Das Dünnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. Indischen  
 Gänsefett.) **Dr. H. Unger in Würzburg.**  
 In Berlin (20 Pf.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße. Groß-  
 Apothek, Bornimstraße 33. - München: Schützen-Apothek. - Stutt-  
 gart: Hirsch-Apothek. - Breslau: Victoria-Apothek. 11071\*

**Köpenick.**  
 Verband der Fabrik-, Land-,  
 Hülsenarbeiter und -Arbeiterinnen  
 Deutschlands.  
 Zahlreiche Köpenick.  
 Am Sonntag, den 4. April,  
 starb unser Mitglied  
**Anna Müller.**  
 Ehre ihrem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am  
 Dienstag nachmittags 4 Uhr vom  
 Trauerhause Charlottenstr. 14 aus  
 statt. 63/10  
**Der Vorstand.**

**Gardinen**  
 abgepaßte Fenster,  
 weiß und creme  
 Schallänge pro M. 2 85  
 2,75 Mtr. Patr.  
 Schallänge pro M. 4 35  
 3,20 Mtr. Patr.  
 Imit. Point-lace-  
 Gardinen, pr. Patr. M. 5 85  
 Eleg. Sezessions-  
 Tüll-Stores M. 1 75  
 Gestickte echte  
 Spachtel-Stores M. 7 85  
 Goldfarb. reich-  
 gestickte  
 Band-Stores M. 3 85  
 Tüllbett-Gr. 180/220  
 decken om M. 2 35  
 Reichgest. Erbs-  
 tüllbettdecken M. 6 25  
 Elegante Tüll-  
 Bettrückwände M. 5 85  
 Brise, Bisse (Scheibenschleier)  
 Stück 0,22 Pf. (Wert 0,50 Pf.)  
**Gardinen-Spezial-Haus**  
**Emil Lefèvre**  
 Berlin Süd. Seit 1882  
**am Oranienstr. 158**  
 Unter-  
 halte nirgends Filialen!  
 Nach auswärts per Nachnahme  
**Inventur-Extraliste**  
 billiger Sonderangebote  
**gratis und franko.**

**Sanssouci,** Kottbuser  
 Straße 6.  
 Direktion: Wilhelm Reimer.  
 Sonntag, Montag und  
 Donnerstag:  
**Hoffmanns**  
**Norddeutsche Sängers**  
 u. Tanzkränzchen.  
 Beg. Sonnt. 5. mochent. 8 U.  
 Morgen Rittwoch:  
 Gastspiel des Neuen Ber-  
 liner Schauspielensembles  
**Der Wilderer.**

**Billigste Bezugsquelle**  
 Groß-Berlins  
**Cigarren**  
 in jeder Preislage  
 direkt an Private  
 zu Engros-Preisen,  
 Zigaretten f. alle bekannten  
 Marken zu Engros-Preisen.  
**Alfred Boddien,**  
 Berlin W. - Schöneberg,  
 Akazienstr. 11, I Treppe.  
 Hamburger u. Bremer Fabrikager.

**Möbel!**  
 Spezialität: Bürgerliche Wohnungs-  
 Einrichtungen von 300-10000 Mark.  
 Einzelne Ersatzmöbel in großer  
 Auswahl **spottbillig.**  
**Umsonst**  
 und ohne Kaufzwang ist die Be-  
 sichtigung meiner Läger jedem  
 Interessenten gern gestattet.  
**Langjährige Garantie.**  
 Kulante Zahlungsweise.

**Frauen- u. Mädchen-Bildungs-  
 verein der Arbeiterklasse**  
**Lichtenbergs.**  
 Den Mitgliedern zur Nachricht,  
 daß unser Mitglied Frau  
**Anna Pieckenhagen**  
 verstorben ist.  
 Ehre ihrem Andenken!  
 Die Beerdigung findet heute  
 Dienstag, nachmittags 5 Uhr, von  
 der Halle des Gemeinde-Fried-  
 hofes in Lichtenberg, Bornimstraße,  
 aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
 55/9  
**Der Vorstand.**  
 Die Mitglieder versammeln sich  
 Punkt 4 Uhr im Vereinslokal  
 „Schwarzer Adler“.

**Reichshallen-Theater.**  
**Stettiner Sängers.**  
 3. Schlus, s. 104. Male:  
 Osfaren-Streiche.  
 Am. woch. 8 U.  
 Sonnt. 7 U.  
 Reichshallen-  
 Restaurant:  
**Militär-  
 Konzert.**

**Hermann Piehl**  
 Schwedterstr. 10. Fernsprecher:  
 Amt III, 5624.  
 Ohne Anzahlg. Woche 50 Pf.  
 Silber, Zuteel.  
 Möbel, Polsterwaren, Gardinen,  
 Teppiche, Steppdecken, Tisch-  
 decken, Portièren, Herrengarde-  
 robe, Bezüge, Gaskronen, Uhren  
 liefert billigst  
 W. S. Weber, Brenzlauerstr. 49  
 Besuch coll. Postkarte.

**Spezial-  
 Möbel-Halle**  
**Harry Goldschmidt**  
 59 Moritzplatz 59  
 Ecke Stallschreiberstraße.  
 Nicht zu vergleichen mit  
 Abzahlungs-Geschäften,  
 welche Garderobe usw.  
 führen.  
**Extra-Abteilung**  
 verliehen gewesener Möbel.  
 Wöchentliche od. monatl.  
 Teilzahlung gestattet.  
**Gardinen**  
 werden wegen Erbschaftsregulierung  
 und Auflösung des Geschäftes unter  
 Preis anderverkauf 26102\*  
**Grüner Weg 80, pari.**

**Todes-Anzeige.**  
 Allen Freunden und Bekannten  
 die traurige Nachricht, daß meine  
 liebe Frau, Tochter, Schwester und  
 Schwägerin  
**Emma Steiniger**  
 geb. Ewald  
 nach kurzem sehr schmerzvollem  
 Leiden verstorben ist.  
 Die Beerdigung findet morgen  
 Rittwoch, den 8. April, von der  
 Leichenhalle des hiesigen Fried-  
 hofes in Friedrichsfelde aus statt.  
 Der trauernde Gatte  
**Osk. Steiniger** nebst Tochter,  
 Königsberger Straße 17,  
 Familie Ewald.

**Gustav  
 Behrens-  
 Theater.**  
 Berlin W.,  
 Goltzstr. 9.  
 Das phänomenale April-Programm!  
 Neu! Les Leocartis, Urcobat-Volp.  
 Hübele-Trio, Relange-III.  
 Neu! Ein lustiger Witwer. Neu!  
 Wesse mit Wefang.  
 20 erstklassige Nummern.  
 Anfang 8 Uhr Sonntags 5 1/2 Uhr.

**Billigste Bezugsquelle**  
 von Büchsisofas, Bettstellen mit  
 Matratzen, Kleider-schubden, Ver-  
 titos, Spiegeln, farb. Küchen  
 sowie ganzen Wohnungs-Ein-  
 richtungen in nur reeller Aus-  
 führung. Auch Teilzahlung. Lang-  
 jährige Garantie. Ermossen erhält 3%  
 Neumann, Lapez, Cranienstr. 202.

**Sozialdemokrat. Wahlverein**  
 für den Bezirk  
**Lichtenberg.**  
 Nachruf.  
 Am 3. d. Mts. verstarb unser  
 Mitglied, der Maurer  
**Albert Berndt.**  
 Ehre seinem Andenken!  
 14/7  
**Der Vorstand.**

**Brauerei Friedrichshain**  
 früher Lipps. - Am Rönigstor.  
 Oekonom: Ernst Liebling.  
 Vom 19. bis 26. April:  
**C. M. Ziehrer**  
 aus Wien.  
 Hofkapellmeister, Dirigent der  
 kaiserl. königl. österr. Hofkapel-  
 lust mit auf 60 Künstler  
 verständigem Orchester.

Bitte genau zu beachten!  
**Westmanns**  
**Trauermagazin**  
 Eckhaus Kolonnen  
 Mohrenstraße 37a,  
 a. d. Jerusalemstraße.  
 Filiale:  
 Gr. Frankfurter Str. 115,  
 2. Hand an der Andreasstr.  
 Ausführung und Preise  
 konkurrenzlos!  
 Bei Vorzeigung dieser  
 Anzeige vergüte ich 10 %  
 in bar.  
 Goldnerstraße 16. Vorder-  
 zimmer, 2 Zimmer, sofort, billig.

Soeben ist erschienen:  
**Sozialismus und Demokratie**  
 in der großen englischen Revolution  
 von Eduard Bernstein. 245/18  
 Zweite, durchgesehene, vermehrte und illustrierte Ausgabe.  
 Preis broschiert 3.50 M., gebunden 4.- M.  
**Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. 68**  
 Lindenstraße 69, Laden.  
**H. & P. Uder,** Berlin SO. 16,  
 Engel-Ufer 5.  
 Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabaks.  
**Spezialität: Nordhäuser Kautabak**  
 stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 2489L\*  
 Amt 4, 3014.

**Blumen- und Kranzbinderei**  
 von Robert Meyer,  
 nur Mariannen-Straße 2.  
 Stempel-Fabrik  
 von 18902\*  
**Robert Hecht,**  
 Berlin S.,  
 Oranienstr. 112.  
 liefert schnell und  
 billig alle Arten  
 Stempel  
 in bester  
 Ausführung.  
 Kautabak-Typen „Verfein-  
 erung“ zusammengehörigen einzelner Stempel  
 sowie ganzer Sätze von 1.50 M. an



# Am Mittwoch findet für Berlin und Vororte der Zahlabend statt.

## In der Berliner Stadtbibliothek.

Magistratsbibliothek und Stadtbibliothek, die von der weit überwiegenden Mehrheit der Berliner für ein und dasselbe gehalten werden, sind zwei vollständig getrennte Institute. Die Magistratsbibliothek im Rathaus hat das ehrwürdige Alter von fast hundert Jahren. Sie ist sehr reichhaltig, sehr gut geordnet, soll aber in der Hauptsache nur den Wissensdurst des magistratischen Beamtenstandes befriedigen. Einen ganz andern, viel bedeutungsvolleren Charakter trägt die erst infolge eines Beschlusses der Stadtverordneten vom Jahre 1901 eingerichtete Berliner Stadtbibliothek, die vorläufig im städtischen Universalgebäude Zimmerstraße 90/91, wo sich außer der Markthalle auch das Gewerbegericht und das Kaufmannsgericht befindet, untergebracht ist. Es sei vorweg bemerkt, daß die Räumlichkeiten dem Zuspruch des Publikums auf die Dauer schwerlich genügen. Schon jetzt hat in dieser Beziehung die sonst sehr rührige, offenbar mit großer Sachkenntnis und anerkennenswerthem Geschick arbeitende Bibliotheksverwaltung zeitweise mit Unzuträglichkeiten zu kämpfen, die sich mehren müssen, sobald die in ihrem Prinzip vorzügliche Einrichtung der breiten Masse erst näher bekannt ist.

Die Stadtbibliothek zerfällt in zwei örtlich getrennte Abteilungen, in die Bücherabteilung im linken Erdgeschoß und in die erst ein knappes halbes Jahr bestehende, direkt von der Straße erreichbare öffentliche Lesehalle. Beide stehen dem Publikum mit Ausnahme einiger Sondertage im Jahre wochentäglich mittags von 12—3 Uhr und abends von 6—10 Uhr zur Verfügung. Aus der Besuchsordnung sind folgende Bestimmungen von weiterem Interesse: Die Benutzung der Lesehalle ist jedem Berliner Einwohner gestattet, der mindestens 16 Jahre alt ist und sich über seine Person ausweisen kann. Schüler städtischer Schulen haben einen Empfehlungsschein ihres Klassenordinarius vorzulegen. Die Verleihung geschieht unentgeltlich, nur für die Formulare der Empfangsscheine wird die geringe Gebühr von 5 Pfennig für 10 Stück erhoben. Mehr als drei Bände zu gleicher Zeit werden in der Regel nicht ausgeliehen. Die Leihfrist beträgt einen Monat und kann auf Antrag verlängert werden. Für das Ueberfahren der Leihfrist sind kleine Strafbeträge festgesetzt, wie das in fast allen andern öffentlichen Bibliotheken ebenfalls üblich ist. Die Bestimmung, daß Leser, in deren Wohnung eine ansteckende Krankheit herrscht, die Bibliothek und den Leseaal in der Zeit der Ansteckungsgefahr nicht benutzen dürfen, steht wohl nur auf dem Papier, da eine Kontrolle hierüber gar nicht durchführbar und auf Selbstzucht der beteiligten Kreise kaum zu rechnen ist. Sehr liebenswürdig ist es dagegen wieder, was allerdings nicht in den offiziellen Bestimmungen steht, daß auch an vertrauenswerte Bewohner der nächstgelegenen Vororte Bücher ausgeliehen werden, ein Entgegenkommen, dessen sich umgekehrt diejenigen Nachbarstädte, welche eigene öffentliche Bibliotheken besitzen, nicht rühmen dürfen.

Der Zutritt zum Leseaal steht jeder über 16 Jahre alten Person ohne jede Formlichkeit, mit besonderer Erlaubnis auch jüngeren Leuten, frei. Zu benutzen sind hier die bekanntesten Nachschlagewerke und die gelesesten Zeitungen, darunter auch der „Vorwärts“, ferner die acht Kataloge der Stadtbibliothek, die stenographischen Berichte der Parlamentsverhandlungen und eine sehr reiche Auswahl von Zeitschriften aus nicht weniger als 28 hervorragenden Wissensgebieten. Die legeren Zeitschriften und Zeitschriftenhefte sind ohne weiteres aus den Fächern zu entnehmen, früher datierte Druckfächer werden auf Wunsch vorgelegt. Im Leseaal ist auch jedes in der Stadtbibliothek vorrätige Buch innerhalb weniger Minuten zu erhalten; es wird sogar der speziellen Benutzung seitens dieses Lesers auf Verlangen eine Woche lang vorbehalten. Eine Ausnahme findet nur für die unter besonderem Verschluß stehenden Bücher und Sammlungen, die in ihrer Seltenheit großen Wert darstellen, statt. Solche Werke sind nur nach Anmeldung bei der Bibliotheksverwaltung zu benutzen. Dazu gehört auch, was die sozialdemokratischen Kreise besonders interessieren wird, die in ihrer Art einzige, aus 5000 Bänden bestehende Friedländerische Sammlung zur Geschichte der 1848er Revolutionsbewegung. Nach Hause werden diese Bände selbstverständlich mitgegeben. Sieben starke Mappen, die mit zu der Spezialsammlung gehören, enthalten Originalabdrücke sämtlicher Aufrufe aus jener grandiosen Zeit, so auch die königliche Farce „An meine lieben Berliner“.

Der Leseaal ist sehr hoch und ziemlich gut ventiliert, auch elektrisch erleuchtet und sonst mit gediegener Inneneinrichtung versehen, aber nicht übermäßig groß. Es können gleichzeitig an den Tischen höchstens 60—70 Personen Platz nehmen. Wiederholt war der Besuch, namentlich nach 8 Uhr abends so stark, daß viele Leser sich mit Stehplätzen begnügen mußten. Die Beleuchtung der Tische muß als unpraktisch bezeichnet werden. Ueber jedem Platz befindet sich eine nicht verstellbare elektrische Lampe, die aber so niedrig angebracht ist, daß das Arbeiten mit der Feder erswert wird. Abhilfe ist mit Reichlichkeit durch entsprechende Erhöhung der Endstücken zu erzielen. Da es Vorschrift ist, daß jeder Besucher den Uebersieher ablegen muß, sind die paar Garderobenhalter nicht ausreichend. Auf das Konto dieses Mangels entfallen zahlreiche vorgekommene Palettdiebstähle. Auch Entwendungen von Zeitschriften sind nicht ausgeblieben; sie übergriffen aber bisher nicht das an allen solchen öffentlichen Stellen leider übliche Maß. Die Besucherzahl des Leseaals, der im vorigen Oktober eröffnet wurde, ist erfreulich gestiegen, nämlich von 2733 auf 8951 im März, was einem Tagesdurchschnitt von 180 zu 350 entspricht. Unter den Besuchern überwog offensichtlich das kaufmännische Element; auch finden sich recht viele Akademiker und Leute von der Feder ein, doch vorerst noch selten Angehörige des Arbeiterstandes. Sie sollen sich nicht genieren — Bildung macht frei!

Die acht vorläufig zum Abschluß gelangten Abteilungen der Stadtbibliothek (Geschichte, Erdkunde, Literaturgeschichte und Dichtung, Kunst, Rechtswissenschaft, Staatswissenschaften, Volkswirtschaft und Sozialwissenschaft, Naturwissenschaften) umfassen die für den jungen Anfang außerordentlich stattliche Zahl von rund 85 000 Bänden, deren übersichtliche Unterbringung angesichts des beschränkten Raumes musterhaft ist.

Davon stammt etwa ein Drittel aus Schenkungen und Stiftungen. Ihrer Bedeutung nach kann die Stadtbibliothek selbstverständlich nicht mit der königlichen Bibliothek in Konkurrenz treten, doch überragt sie bei weitem ähnliche Einrichtungen anderer Großstädte.

Sehr wichtig ist ihre amtliche Stellung als Zentrale für die 28 Berliner Volksbibliotheken und die 13 öffentlichen städtischen Lesehallen. Die Ueberordnung macht es möglich, daß jetzt die Bestände der Volksbibliotheken auf ihren heutigen Wert hin genau geprüft, viele veraltete Werke ausgeleiert und neue eingestellt werden. Das ist ein sehr bedeutungsvoller Gewinn, da das Büchermaterial der Volksbibliotheken den steigerten literarischen Anforderungen der Neuzeit nicht mehr recht entspricht. Auch können nunmehr Bücher aus der Stadtbibliothek ohne irgendwelche Umstände direkt in der nächsten Volksbibliothek bestellt werden. Die Ueberweisung erfolgt innerhalb 24 Stunden.

Schon diese kurze Skizzierung des Wichtigsten beweist, daß die Einrichtung der Stadtbibliothek ein literarischer Treffer ersten Ranges war. Sie wird noch populärer werden, wenn erst neue vergrößerte Räumlichkeiten, die aber vor 5 bis 6 Jahren kaum zu erwarten sind, den Wert der Stadtbibliothek im wahren Lichte zeigen.

## Partei-Angelegenheiten.

**An die Parteigenossen Berlins und der Provinz Brandenburg.**  
Die neue Lokalliste liegt der heutigen Nummer des „Vorwärts“ bei und empfehlen wir dieselbe wiederum der Arbeiterschaft dringend zur Beachtung.

Gerade mit Rücksicht auf die nun beginnenden Ausflüge und Partien der Vereine, Klubs usw. in die verschiedenen Provinzorte ist es die unerlässliche Pflicht jedes denkenden Arbeiters, sich stets vor Augen zu halten, unter welsch schwierigen Verhältnissen und mit wie schweren Opfern unsere Parteigenossen in der Provinz gezwungen sind, den Kampf um Versammlungslokale zu führen. Wohl sind die Herren Wirte jederzeit gern bereit, bei Veranstaltung von Vergnügungen und Partien das Geld der Arbeiter einzustechen, aber so bald dieselben Arbeiter das Verlangen stellen, daß ihnen zur Erörterung ihrer ureigensten Interessen oder der politischen Verhältnisse ein Saal zur Verfügung gestellt werden möge, so wird ihnen dies in den allermeisten Fällen in der höhnendsten Weise verweigert. Hinzu kommt noch allenthalben der vereinte Druck unserer Gegner auf diejenigen Wirte, die uns ihre Räume zur Verfügung stellen und nicht zuletzt die Maßnahmen der Behörden und behördlichen Organe, die schon so oft als reine Schikanen bezeichnet worden sind.

Allen diesen vereinten Mächten unserer Gegner gegenüber gilt es, die Solidarität der gesamten Arbeiterschaft hochzuhalten und zu pflegen. Jeder auch nur einigermaßen aufgestellte Arbeiter muß stets dessen eingedenk sein, daß Versammlungsräume für die weitere Entwicklung unserer ganzen Bewegung das erste Erfordernis sind. Darum ist es unbedingte Pflicht, auf die beste Partie und das schönste Vergnügen zu verzichten, wenn man dabei unsere Genossen irgendwo in ihrem Lokalkampf in den Rücken fallen muß.

Stets müssen wir an dem Standpunkt festhalten: „Bohottbruch ist Streikbruch!“

Selbst in der näheren Umgebung Berlins haben unsere Genossen in einer ganzen Anzahl Orten einen Kampf zu führen, der leider bisher erfolglos geblieben ist. So steht uns in Rudow bei Johannisthal noch kein einziges Saallokale zur Verfügung. In Grummensee bei Schenkendorf, das sehr viel von Ausflüglern besucht wird, sind unsere Genossen höhnisch mit dem Bemerkten zurückgewiesen: sie sollten nur ruhig sperren! Ebenso erging es unseren Genossen bei den Lokalinhabern an der Marnowsee bei Schenke, worauf wir besonders diejenigen aufmerksam machen, welche Dampferpartien auf dem Teltowkanal planen. Den Besuchern des Grummensees empfehlen wir, speziell das Schmargendorfer Schützenhaus zu meiden. Auch an die Bauhandwerker, die in den Landorten arbeiten, richten wir das dringende Ersuchen, sich ihre Verkehrslokale besser noch als bisher anzusehen, und nicht, wie leider noch sehr oft, dem ersten besten Wirt das Geld ins Haus zu bringen.

### Beachtet stets die Lokalliste!

Des weiteren ersuchen wir die Vorstände und Komitees, bei allen ihren Veranstaltungen dafür zu sorgen, daß das notwendige Bedienungspersonal stets vom kostenlosen Arbeitsnachweis des Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen bezogen wird. (Ortsverwaltung Berlin, Gr. Hamburgerstr. 18/19. Tel. Amt III 1813.)

Außerdem ist es im eigenen Interesse der Vereine selbst dringend notwendig, daß allen Verträgen mit Lokalinhabern eine Klausel angefügt wird, wonach für den Fall, daß das betreffende Lokal später für Arbeiterveranstaltungen verweigert werden sollte, der Vertrag seine Gültigkeit verliert.

Alle sonstigen Anfragen, Mitteilungen usw. sind stets durch die in der Lokalliste angegebenen Kommissionsmitglieder an den Obmann der Lokalkommission zu richten, soweit Lokale Berlins und der Kreise Nieder-Varnim, Teltow-Weesow und Potsdam-Osthavelland in Frage kommen. Für die übrigen Provinzorte sind alle Anfragen direkt an den Obmann zu richten, in keinem Falle jedoch direkt an die Redaktion des „Vorwärts“; dies bitten wir zu beachten.

Zum Schluß ersuchen wir die Parteigenossen, die jeweilige Lokalliste stets bis zum Erscheinen der nächsten aufzubewahren, sowie von allen in der Zwischenzeit eintretenden etwaigen Änderungen Notiz zu nehmen. Für verloren gegangene Listen kann jederzeit Ersatz von allen Kommissionsmitgliedern bezogen werden.

Die Lokalkommission.

### Zum morgigen Zahlabend.

Wir ersuchen die Parteigenossen Groß-Berlins, am morgigen Zahlabend Mann für Mann zu erscheinen. Die Landtagswahlen bedingen, daß eine Reihe von Informationen gegeben werden, von denen alle Wahlvereinsmitglieder Kenntnis haben müssen.

Der Aktions-Ausschuß.

**Dritter Wahlkreis.** Den Mitgliedern der 6. Abteilung zur Kenntnisnahme, daß die Bezirke 250—253 und 278 ihren Zahlabend

bei Maier, Dranienstr. 103, gemeinschaftlich abhalten; der Wichtigkeit wegen werden die Genossen ersucht, vollständig zu erscheinen. Der Abteilungsführer.

**Wilmersdorf-Gatensee.** Zu dem am Mittwoch stattfindenden Zahlabend treffen sich die Genossen aus der 1. Abteilung gemeinsam bei H. Wegner, Johann-Georg-Str. 11. Die Genossen aus der 4. Abteilung bei H. Fischer, Durlacher Str. 8. Die Genossen aus den übrigen beiden Abteilungen treffen sich in ihren Bezirken. Der Vorstand.

**Groß-Lichterfelde.** Der Zahlabend für morgen, Mittwoch, findet außer bei Lasogga, Chausseestraße, und im Kaiserhof auch noch im Lokal von Hierath, Ede Bahu- und Draesestraße (Westen), statt. Die in diesem Bezirk wohnenden Genossen werden darauf noch ausdrücklich aufmerksam gemacht.

**Steglitz.** Mittwoch in allen Bezirken Zahlabend. Die Monatsversammlung fällt aus. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

**Mariensfeld.** Am Mittwoch, den 8. April, findet abends 8 Uhr bei Herru Hermann Berger eine Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Die Parteibeiträge werden dabei entgegengenommen. Um vollständiges Erscheinen ersucht. Der Vorstand.

**Schmargendorf.** Am Mittwoch, den 8. April, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Wirtshaus Schmargendorf“ der Zahlabend der Wahlvereins statt. Wegen Besprechung der bevorstehenden Landtagswahlen ist es dringend notwendig, daß jeder Genosse sich daran beteiligt.

**Johannisthal.** Der Zahlabend am Donnerstag fällt aus. Am Sonntag, den 12. April, nachmittags 5 Uhr, findet die Generalversammlung bei A. Gobin, Roonstr. 2, statt. Hierzu ist jeder Genosse verpflichtet, zu erscheinen. Der Vorstand.

**Karlshorst.** Die Wahlvereinsversammlung am Dienstag, den 7. April, fällt aus; dafür Mittwoch, den 8. April: Zahlabend bei Sabrowski. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

**Köpenick.** Der Zahlabend findet diesmal für die Altstadt beim Genossen Scholz, Alter Markt, und für die Köpenicker Vorstadt beim Genossen Stippeloh, Schönerlinder Straße 5, statt. Der Vorstand.

**Kaustdorf.** Morgen Mittwoch, den 8. d. M., findet bei Mees der Zahlabend statt. Da es sich um unsere Zeitungspedition handelt, ist das Erscheinen aller Genossen unbedingt erforderlich. Der Vorstand.

**Königswusterhausen-Bohesehne-Wilkau.** Am Mittwoch findet in den bekannten Lokalen Zahlabend statt. Da die Maßfeier und andere wichtige Fragen zur Sprache kommen, ist das Erscheinen eines jeden Genossen Pflicht. Die Bezirksführer.

**Erkner.** Die regelmäßige Mitgliederversammlung des Wahlvereins fällt wegen der Kontrollversammlung morgen Mittwoch aus, dieselbe findet dafür heute Dienstag abends 8 Uhr statt. Zahlreiches Erscheinen ist unbedingt notwendig. Der Vorstand.

**Nieder-Schönhausen.** Infolge der Stichwahl am Mittwoch findet der Zahlabend am heutigen Dienstag statt. Wir ersuchen die Genossen, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Der Vorstand.

**Wilhelmsruh-Niederschönhausen-West.** Die Mitgliederversammlung findet heute nicht statt. Die Genossen werden ersucht, sich morgen zum Zahlabend in den Lokalen von Vortz, Viktorstr. 7 und Kollmann, Kronprinzenstr. 2, zahlreich einzufinden. Für die Genossen Niederschönhausen-West findet am Donnerstag ein Extrazahlabend statt, das Lokal wird durch Handzettel bekannt gegeben. Der Vorstand.

**Potsdam.** Die Wahlvereinsversammlung findet am Mittwoch, den 8. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Labentzin, Kaiser-Wilhelm-Str. 11, statt. Tagesordnung: Maßfeier, Stellungnahme zur Generalversammlung des Wahlkreises, Verschiedenes. Um das Erscheinen aller Genossen wird ersucht.

## Berliner Nachrichten.

### Das sparende Volk.

In der städtischen Sparkasse am Mühlendamm spielt sich in den Vormittagsstunden ein lebhafter Verkehr ab. Dieses Leben und Treiben in den Sälen im Erdgeschoß bietet dem ruhigen Beobachter sehr interessante Bilder. An den Tischen schreien und stauen sich, eng zusammengedrückt, all die kleinen Sparrer — meist sind Frauen anwesend —, überall sind Plakate sichtbar, die das Publikum ermahnen, „nicht zu drängen“, oder auf die Gefahren verweisen, die hinsichtlich der Taschendiebe drohen. Hinter den Tischen stehen die Beamten, die mit unerschütterlicher Ruhe ihres Amtes walten und mit kalter, geschäftsmäßiger Miene große und kleine Summen einstreichen oder auszahlen.

Der helle Schein der Lampen, der sich mit dem hellen Tageslicht, das durch die hohen Fenster fällt, vermengt, läßt die Gesichter der Anwesenden bleicher und in krankhafter Blässe erscheinen. Auf den Zahlbrettern reihen sich die Rollen Gold und Silber wie eine Front Soldaten hin, dazwischen treiben sich zerstückelte, abgegriffene Hundertmarkscheine herum, blaue Lappen, wie man sie in jenen Kreisen wegwerfend nennt, für die 100 Mark eine Bagatelle bedeuten.

Verwunderlich dünkt es uns, wieviel Geld gerade in den ersten Tagen des Monats abgehoben wird. Wir verfolgen das Treiben an einem Tische und können konstatieren, daß die Zahl der Einzahler verschwindend gering ist, gegenüber der der Abheber. Schweigend oder plaudernd stehen sie in Gruppen beisammen, in den Händen die Bücher und Wechselmarken haltend. Eine Nummer wird aufgerufen. In die Menge kommt Bewegung. Eine hagere, ältere Dame bahnt sich mühsam einen Weg durch den Menschenwall. Mit ihren schmalen, feinen Händen rafft sie zitternd die Goldstücke zusammen. Sorgsam zählt sie die Summe nochmal aus einer Hand in die andere, dann vertraut sie das Geld ihrem alten, zerschrammten Ledertäschchen an und tritt wieder aus dem Kreis zurück. Eine junge Witwe in schwarzem Kleid, von dem sie das blaße, verhärmte Gesichtchen grell abhebt, läßt sich einige hundert Mark in Papiergeld geben. Dann folgt ein Mann in ländlich einfachem Anzug, mit ernstem, wetherharten Zügen. Auch er hebt eine kleinere Summe ab. Ein altes, gebrechliches Mütterchen läßt sich vierzehn Mark auszahlen. Jetzt geht ein unwilliges Gemurmel durch die Runde.

Ein dicker, großer Mann drängt sich rücksichtslos vor. Den umfangreichen Bauch schiebt er wie eine Viertonne vor sich her. Seine zusammengekniffenen, wasserblauen Augen läßt er herausfordernd umherschweifen. In der fleischigen Rechten hält er zwei Bücher und die Linke schwingt probend



einen Beutel mit Geld. Mächtig prustet sich der Brod auf. Ach, diese Hungerleider holen alle ihre drei Kröten, aber er bringt Geld, einen ganzen Klumpen. „Was kost' die Welt, ich will sie kaufen, ich hab' ja Geld, 'nen großen Haufen!“ „Großkrog, von Bankow,“ ruft eine feste Stimme. Alles schert. „Det is woll Friedeburg!“ Klingt es von der anderen Seite. Der Brod rollt fürchterlich mit den Augen, sein schwammiges Gesicht wird furchtrot und wütend wendet er sich nach einem anderen Tisch. Neue kommen hinzu. Das Bild wechselt, aber die Typen bleiben dieselben.

Hier kann man psychologische Studien treiben, seelische Eindrücke gewinnen. Satte Befriedigung, herber Schmerz, bittere Enttäuschung, tiefe, stille Wehmut, alles, alle inneren Regungen spiegeln sich in den Gesichtern wider. Hier finden sich erschütternde Beispiele, wo Leute lange Jahre auf jegliche Unnehmlichkeiten ihres Lebens verzichtet und sich die Grobheiten am Munde abgedarbt haben, um in späterer Zeit einen kleinen Roffonds zu besitzen und die nun sehen müssen, wie all ihr Mühen vergebens war und das Geld verrinnt wie Wasser im Sande. Die schreckliche Krise als die Folge der verwüstenden Tätigkeit des Kapitalismus, die furchtbaren Buchergüsse, die exorbitanten Lebensmittel- und Mietpreise, die indirekten Steuern, die Lasten des Militarismus schlagen auch dem tugtgläubigsten und loyalsten Bürger tiefe Wunden, demokratisch fallen die Siege herab auf das arbeitende Volk und lähmen ihm den Lebensnerv.

Spart, ja spart, ihr guten Deutschen, predigt man von oben herunter, in blutigem Hohn, während jene famosen Veräter bis jetzt das gute Beispiel schuldig geblieben sind. Selbst in einem Blatte wie die „Morgenpost“, die ja noch vielfach von Arbeitern gelesen wird, konnte man vor kurzer Zeit, in der schweren Krise, die besten Ratsschläge über das Sparen der unteren Schichten lesen. Leider fehlten bisher alle Vorbedingungen hierfür und nur der zähe Kampf um Volks- und Menschenrecht ist imstande, erst einmal jenen Millionen, die noch im tiefsten Elend stecken, zu einem menschenwürdigen Dasein zu verhelfen, für die heute das Wort Sparen der reine Hohn ist. Diesen Kampf aber führt heute einzig und allein die moderne Arbeiterschaft, er wird, statt leerer Ratsschläge, greifbare Früchte zeitigen.

Der Obdach-Generalissimus aus der Fiedelstraße schwimmt in eitel Sonne. In voriger Woche haben dreißig Landtagsabgeordnete seinem Wohlgefallen einen Besuch abgestattet. Die Herren ließen sich während des Betriebes die Badeeinrichtungen sowie ein paar Schlüssle zeigen, kosteten vom Brot sowie vom Mehlkleister und sprachen sich über alle Genüsse sehr anerkennend aus. So besagen wörtlich die Berichte einiger bürgerlicher Zeitungen. Als Achtung — wir bewundern den Mut des Herrn Fischbed. Nach den bekannnten Enthüllungen über die scheußlichen Zustände im Obdach die Einrichtungen desselben den Landtagsabgeordneten auf den Präsentierteller zu legen, das war immerhin ein Wagnis. Freilich werden sich unter den Besuchern überwiegend neugierige ostelbische Junker befunden haben, und die können ja an den Obdachverhältnissen kaum etwas Absonderliches finden, da es bei ihnen zu Hause in den Leutewohnungen oft ziemlich genau so und noch schlimmer aussieht. Wie die parlamentarischen Gäste, weins überhaupt wahr ist, ein paar Brotkrumen herunterwürgen und von dem Kleister naschten, das muß ein Schauspiel für Götter gewesen sein. Hinterher werden sie bei Siechen oder Kempinell den „Obdachfraß“ um so kräftiger fortgepökt haben. Nun sind für die nächsten Tage die Reichstagsabgeordneten an der Reihe. Demen kann Herr Fischbed nicht so leicht mit einem „Bluff“ kommen. Man wird sehr genau aufpassen, wie es am Besuchstage aussieht und zugeht, und man wird kontrollieren lassen, ob es ganz genau so bleibt. Hoffentlich vergißt Herr Fischbed nicht, seinen Parlamentskollegen auch das von ihm eingeführte Polsterwerkzeug, den famosen Gummihüppel, unter die Augen zu halten.

Ueber das Krankenhaus in der Gieshinerstraße, das der Stadt Berlin gehört, sind uns mancherlei Beschränkungen vorgekommen. Wir wollen hier hauptsächlich auf einen in den Ribstand hinweisen, den wir für den erheblichsten halten. Von Patientinnen dieser Anstalt ist bemängelt worden, daß für die Wolldecken, mit denen sie sich zudecken müssen, die Vorschriften der modernen Hygiene keine Geltung zu haben scheinen. Jeder Kranken stehen zwei solcher Decken zur Verfügung. Die obere Decke, die sich dem Auge des Besuchers präsentiert, steckt in einem Bezug, der ausgewechselt und gewaschen werden kann. Dagegen wird für die untere Decke, die verborgen bleibt, aber mit dem Körper der Kranken in Verbindung kommt, ein schänderlicher Bezug als überflüssig angesehen. Man hat uns versichert, daß die Decken nicht mal immer gereinigt und desinfiziert werden, wenn eine Patientin die Anstalt verläßt und nun das Bett mit einer anderen Kranken belegt wird. Manche dieser Decken sollen zeitweise so unappetitlich ausgesehen haben, daß sie bei den Patientinnen, die sich damit zudecken mußten, Widerwillen und Ekel erregten. Wenn eine Patientin, die im glücklichen Besitz einer appetitlichen Decke war, das Krankenhaus zu verlassen sich anschickte, dann entstand zwischen minderbevorzugten Patientinnen ein Wettstreit, diese verführerische Decke rechtzeitig an sich zu bringen. Wir haben keinen Grund, an der Wahrheit der uns gemachten Mitteilungen zu zweifeln, aber wir wollen offen gestehen, daß wir diese Dinge eigentlich nicht für möglich gehalten hätten. Die Bedeutung der Hygiene für den Erfolg der Krankenpflege wird mehr und mehr auch in Verdüsterungsschichten erkannt, denen es bei der Dürftigkeit ihres Einkommens sonst nicht leicht wird, nach den Vorschriften der Hygiene zu leben. Um so bedauerlicher ist es, daß ein Krankenhaus — und zwar sogar ein Krankenhaus der Stadtgemeinde — in diesem Punkte ein recht schlechtes Beispiel gibt. Fehlt es denn in der genannten Anstalt an Decken? Fehlt es an Bezügen, um auch die untere Decke einzuhüllen? Das Krankenhaus in der Gieshiner Straße ist so alt; es soll auch über kurz oder lang eingehen. In diesem Gebäude kann manches nicht so sein, wie die Hygieniker es sonst für nötig halten und vorschreiben. Aber deshalb braucht man doch nicht auch noch Vorschriften zu vernachlässigen, deren Befolgung nicht durch Mängel des Gebäudes erschwert oder verhindert wird. Freilich kann es in Krankenanstalten nur so leicht dahin kommen, daß die Ärzte und das Pflegepersonal samt den Verwaltungsbeamten den rechten Maßstab für die Wünsche und Bedürfnisse der Kranken verlieren. Kranke sind ja rasch geneigt, zu mäkeln und zu nörgeln: da dürfen dann sogar Klagen, die durchaus berechtigt sind, von vornherein nicht auf allzu willige Beachtung rechnen. Im Krankenhaus haben Kranke sich erfolglos darüber beschwert, daß in Gegenwart aller Insassen eines Saales an einigen Kranken Manipulationen vorgenommen wurden, deren Anblick bei anderen Kranken starkes Unbehagen und Uebelkeit hervorrief. Der betreffende Arzt antwortete im kurz angebundenen Tone, die Beschwerdeführerinnen sollten sich nur nicht so haben. Fehlt es in diesem Krankenhaus an der Möglichkeit, in solchen Fällen Kranke samt dem Bett zeitweilig in einen anderen Raum zu bringen? Wahrscheinlich werden hier die Pächter uns belehren wollen, ein Krankenhausaussaß müsse sich eben an manches gewöhnen. Gewiß, das muß er und soll er. Aber darüber, an was ein Krankenhausaussaß sich gewöhnen kann, vermag nicht immer der Arzt das zureichende Urteil abzugeben. Er selber gelangt bei der Ausübung seines Berufes allmählich auf den Standpunkt vollkommenster „Würsichtigkeit“.

Will er daselbst sofort von Kranken fordern, deren Empfindlichkeit vielleicht durch ihren Krankheitszustand ohnedies gesteigert ist?

Der Verein für Kinder-Volksschulen hat im Monat März 1908 in seinen 15 Anstalten 220 508 Portionen Mittagessen an bedürftige Kinder verteilt. Seitens der städtischen Behörden sind den bedürftigen Kindern 112 106 Marken in den Schulen zuerkannt worden, gegen welche die Kinder in den Kinder-Volksschulen ein Mittagessen erhielten, wofür dem Verein pro Marke 10 Pf. vergütet wird. Wie in den früheren Jahren, so hat der Verein auch in diesem Jahre am 31. März seine Anstalten geschlossen. Die Zahl der im Winter-Halbjahr 1907/1908 seitens des Vereins verausgabten Portionen beträgt 984 287 Portionen gegenüber 468 454 Portionen im Arbeitsjahre 1906/1907.

Die Anstalten sind zwar geschlossen, allein das Bedürfnis ist nach wie vor vorhanden. Hier sollte der Magistrat der Stadt Berlin nicht untätig zusehen, sondern selbst sofort Hand anlegen.

#### Der diesjährige Steuerzettel

hat bei vielen Veranlagten nicht geringe Ueberraschung ausgelöst. Nicht zum wenigsten sind es gerade die Arbeiter, die am schärfsten von der Steuergrube gefaßt werden. Da der famose § 23 des Einkommensteuergesetzes den Arbeitgebern die Pflicht auferlegt hat, das genaue Einkommen der von ihnen Beschäftigten der Steuerbehörde mitzuteilen, ist es soweit gekommen, daß der letzte Pfennig des Arbeitereinkommens steuerlich erfasst wird. Der Arbeiter hat nicht die Privilegien der Besten, der Hauswirte, der Großkapitalisten, die entsprechend hohe Abzüge von ihrem Einkommen machen können, ihm sind sehr enge Grenzen bezüglich der Abzugsfähigkeit gezogen worden. Welche Abzüge zulässig sind, ist im „Vorwärts“ in den Nummern vom 20. und 22. März dargelegt worden.

In ihrer Steuerhut scheint aber unsere Steuerbehörde gar keine Grenze zu kennen. Die Fälle mehren sich, nach denen Personen ohne jedwedes Einkommen zur Steuer veranlagt worden sind. Erst dieser Tage teilten wir einen Fall mit, nach welchem ein noch schulpflichtiger Knabe 6 M. Einkommensteuer zahlen soll, der auch nicht einen Pfennig verdient, vielmehr den Eltern noch viel Geld kostet. Dieser Fall wird illustriert durch einen anderen, nach dem ein zwölfjähriger Schüler Erich H., Rostigstraße 83, zu 6 M. Einkommensteuer veranlagt ist. Wenn das so weiter geht, werden nächstens noch die Säuglinge als Steuerpflichtige betrachtet werden.

Ein anderer Fall, der uns vorgezogen wurde, bezieht sich darauf, daß ein Lehrling, der ein wöchentliches Kostgeld von 3 M. erhält, von welchem aber noch Kranken- und Jubiläumbeiträge abgehen, nicht weniger denn 18 M. Steuern blechen soll. Bereits im Vorjahre wurde der junge Mensch, der im ersten Jahre lernte, auf Grund einer Reklamation von der Steuer befreit, in diesem Jahre wird er eben wieder zur gleichen Höhe veranlagt, obwohl die Sachlage sich in keiner Weise geändert hat.

Wir haben aus der Zahl der uns zugegangenen steuerlichen Besonderheiten zur Charakteristik der Steuerhut nur diese paar Fälle herausgegriffen, um zu zeigen, wie willkürlich und ohne jede nähere Prüfung mandalisch veranlagt wird. Alle aber zu Unrecht Veranlagten oder ihrer Meinung nach zu hoch Veranlagten wollen nicht verärgern, unter Beifügung etwaiger Beweismittel rechtzeitig unter Innehaltung des auf der Veranlagung angegebenen Termins an die im Veranlagungsdokumente näher bezeichnete Adresse ihre Reklamation einzureichen. Verspätete Reklamationen finden keine Berücksichtigung, auch wenn dieselben noch so sehr begründet sind.

Die Stadt Berlin und die Feuerbesatzung. Der Magistrat von Berlin hat beschlossen, dem Berliner Verein für Feuerbesatzung den alten städtischen Frießhof an der Gerichtstraße gegenüber dem Courbière-Platz zur Errichtung einer „Armenhalle“ und eines „Armenhauses“ gegen eine jährliche Pacht von 500 Mark auf fünfzig Jahre zur Verfügung zu stellen. Die Armenhalle mit dem Armenheim soll an der Adolfsstraße errichtet werden, und zwar soweit der verfügbare Platz nicht von Erbgräbern in Anspruch genommen wird. Die Armenhalle des Vereins im Treptower Park ist vollständig besetzt. Für die Auffstellung einer Kuchenturne in dem dafür hergerichteten Armenheim sollen 10 Mark berechnet werden. Zurzeit können in Berlin nur amtliche Armen auf dem städtischen Zentralfrießhof in Friedrichsfelde aufgestellt werden.

Zwei Verkehrsunfälle in Stadtbahnbetrieben sind Sonnabend und Sonntag durch Maschinendefekte herbeigeführt worden. Bei der Einfahrt eines über die Stadtbahn verkehrenden Vorortzuges der Strecke Erfner in den Schlesischen Bahnhof entstand in dem Dampfzylinder der Maschine ein Riß, aus dem unter tosendem Geräusch gewaltige Dampf Wolken herausquollen. Die Lokomotive wurde nach einem toten Weis gefahren. Das Einfahrtsgleis, auf dem der Zug stehen geblieben war, wurde so lange gesperrt, bis eine Ersatzmaschine ihn weiter befördern konnte. — Durch den Bruch der Kolbenstange einer Stadtbahnlokomotive zwischen den Stationen Böse und Friedrichstraße entstand am Sonnabend, nachmittags eine größere Verkehrshörung. Während dieser Zeit wurde ein Teil der Stadtbahnzüge über die Ferngleise geleitet. Durch die auf dem letzteren Bahnhof stationierte Referenzmaschine wurde der defekte Zug nach dem Bahnhof Charlottenburg geschleppt.

Einem geriebenen Gauner ist die Portierfrau des Hauses Grünstraße 6, Witwe Kregenbrind, in die Hände gefallen. Der Besitzer des obengenannten Hauses, Herr Wunderlich, Wilmersdorf, Gasteiner Straße, hat Frau K. mit der Eingabe der Mieten beauftragt und holt gewöhnlich am 2. oder 3. eines jeden Monats den Betrag von der Portierfrau ab resp. läßt sich denselben von der letzteren in seine Wohnung bringen. Am vergangenen 2. April wird nun Frau K., wie das schon öfter geschah, an das Telefon des in demselben Hause wohnenden Tischlermeisters Fischer gerufen; Herr Wunderlich wünschte sie zu sprechen. Da Frau K. etwas schwerhörig ist, so übernahm es Herr Fischer, mit Herrn Wunderlich zu sprechen und dessen Wünsche entgegenzunehmen. Wie sich jetzt herausgestellt hat, war es ein falscher Wunderlich, der telefonisch mitteilte, daß ein Angestellter von ihm in ein paar Stunden hinkommen und die bisher einbehaltenen Gelder von der Portierfrau abholen würde. Den noch ausstehenden Zins sollte Frau K. dann nach der Gasteiner Straße bringen. Niemand schöpfe Verdacht, so daß dem später erscheinenden, sicher und gewandt auftretenden jungen Mann, der etwa 20—22 Jahre alt sein mochte, anstandslos alles Geld übergeben wurde. Während der Uebergabe des Geldes brachte noch ein Mieter den fälligen Zins in Höhe von 50 M. und freudig nahm der Gauner auch diesen Betrag nach an, dem über 700 M. in die Hände fielen. Erst am Sonnabend stellte sich der Betrag zur Ueberraschung aller Beteiligten heraus. Am schlimmsten ist die Portierfrau daran, von der der Hauswirt den Schaden ersetzt verlangt.

Einem ähnlichen Gaunertrick ist ein Werkstatthändler der Gesellschaft „Neptun“ zum Opfer gefallen. Am 2. April wurde die Filiale O. angeblich von der Zentrale in der Oranienstraße antelephoniert, ihr durch einen abgesandten Arbeiter einen größeren Posten Kupferblech zu schicken. Der Werkstatthändler M. bandigte das Material auch aus, um später zu erfahren, einem Betrüger in die Hände gefallen zu sein. Das gleiche Mandat ist auch bei der Filiale N. in der Holzinger Straße verfaßt worden und auch gelungen.

Aus dem Zuge geführt. Zu polizeilichen Ermittlungen gab gestern ein noch nicht aufgeführter Vorfall Veranlassung. Als der D-Zug 41 morgens auf dem Anhalter Bahnhofe ankam, vernahm man eine Reisende, ein Fräulein Vertha Wald aus Pehendorf bei Berlin, das in Frankfurt a. M. eingestiegen war und eine Fahrkarte nach Königsberg i. Pr. gelöst hatte. Durch Nachfrage stellten die Beamten fest, daß die Vermittelt unterdessen bei Langensfeld in der Nähe von Hanau tot auf dem Gleise liegend aufgefunden worden war. Der Zug wurde daraufhin untersucht, die Fahrgäste wurden vernommen.

Es ergab sich, daß die Türbeschlässe überall in gutem Zustande waren. Von den vernommenen Reisenden wußte niemand zu sagen, ob die Dame aus dem Zuge gesprungen oder hinausgeworfen oder verunglückt sei. Angehörige der Verstorbenen wurden in Pehendorf noch nicht ermittelt.

Ein schwerer Unfall hat sich am Sonntag auf der Hochbahn ereignet. Abends gegen 8 Uhr wurde in der Gegend der Emmausstraße ein Streckenwärter Fritz von einem Wagen erfasst und so schwer verletzt, daß er nach dem Krankenhaus Verbanen gebracht werden mußte.

In Feuersgefahr. Auf bisher noch nicht aufgeklärte Weise kam gestern (Montag) nachmittags gegen 3 Uhr auf dem Boden des Hauses Vesseltstraße 23, Ecke Friedeburgstraße, ein Brand aus, der drei Hotelmädchen in ernste Lebensgefahr brachte. Die Mädchen hatten die Nacht hindurch gearbeitet und sich dann am Morgen zur Ruhe begeben. Wöllig wurden sie durch einen Feuerschein aus dem Schlafe geschreckt. Ein Wohnzimmer brannte bereits lichterloh. Nur notdürftig belichtete Läden und die Mädchen aus dem vierten Stock des Vorderhauses besetzten Schlafzimmern auf das Dach und riefen laut um Hilfe. Straßenpostkanten alarmierten sofort die Feuerwehr, die auch bald zur Stelle war. In wenigen Sekunden wurde eine mechanische Leiter am Hause errichtet, über die hinweg Feuerwehrlente auf das Dach stiegen und die geängstigten Mädchen von überleiteten Schritten zurückschickten. Da das Feuer bald erstickt werden konnte, war ein Herabschaffen der Mädchen vom Dache nicht nötig. Alle drei konnten vielmehr allein in ihre Wohnung zurückgehen. — Noch war ein Löschzug der Wehr an dieser Brandstelle mit den Aufräumungsarbeiten beschäftigt, als nicht weit davon, in der Putzlammerstraße 22, ein großer Dachstuhlbrand zum Ausbruch kam. In diesem Falle scheint Brandstiftung vorzuliegen. Die Feuerwehr mußte fast eine Stunde mit mehreren Dampfstrahlrohren Wasser geben, um die Flammen, die auch die Nebenhäuser Nr. 21 und 23 bedrohten, zu ersticken. Der Dachstuhl ist in seiner ganzen Ausdehnung vernichtet.

Kabrennen zu Steglitz, 5. April. In den Eröffnungsrennen hatte sich ein zahlreiches Publikum eingefunden, das in dichten Reihen die Bahn umrundete. Die Rennen verliefen sehr spannend; als eine weiße Mahregelei erwies sich wieder die Einteilung des Dauerrennens in zwei Läufe mit derselben Besetzung. Neben Bruno Demke hatten sich Kobi, der Kölner Pauß und der Belgier Verbiß eingefunden, um das lange Rennen über 30 und 45 Kilometer zu bestreiten. Der Berliner erwies sich heute als der Beste, er gewann beide Läufe in hervorragender Weise. Pauß, der auch sehr gut fuhr, kam im ersten Lauf infolge Reifenschadens zu Fall und verlor, ehe er wieder in das Rennen eingreifen konnte, gegen 10 Minuten, so daß er in diesem Lauf als letzter endete. Kobi fuhr nicht besonders; mit Pauß aus dem Spiele belegte er den zweiten Platz. Verbiß verlagte ganz; er kam nie in Betracht und endete weit zurück. Die Fliegerrennen wurden von starken Feldern bestritten, sie verliefen ohne nennenswerten Unfall.

Das Aprilprogramm des Passage-Theaters enthält mehrere Nummern, die sich weit über den Durchschnitt der gewöhnlichen Variétédarbietungen erheben. Hierher gehören in erster Linie die vorzüglichen Leistungen des „Kannes mit den drei Weigen“, Ota Gopi, der seinen wunderbaren Instrumenten wahre Zauberstücke entlockt. Als Vortragskünstler am Hügel zeigt sich Otto Köhr, der sich diesen Titel mit vollem Recht zulegt. Seine witzigen Couplets wie seine uffige Parodiebung berühmter Komponisten und Klaviervirtuosen wurden lebhaft applaudiert. Als dritte Kraft auf diesem Gebiete wirkt Rita Tauca, die ihre Lieder mit der Violine selbst begleitet. Daneben ergänzen noch der Komiker Hermann Strebel im Verein mit Tragtänzern und Gymnastikern und ungarischen Tänzerinnen in angenehmer Weise das reichhaltige Programm.

Zu rekonozieren. Am 1. April 1908, nachmittags gegen 12 1/2 Uhr, wurde hinter dem Grundstück Straßauer Allee 3, die Leiche einer unbekanntem Frauenpersone aus der Spree gelandet. Die Leiche war etwa 35 bis 40 Jahre alt, 1,65 Meter groß, unterseht, schwarzes Haar, volles Gesicht. Bekleidet war dieselbe mit schwarzem Jackett, blauer Taille mit blauen, vieredigen Knöpfen, blauem Oberrock, einem grauen, einem schwarzen und einem gestreiften Unterrock, grauen Beinkleidern, schwarzen Strümpfen, schwarzen Schnürstiefeln und schwarzen Handschuhen. Ein bei der Leiche vorgefundenes Taschentuch ist mit „M.“ gezeichnet. Meldungen zu Nummer 2100, IV. 59. 08. sind an die Kriminalpolizei, Zimmer 320 zu richten. — Am 20. März 1908 ist aus dem Tegeeler See ein zirka 45 bis 50 Jahre alter, unbekannter Mann als Leiche gelandet. Derselbe ist zirka 1,50 bis 1,55 Meter groß, hat dunkles Haar, Voll- und Schnurrbart, rundes volles Gesicht, hohe Stirn, Doppelpfeln und ist bekleidet mit dunklem Winterobergilet, schwarzem und weiß gestreifter Hose, schwarzer Weste, dunkelbraunem Jackett, schwarzen Zugstiefeln, grau und schwarz gestreiften Hosenträgern, weiß wollenen Unterhosen und grauen Strümpfen. In den Taschen wurden ein weißes Taschentuch, ein schwarzes Lederportemonnaie, zwei Haarbürsten mit Futteral, ein Notizbuch, ein paar braune Glacehandschuhe und ein Leseglas gefunden. Rekonozzenten wollen sich beim Amtsvorsteher in Tegel melden. Auskunft erteilt auch jedes Polizeirevier, sowie die Kriminalpolizei, Zimmer 331, Polizeipräsidium.

Feuerwehrbericht. Die Brandstifter scheinen ihre gemeingefährliche Tätigkeit eingestellt zu haben. Weder am Sonnabend, noch am Sonntag ist in Berlin eine Brandstiftung oder ein Dachstuhlbrand gemeldet worden. Dafür wurden desto mehr andere Vorfälle verzeichnet. U. a. ein größerer Wohnungsbrand am Sonntagabend am Rottbuserdamm 88, wo die Feuerwehr tüchtig Wasser zu geben hatte, um die Flammen zu löschen. Am Sonntag, nachts um 10 1/2 Uhr wurde die Wehr zur Verhütung einer Gasexplosion nach der Parkgrabenstr. 30, Ecke Krausenstraße gerufen. Dort hatte sich starker Gasgeruch bemerkbar gemacht. In der Pförtnerloge fand die Wehr einen Gasbehälter offen, das Stübchen voller Gas und den Pförtner bewußlos auf einem Stuhle sitzend vor. Der Gasbehälter wurde geschlossen, der Pförtner ins Freie getragen und mit Sauerstoff behandelt. Leider vergeblich. Ein Arzt stellte den Tod durch Gasvergiftung fest. Die Leiche wurde von der Polizei beschlagnahmt.

Gestern früh um 8 Uhr brannte in der Elisabethstr. 37 ein Zimmer und um 4 Uhr in der Soldiner Straße 104 ein Petroleumkeller. Ferner wurde der 1. Zug wegen einer Gasvergiftung nach der Gollnowstr. 29 zum kleinen Cohn gerufen. Dort gelang es durch Anwendung von Sauerstoff die Gefahr mit Erfolg zu beseitigen. Auch in der Wilowstr. 60 wurde in einem ähnlichen Fall ein Sauerstoffapparat mit Erfolg benutzt. Grober Unfug lag einer Feuermeldung aus der Wiercherstr. 153 zugrunde. Durch die Explosion einer Petroleumlampe gerieten in der Sebastianstraße 3 Betten und Möbel in Brand.

## Vorort-Nachrichten.

### Nieder-Schönhausen.

Achtung! Gemeindefürwahl! Heute Mittwoch von 12—8 Uhr findet die Stichwahl zwischen unserem Genossen Georg Dunow und dem bürgerlichen Kandidaten statt. Parteigenossen! Ihr müßt, daß uns bei der Hauptwahl nur drei Stimmen an der Majorität fehlten. Müßt Ihr, daß zu dem ersten sozialdemokratischen Gemeindevertreter der zweite hinzukommt, so müßt Ihr mit allen Kräften für die Wahl agitieren. Der Kampf wird von den Bürgerlichen mit aller Energie geführt. Es ist daher auch die Pflicht der am 1. April verzogenen Genossen, sich am heutigen Tage in Nieder-Schönhausen zur Wahl einzufinden. Die Berliner Parteigenossen, welche mit Nieder-Schönhausenern zusammenarbeiten, ersuchen wir, diese an ihre Pflicht zu erinnern. Durch Kampf zum Sieg!



**Wilmersdorf.**

**Selbstmord eines Oberstabsarztes.** Der in der Westfälischen Straße 54 wohnhafte Oberstabsarzt a. D. Dr. Paul Wielen stürzte sich gestern vormittag aus dem Fenster seiner in der zweiten Etage belegenen Wohnung und blieb mit zerschmetterten Gliedern auf dem Pflaster liegen. Passanten brachten den Lebensmüden nach seiner Befreiung, wo ihn der herbeigerufene Dr. F. Höfeler, Sturfsüßendamm 112, die erste Hilfe leistete. Trotz der Bemühungen des Arztes erlag Dr. Wielen alsbald seinen schweren Verletzungen. Ueber das Motiv zu der traurigen Tat ist vorläufig nichts bekannt.

**Röpenitz.**

**Bürgermeister Bergmann,** der vom Jahre 1871 bis 1904 als Bürgermeister Röpenitz fungierte, ist gestern früh gestorben.

**Friedenau.**

Mit den Vorbereitungen zur Landtagswahl beschäftigte sich die letzte Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Der Vorsitzende Genosse Meyer erläuterte in längerer Ausführungen die einschlägigen Taktik. Bei den Wahlen gelte es alles anzubieten, um durch riesenhafte Stimmenabgabe die Ehre des Dreiklassenwahlrechts in große Beleuchtung zu rücken. Der Wahlkampf müsse auch so geführt werden, daß die Zahl der das gleiche Wahlrecht Fordernden eine immer größere werde. Zu diesem Zwecke müsse sich jeder Genosse zu bestimmter Zeit mit ganzer Kraft dem Wahlkomitee zur Verfügung stellen.

**Adlershof.**

Nachdem die Gemeindeverwaltung sich des öfteren mit der Anlage eines Markt- und Schmuckplatzes auf dem Gemeindegrundstück in der Bismarckstraße beschäftigt hatte, wurde in der letzten Gemeindevorstellung beschlossen, den Platz nach einem vorliegenden Entwurfe des Amtsbauinspektors Königsberger anzulegen. Der Entwurf sieht an der verlängerten Genossenschaftstraße, dem Feldwege und der Helbigstraße eine 10 Meter breite, mit Kalkpflaster belegene Fläche vor, welche zur Aufstellung der Marktstände dienen soll. Der übrige Teil des Platzes wird durch einen Mittelweg in zwei gleiche halbkreisförmige Rasenflächen geteilt, in deren Mitte Blumenrabatten dem Auge eine wohlthuende Abwechslung bieten werden. Den Mittelweg schließt ein 40 Zentimeter hohes Postament zur eventuellen späteren Aufstellung eines Bierbrunnens usw. ab. Längs des Weges sowie in dem nach der Bismarckstraße entstehenden Halbkreis, welcher als Spielplatz dienen soll, werden 10 Bänke ihre Aufstellung finden. Der zur Benutzung kommende Teil des Feldweges soll mit Asphalt versehen werden und als Standplatz für die Marktswagen dienen. Gleichzeitig soll hier eine aus Fachwerk zu errichtende Bedürfnisanstalt ihre Aufstellung finden. Die Herstellungskosten sind auf 16 500 M. berechnet und sollen im Wege einer Anleihe gedeckt werden. In dieser Sitzung traten nochmals die Gegenstände bezüglich der Herriehung des Platzes scharf hervor, doch wurde schließlich der Entwurf gegen 2 Stimmen gutgeheißen. Im Anschluß hieran machte der Gemeindevorsteher davon Mitteilung, daß derselbe den Forstfiskus nach der im Jahre 1903 stattgefundenen Eingemeindung des 1541 Hektar großen Forstgeländes zur Grund- und Geländesteuer veranlagt hat, gegen welche der Fiskus Widerspruch und Klage erhoben hat. Zur Steuer wurden 232 Hektar Kauffläche herangezogen und pro Hektar mit 50 000 M. bewertet, so daß im ganzen 16 186 000 M. Wert zur Versteuerung mit 4 pro Tausend gelangt. Das würde eine jährliche Einnahme von 65 567 M. ergeben. Dadurch würde der Gemeinde die Möglichkeit gegeben, den Kommunalsteuerschlag auf 100 Proz. sowie auch die anderen Arten Steuern bedeutend herabzusetzen und ihren Gemeindeaufgaben dennoch gerecht zu werden. In sämtlichen Instanzen ist der Fiskus mit seiner Klage abgewiesen worden und wurde die Sache vom Oberverwaltungsgericht an den Bezirksausschuß zur besonderen Wertfestsetzung zurückgewiesen. Zur Fest-

setzung genereller Bedingungen für die Benutzung der öffentlichen Regenwasserleitung wurde beschlossen, die Entwässerung aus Kloten der Gemeinde auszuführen, ohne dieselben auf die Anlieger zu verteilen; die anschließenden Hauseigentümer für die Benutzung der Regenrohrleitungen mit 1 Pf. pro Niederschlagsfläche und Jahr heranzuziehen. Zur Anschaffung der Einrichtungsgegenstände für die zu errichtende höhere Schule wurden 2700 M. und gleichzeitig der Mietkontrakt mit der Eigentümerin Frau Leppert, Auguste-Viktoria-Straße, auf zwei Jahre für einen Mietpreis von jährlich 1100 M. angenommen. Ebenfalls wurde die Pflasterung der Aufgänge zum Gemeindevorsteher beschlossen. Unter Geschäftlichem wurde von unseren Genossen wiederum die Errichtung von öffentlichen Badebelegenheiten zur Sprache gebracht und die Einberufung der Kommission gefordert. Aus der Antwort des Gemeindevorstehers war zu ersehen, daß die öffentliche Kennzeichnung des Verhaltens der Majorität, welche unsere Anträge an einzelne Kommissionen verweist, wo dieselben gut aufgehoben bleiben, doch gefordert hat, da nicht nur die angeregte Angelegenheit zur baldigen Verabschiedung gelangen, sondern Adlershof nunmehr auch in Kürze sein Gewerbe- und Kaufmannsgerichts erhalten soll.

**Friedrichshagen.**

In der letzten Gemeindevorstellung erfolgte, da gegen die Gültigkeit der am 4., 5. und 6. März stattgefundenen Gemeindevorstellungen Einsprüche nicht erhoben sind, die Einführung der neubeworbenen wiedereingewählten Vertreter Arnid, Conrad, Gesebracht, Gloede, Görling, Kungel, Sonnenburg und Stephan. Dem Antrage des Gemeindevorstandes auf Einziehung des östlichen Teils des Schöneicher Weges stimmte die Vertretung zu, da der Weg für die Abwässerung hinderlich und der südliche Teil desselben schon seit Jahren aus hygienischen Gründen dem öffentlichen Verkehre entzogen ist. Um den vielfachen Klagen über mangelhafte Beleuchtung insbesondere in den Morgenstunden während der Herbst- und Winterzeit gerecht zu werden, hat die Vertretung für vermehrte Beleuchtung 2000 M. mehr in den Etat eingestellt und die Beleuchtungskommission beauftragt, einen neuen Vorentwurf aufzustellen. Die Kommission hat diesen Auftrag ausgeführt und die Anzündzeit früher und die Löszeit später festgesetzt. Für die Zeit vom 15. Dezember bis 15. Januar erfolgt die Löschung der Laternen erst morgens um 7 1/2 Uhr. Für den westlichen Teil der Seestraße sind die Laternen vermehrt, die erst nach der Durchfahrt des letzten Wagens der elektrischen Straßenbahn gelöscht werden. Auf der Schöneicher Chaussee sind bis zu den Eisenbahnbeamtenwohnhäusern fünf neue Laternen aufgestellt. Für den südlichen Teil der Wilhelmstraße empfiehlt die Kommission die Aufstellung von zwei neuen Laternen. Den Vorschlägen der Kommission wurde zugestimmt. Der Fluchlinienplan der zur Stadt Röpenitz gehörenden Friedrichshagener Chaussee und der Bellevuestraße fand die Zustimmung der Vertretung, jedoch soll der Röpenitzer Magistrat erucht werden, die Einfahrt in die Bellevuestraße mit einem größeren Wogen auszuführen. Die Festsetzung des Tarifes über die von den Grundstücksbesitzern für Hausanschlüsse an die Kanalisation und Wasserleitung zu zahlenden Vergütungen erfolgt nach den Sätzen des Vorjahres. Die Beratung des umgeänderten Ortsstatuts über die Anstellungs- und Pensionsverhältnisse der Gemeindebeamten zeitigte eine längere Debatte. Dieselbe endete mit dem Beschlusse, die Bureaubeamten lebenslänglich, die Polizeibeamten auf Kündigung anzustellen. Die den Gemeindebeamten bei Dienstreisen zu zahlenden Reisekosten und Tagegelber werden mit einigen Abänderungen nach den alten Sätzen angenommen.

**Weißensee.**

**Stützen der Gesellschaft.** Ein eigenartiges Vorkommnis in einer Spiekerneipe bildet gegenwärtig den Gesprächsstoff unter einem Teil der hiesigen Bevölkerung. Wir würden nicht nötig davon nehmen, wenn nicht die in solchen besseren Lokalen verkehrenden Ortsstützen mit Argusaugen darüber

wachten, daß sie von dem sogenannten „Pleß“ unbehelligt bleiben. In diesen Spiekerneipen werden nicht nur dringende Privatgeschäfte erledigt, sondern hier finden auch oft die Geschäfte der Gemeinde ihre Regelung. Eine Hauptperson für solche Beratungen ist der Redakteur des Ortsblattes; er muß wissen, wie die Dinge „laufen“, wenn anders er die Öffentlichkeit nicht „falsch“ informieren soll. Ueber diskrete Dinge hat er natürlich nichts zu berichten.

Im vorliegenden Fall handelt es sich aber nicht um solche Beratungen; ein Teil der Bevölkerung hält das Vorkommnis jedoch für wichtig genug, daß er einen Bericht hierüber im hiesigen Ortsblatt erwartet hätte. Und zwar umso mehr, weil, wenn es in einer Arbeiterneipe passiert wäre, das Blatt am anderen Tage einen Leitartikel darüber gebracht hätte.

Vor einigen Tagen sahen ein Oberlehrer der Realschule, ein Fabrikant und einige andere Herren gelangweilt beim Glase Bier. Plötzlich verfiel ihnen zwei ihre Sätze zu probieren und durch Fingerringeln sich die Zeit zu vertreiben. Die Sache ging ganz gut bis dem Schwächeren der Berger packte und zu seiner Verteidigung anstatt des Fingers sich der Faust bediente. Eine schallende Ohrfeige war der Schluß des erst harmlosen Spiels. Der Wirt machte Bekanntschaft mit dem Fußboden seines Lokals, weil er als Schiedsrichter das Ende des Kampfes herbeiführte. Die Herbeiführung fremder Hilfe brachte erst die Kampfshähne auseinander. Ein gerichtliches Nachspiel wird die Folge sein, wenn nicht durch Vermittlung die Sache erledigt wird. Dem hiesigen Blatte ist die Sache sehr wohl bekannt, jedoch ist noch keine Zeile der Kritik hierüber erschienen. Ein ähnlicher Fall wurde erst kürzlich unter die „kritische Lupe“ genommen, doch hier gehörten die Kampfshelden dem Arbeiterstande an. Auch der Vorgesetzte des Oberlehrers hat Kenntnis von dem Vorfalle. Der Oberlehrer ist Protokoll des hiesigen christlichen Arbeitervereins und will mit dessen Hilfe die Sozialdemokratie aus dem Gemeindevorstand jagen. Er war auch eine Zeitlang Verwalter des christlichen Arbeitsnachweises und wollte durch Vermittlung von Arbeitskräften seinerzeit die Bauarbeiterbewegung niederreißen. Wie es scheint, will sich nun der an sich schon vielseitige Herr noch zum Ringkämpfer ausbilden.

**Nowawes.**

Nach längerem Leiden starb einer unserer ältesten Parteigenossen, der Zigarrenfabrikant Albert Gärtner im 66. Lebensjahre. Schon vor dem Sozialistengesetz war er der eifrigsten einer, wenn es galt, für die Interessen der Partei einzutreten.

Im Jahre 1894 zog Gärtner als erster Vertreter der Sozialdemokratie in unseren Gemeinderat ein, welches Amt er sechs Jahre inne hatte. Wenn ihn auch der Kampf ums tägliche Brot zwang, von einer weiteren Tätigkeit im Gemeindeparkament abzusehen, so war er doch immer an erster Stelle zu finden und somit den übrigen Genossen ein leuchtendes Beispiel.

Sein Andenken wird in unseren Herzen stets lebendig bleiben.

**Eingegangene Druckschriften.**

Der „Süddeutsche Postillon“ bringt in Nummer 8 ein zeitgemäßes Zeitgedicht: Das rote Meer. — Zukunftsbilder vom Journalistischen Kriegsschauplatz. — Der neue Regimentsschiff (Gedicht). — Konsequenz. — Revolutionsfeier in Schleswig-Holstein (Gedicht). — Preussischer Dahnensland. — Rätsel. — Die ultima ratio der Fronten. — Der Goldbäcker in künstlerisch gewählten Farben: Der China-Savonstreit, ein hübsches Studentenbild, ein solches aus dem modernen Soldatenleben und ein Monarchensujet: „Unter Kollegen.“ — Der richtige Verlag von R. Ernst in München teilt uns mit, daß Nr. 9 als Nummern 125 und besonders inhaltreich wird, trotzdem der gewöhnliche Preis mit 10 Pf. bleibt. Jahresbericht des Arbeitersekretariats und Gewerkschaftsstatistik in Preußen 1907. 129 Seiten. Selbstverlag. Kunstgewerbe und Kultur von Werner Sombart. Berlin W. 50. Marquardt u. Co., Verlagsanstalt, S. m. b. H. Preis kartoniert 3 M., in Leder gebunden 5 M.

# HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDERPLATZ

FRANKFURTER ALLEE 109-111

Diese Woche — Soweit Vorrats

## 3 Waggon Glas — Porzellan

Aussergewöhnlich preiswert!

### Tafel- und Kaffeegeschirre

#### Rosenbordüre und Goldrand

- Speiseteller, flach und tief ..... 28 Pf.
- Dessertteller ..... 17, 20, 23 Pf.
- Suppenschüsseln ..... 2<sup>45</sup> 3<sup>75</sup>
- Kartoffelschüsseln mit Deckel ..... 1<sup>95</sup>
- Salatschüsseln viereckig ..... 60, 80 Pf.
- Saucieren ..... 95 Pf.
- Bratenschüsseln, oval ..... 80 Pf. 1<sup>10</sup> 1<sup>65</sup>
- Beilageschalen, oval ..... 38, 48 Pf.
- Kaffee- oder Teekanne ..... 95 Pf.
- Milchgiesser 40 Pf., Zuckerdose ..... 45 Pf.
- Kaffee- oder Teetasse ..... 20 Pf.

- Speiseteller flach u. tief, echtes Porzellan 10 Pf.
- Dessertteller ca. 19 cm, echtes Porzellan 5 Pf.
- Kompotteller ca. 15 cm, echtes Porzellan 4 Pf.
- Tassen mit Untertasse, echtes Porzellan ..... 8 Pf.
- Suppenschüsseln mit Deckel, echtes Porzellan ..... 85 Pf.
- Kartoffelschüsseln m. Deckel, echtes Porzellan ..... 65 Pf.

### Wasch-Garnituren

- grosse moderne Formen und Dekorationen.
- |                 |                 |                 |                 |
|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| Marta 4 teilig  | Olga 4 teilig   | Ella 5 teilig   | Julia 5 teilig  |
| Fonddekor       | Fonddekor       | Banddekor       | Goldverzierung  |
| 1 <sup>45</sup> | 1 <sup>75</sup> | 3 <sup>25</sup> | 3 <sup>45</sup> |

### Tafel- und Kaffeegeschirre

#### Goldrand und Goldlinie

- Speiseteller flach und tief ..... 28 Pf.
- Dessertteller ..... 15, 18, 23 Pf.
- Suppenschüsseln ..... 2<sup>00</sup> 3<sup>25</sup>
- Kartoffelschüsseln mit Deckel ..... 1<sup>65</sup> 1<sup>95</sup> 2<sup>45</sup>
- Salatschüsseln viereckig ..... 28, 42 bis 95 Pf.
- Saucieren ..... 85, 95 Pf.
- Bratenschüsseln oval ..... 42, 70, 95 Pf. bis 2<sup>45</sup>
- Beilageschalen oval ..... 38 Pf.
- Kaffeekannen ..... 42, 50, 55, 70 Pf. bis 1<sup>85</sup>
- Milchgiesser ..... 10, 12, 15, 18 bis 70 Pf.
- Zuckerdosen ..... 48, 60 Pf.
- Kaffee- oder Teetassen ..... 20 Pf.

### Emaille

- Wannen oval ..... 1<sup>25</sup> 1<sup>40</sup> 1<sup>55</sup> bis 3<sup>50</sup>
- Wannen rund ..... 1<sup>50</sup> 1<sup>70</sup> 2<sup>15</sup> bis 3<sup>50</sup>
- Eimer ca. 28 cm, grau und blau .. 65, 70 Pf.
- Eimer r. dekoriert, mit Deckel ..... 1<sup>65</sup> 1<sup>75</sup>
- Tollatto-Eimer gerade Form ... 2<sup>25</sup> 2<sup>50</sup> 2<sup>75</sup>
- Müll-Eimer mit Deckel und Aufschrift ... 2<sup>25</sup>
- Wasserkannen gebauht ..... 50, 65 Pf.
- Konsole Sand, Sella, Soda ..... 95 Pf.
- Schmortöpfe ..... 35, 40, 65 bis 1<sup>10</sup>
- Kasserollen ..... 25, 30, 40 bis 80 Pf.
- Wasserkessel für Gas ... 45, 55, 65 bis 1<sup>10</sup>
- Wasserkessel mit Beck für den Herd ... 55, 65, 90 bis 1<sup>40</sup>
- Kaffeekannen ..... 25, 30, 35 bis 60 Pf.
- Schüsseln flach ... 25, 30, 35, 40, 50 Pf.
- Ringtöpfe ..... 55, 65, 80 bis 1<sup>50</sup>
- Maschinentöpfe mit Absatz f. d. Herd 25, 30, 35 bis 1<sup>80</sup>
- Waschschüsseln dekoriert, Porzellanform .. 2<sup>75</sup>
- Seifnäpfe für die Leitung ..... 15 Pf.
- Konsole mit Mass 1/2 Liter ..... 35 Pf.

### Eiserne Bettstellen

- Rohr-Doppelspiralboden braun 6<sup>95</sup> bronz. m. 7<sup>75</sup> Verzier.
- Doppelspiralboden schwarz lackiert m. Roll. 9<sup>75</sup>
- Rohr-Doppelspiralbd. elektr. Rohrrest. m. 10<sup>50</sup> 12<sup>00</sup> Roll., schwa., lack.
- Ein Posten
- Metal-Bettstellen unter Preis
- elegante Form mit Messingverzierung, Stahlgufedermaßatz, schwarz lack. 130x60 2<sup>45</sup> 3<sup>20</sup> 3<sup>30</sup> 3<sup>90</sup>
- Chaiselongues Moltonbezug Satin-Molton 25<sup>75</sup> 28<sup>50</sup> 31<sup>75</sup>
- Patent-Verarbeitung
- Gurt-Verarbeitung 27<sup>25</sup> 30<sup>25</sup> 28<sup>00</sup> Kretonne m. Vol.

### Bürstenwaren

- Rosshaarbesen 1a Qual. .... 2<sup>15</sup> 2<sup>50</sup> 2<sup>80</sup>
- Handfeger dazu passend ..... 1<sup>25</sup> 1<sup>00</sup>
- Rosshaarbesen ..... 1<sup>30</sup> 1<sup>90</sup>
- Handfeger dazu passend ..... 90 Pf.
- Bohrermasse 5<sup>00</sup> 50 Pf., Stahlsplüßna 15 Pf.

### Beleuchtungs-Artikel

- Zuglampen komplett, mit Schirm .. 13<sup>50</sup> 16<sup>50</sup>
- Zuglampen moderne Ausführung .. 19<sup>50</sup> 24<sup>00</sup>
- Zuglampen für hängend. Glüh. 19<sup>50</sup> 22<sup>00</sup> 38<sup>00</sup>
- Speisezimmerkronen ..... 37<sup>00</sup> 42<sup>00</sup> 48<sup>00</sup>
- Speisezimmerkronen für hängend. Glühlicht ..... 57<sup>00</sup> 66<sup>00</sup>
- Perlampeln moderne Muster 13<sup>50</sup> 16<sup>00</sup> 21<sup>00</sup>
- Kristallbehang-Ampeln ... 18<sup>50</sup> 24<sup>00</sup> 28<sup>75</sup>
- Salonkronen ..... 16<sup>50</sup> 24<sup>00</sup> 35<sup>00</sup>
- Elektrische Kronen 28<sup>00</sup> 32<sup>50</sup> bis 210<sup>00</sup>
- Glühstrümpfe 3 Stück im Karton ..... 35 Pf.
- Gaszylinder doppelt geschmolzen, 12 Stk. im Karton ..... 85 Pf.

### Küchenmöbel

- Küchenschränke ..... 20<sup>00</sup> 23<sup>00</sup> 26<sup>50</sup>
- Küchentische ..... 6<sup>25</sup> 7<sup>00</sup> 7<sup>75</sup> 8<sup>75</sup>
- Eimerspinde ..... 9<sup>95</sup> 11<sup>00</sup> 14<sup>00</sup>
- Anrichten ..... 13<sup>75</sup> 15<sup>50</sup>
- Besenschränke flach und für die Ecke .. 17<sup>50</sup>

### Wirtschafts-Artikel

- Waschtische eckig, Schmeldeisen .. 2<sup>75</sup> 3<sup>25</sup>
- Waschtöpfe verzinkt ..... 2<sup>55</sup> 3<sup>00</sup> 3<sup>75</sup>
- Zinkfässer } starke Qualität 7<sup>75</sup> 9<sup>50</sup> 11<sup>25</sup>
- Zinkzuber } mit Holzboden 8<sup>50</sup> 10<sup>50</sup> 12<sup>25</sup>
- Wringmaschinen ..... 9<sup>00</sup> 9<sup>50</sup> 10<sup>00</sup>
- Wäschmangeln ..... 16<sup>50</sup>
- Wäschelinen ..... 1<sup>50</sup> 2<sup>25</sup> 3<sup>00</sup> bis 6<sup>20</sup>
- Gasplätten Garnitur 2 Platten mit Erhitzer ff. vernickelt ..... 4<sup>75</sup>
- Anlegeisen ..... 50, 65, 75, 85 Pf.
- Bügelbretter bezogen, mit Leisten ... 2<sup>00</sup> 2<sup>75</sup>
- Gardinenspanner mit Fuss ..... 11<sup>50</sup>
- Gaskocher 2 Loch 8<sup>25</sup> 4 Loch 10<sup>75</sup> 6 Loch 13<sup>75</sup>
- Messorputzmaschinen auf Brett mit Schmirgel ..... 5<sup>75</sup>
- Blumenbretter ..... 1<sup>25</sup>
- Balkonkästen für Blumen ... 1<sup>10</sup> 1<sup>35</sup> 1<sup>50</sup>
- Tablette mit Einlage ..... 95 Pf.
- Leitern 6stufig 2<sup>25</sup> 8stufig 3<sup>00</sup> 10stufig 3<sup>75</sup>
- Kehrichttonnen ff. lackiert ..... 2<sup>50</sup>
- Briefkästen ff. lackiert ..... 35, 60, 95 Pf.
- Tafelwagen gelocht. ... 5 kg 8<sup>75</sup> 10 kg 10<sup>00</sup>
- Tellerwagen mit emailliertem Zifferblatt. ... 1<sup>50</sup>

Sämtl. Eisenkurzwaren für den Umzug.

Die Oster-Ausstellung ist eröffnet.











